

# Der Regierungsrat des Kantons Thurgau an den Grossen Rat

Frauenfeld, 10. Dezember 2024  
794

20	IN 58	618
----	-------	-----

## Interpellation von Aline Indergand und Mathias Tschanen vom 20. Dezember 2023 „Stellenentwicklung in den Ämtern“

### Beantwortung

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die vorliegende Interpellation knüpft an den Bericht vom 3. März 2020 (Bericht 2020) an, der aufgrund des Antrags gemäss § 52 der Geschäftsordnung des Grossen Rates (GOGR; RB 171.1) vom 22. November 2017 „Bericht über Stellenentwicklung in den Ämtern“ (GR 16/WE 10/493) erstellt worden ist. Dieser Bericht hatte dieselbe Fragestellung wie die Interpellation und behandelte die Stellenentwicklung in den Ämtern, gegliedert nach Staatskanzlei und Departemente, von 2013 bis 2018. Obschon der vorliegende Bericht im Unterschied zum vorhergehenden Bericht 2020 aufgrund einer Interpellation und nicht aufgrund eines Antrags gemäss § 52 GOGR in Auftrag gegeben wurde, ist dieselbe Berichtsstruktur gewählt worden. Dies gewährleistet die Vergleichbarkeit über den Untersuchungszeitraum hinweg und erleichtert den Überblick. Die in der Interpellation gestellten Fragen werden im Bericht inhärent beantwortet. Die Frage 6, die wie die Frage 5 im vorhergehenden Bericht 2020 nicht gestellt worden ist, wird vorab im Kapitel 1 beantwortet.

Die Interpellation „Stellenentwicklung in den Ämtern“ stellt die folgenden Fragen:

1. Wie hoch war der effektive Stellenbestand je Amt im Budgetjahr 2024, 2018, 2013 respektive 2008?
2. Wie hoch fällt das durchschnittliche Stellenwachstum pro Jahr über diese Zeitperiode hinweg effektiv und in Prozent aus und welche Begründung liegt für das Wachstum je Amt zu Grunde? Bitte ebenfalls um einzelne Ausweisung von abgebauten Stellen je Amt und Budgetjahr.
3. Wie sieht die Entwicklung des befristeten Stellenbestands je Amt im Budgetjahr 2024, 2018, 2013 respektive 2008 aus?

4. Wie sieht die Entwicklung von anderen Kostenträgern (insb. Bund, Gemeinden) refinanzierte Stellen im Budgetjahr 2024, 2018, 2013 respektive 2008 je Amt aus?
5. Wie haben sich die prozentualen Stellenanteile der einzelnen Departemente gemessen an den Gesamtstellen im Budgetjahr 2024, 2018, 2013 respektive 2008 verändert?
6. Wie hoch fällt die Kennzahl der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung gemessen pro 1'000 Einwohnende im Budgetjahr 2024, 2018, 2013 respektive 2008 aus?

Wie im Bericht 2020 ausgeführt, existiert der Stellenplan der Kantonalen Verwaltung Thurgau (KVTG) flächendeckend seit 2012. Auf den Einbezug der Zahlen aus dem Budgetjahr 2008 wurde im Bericht 2020 verzichtet, da dies einen unverhältnismässig grossen Aufwand generiert hätte. Dasselbe gilt für die vorliegende Beantwortung. Sie fokussiert sich auf den Zeitraum 2013 bis 2024 und gibt detailliert Auskunft über die Stellenentwicklung in dieser Zeit.

In Kapitel 1 wird die Frage 6 nach der Kennzahl der Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung gemessen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner beantwortet.

In Kapitel 2 werden die Fragen 1 bis 3 adressiert. Dort finden sich die unbefristeten Stellen gemäss Stellenplan (Soll-Stellen), die tatsächliche Stellenbelegung der unbefristeten Stellen (Ist-Stellen) sowie die tatsächliche Stellenbelegung der befristeten Stellen (befristete Ist-Stellen) für jedes Amt und jeden Betrieb, gegliedert nach Staatskanzlei, Departementen und Gerichten. Für die Erhöhung von unbefristeten Stellen wird jeweils die Begründung angeführt, mit welcher der Regierungsrat das Soll-Stellenquantum genehmigt hat, und zwar unterteilt für die Erhöhung in den Jahren 2013 bis 2018 und für die Erhöhung in den Jahren 2019 bis 2024. Dadurch wird die Vergleichbarkeit der beiden Berichte ermöglicht. Zudem ist für die Periode 2019 bis 2024 aus der Begründung in Klammern festgehalten, wer die Verantwortung für die zusätzlichen Stellen trägt:

- Verantwortung Bund: Die neuen Stellen wurden aufgrund neuer Vorgaben des Bundes verursacht.
- Verantwortung Grosser Rat: Die neuen Stellen wurden aufgrund neuer Vorgaben des Grossen Rates verursacht.
- Verantwortung Regierungsrat: Alle übrigen, nicht eindeutig zuordenbare neuen Stellen und neue Stellen, die aufgrund gestiegener Anforderungen an das Verwaltungshandeln (z. B. höhere Anzahl Auszubildende) verursacht wurden.

Ebenfalls auf Stufe Amt oder Betrieb ausgewiesen werden die effektive und prozentuale Veränderung für den Zeitraum 2013 bis 2024 sowie die durchschnittliche jährliche effektive und prozentuale Veränderung. In Kapitel 3 sind zur Beantwortung der Frage 4 die refinanzierten Stellen aufgelistet (Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie Sozialversicherungszentrum Thurgau). In Kapitel 4 findet sich die Übersicht zur Stellenentwicklung 2013 bis 2024 in der KVTG, inkl. die Veränderung der prozentualen Stellenanteile der einzelnen Departemente gemessen an den Gesamtstellen in Form einer Grafik zur Beantwortung der Frage 5. Kapitel 5 enthält die Schlussbemerkungen.

Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, sind die 28.8 zusätzlichen Stellen in der Steuerverwaltung (SV), die am 28. August 2024 mit Beschluss des Grossen Rates über

den Nachtragskredit zur Erhöhung des Globalbudgets 2024 der Steuerverwaltung (GR 24/BS 2/21) bewilligten worden sind, nicht in die Statistik der Soll- und Ist-Stellen eingeflossen. Diese Stellen sind unterjährig im Jahr 2024 beschlossen worden. Da der Stichtag für die Zahlen 2024 im Januar ist, würde diese unterjährige Berücksichtigung das Gesamtbild der budgetierten Stellenentwicklung verzerren.

## 1. Stellenentwicklung gemessen an der Bevölkerung

Der Regierungsrat bekennt sich zur im „Angepassten Bericht über Stellenentwicklung in den Ämtern“ vom 13. Mai 2020 (GR 16/WE 10/493) auf Seite 34 gemachten Aussage, dass das Stellenwachstum nicht überproportional zur Bevölkerungsentwicklung erfolgen soll, jede Stelle einzeln zu begründen ist und im Regierungsrat kritisch diskutiert wird. Das Stellenwachstum soll vor dem Hintergrund der an den Staat gestellten Aufgaben und die damit verbundenen Leistungen so gering wie möglich und so stark wie nötig ausfallen. Dementsprechend weist der Kanton Thurgau – gemessen an Vollzeitstellen in Kanton und Gemeinden – zusammen mit Appenzell Innerrhoden die schlankste Verwaltung der Schweiz auf.<sup>1</sup> Dies zeigt eine Studie des Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik der Universität Luzern (IWP)<sup>2</sup>, welche die Vollzeitäquivalente (VZÄ) pro Einwohnerin oder Einwohner je Kanton ausweist, wobei sie – damit ein Vergleich zwischen den Kantonen aussagekräftig ist – sowohl die kantonale Ebene als auch die Gemeindeebene berücksichtigt, da je nach Kanton diese beiden Ebenen unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. Gemäss dieser Studie weist der Kanton Thurgau 0.018 VZÄ, also 18 Stellen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>3</sup> im Jahr 2021 auf, gleich wie der Kanton Appenzell Innerrhoden. Erst mit grossem Abstand folgt der Kanton Schwyz mit 24 Stellen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Der schweizweite Durchschnitt beträgt 33 Stellen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Wird nur die kantonale Ebene betrachtet, zeigen diese Kennzahlen seit 2013 ein moderates Wachstum von 10.0 auf 10.3 Soll-Stellen und von 9.7 auf 10.0 Ist-Stellen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2024<sup>4</sup>, wie nachstehende Abbildungen

<sup>1</sup> Vgl. Schweizer Fernsehen, 10-vor-10, *Abstimmung Kanton Solothurn. Nicht alle Kantone haben eine schlanke Verwaltung, Beitrag vom 18. Februar 2024*, abgerufen am 13. Juni 2024 unter <https://www.srf.ch/news/schweiz/abstimmungen-3-maerz-2024/abstimmung-kanton-solothurn-nicht-alle-kantone-haben-eine-schlanke-verwaltung>.

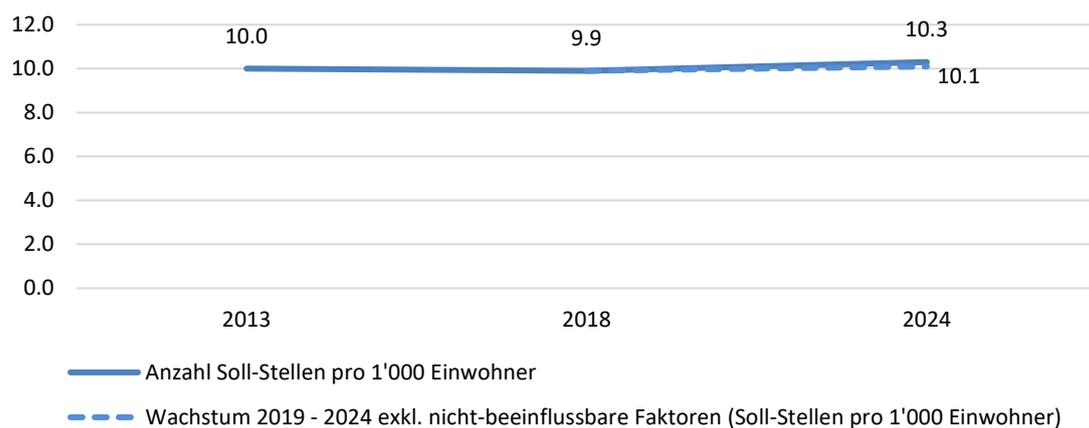
<sup>2</sup> Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern IWP, *Staatliche und staatsnahe Beschäftigung in der Schweiz: Neuer Bericht 2024*, Abbildung 13: Wachstum und Niveau der Vollzeitäquivalente je Einwohner nach Kantonen (oder Abbildung 6.3 in der PDF-Version). Abgerufen am 8. Oktober 2024 unter [https://www.iwp.swiss/paper/staatliche-und-staatsnahe-beschaefigung-in-der-schweiz/public\\_employment\\_2024.html](https://www.iwp.swiss/paper/staatliche-und-staatsnahe-beschaefigung-in-der-schweiz/public_employment_2024.html). Die Studie weist die Vollzeitäquivalente pro Einwohner aus. Im Kanton Thurgau sind dies 0.018 Vollzeitäquivalente pro Einwohner, also 18 pro 1'000 Einwohner.

<sup>3</sup> Vgl. erwähnte Studie der IWP, Abbildung 13: Wachstum und Niveau der Vollzeitäquivalente je Einwohner nach Kantonen, (oder Abbildung 6.3 in der PDF-Version) abgerufen am 8. Oktober 2024 unter [https://www.iwp.swiss/paper/staatliche-und-staatsnahe-beschaefigung-in-der-schweiz/public\\_employment\\_2024.html](https://www.iwp.swiss/paper/staatliche-und-staatsnahe-beschaefigung-in-der-schweiz/public_employment_2024.html).

<sup>4</sup> Eigene Berechnung anhand den von der Dienststelle für Statistik ausgewiesenen Bevölkerungszahlen per Ende Dezember des jeweiligen Jahres sowie den in diesem Bericht in Kapitel 4 ausgewiesenen Soll- und Ist-Stellen, ab der dritten Nachkommastelle abgerundet. Quelle Bevölkerungszahlen: Kanton Thurgau, Dienststelle für Statistik, *Bevölkerungsstand*, abgerufen am 18. November 2024, <https://statistik.tg.ch/themen-und-daten/bevoelkerung-und-haushalte/bevoelkerungsstand-und-struktur/bevoelkerungsstand.html/6332>.

ausweisen. Hinsichtlich des Stellenwachstums und somit der Kennzahlen weist der Regierungsrat darauf hin, dass ein wesentlicher Teil des Wachstums auf Entwicklungen und Faktoren zurückgeht, die vom Regierungsrat nicht beeinflusst werden können. So sind im Zeitraum 2019 bis 2024 von den nachfolgend ausgewiesenen, neu geschaffenen 335.31 Soll-Stellen in der KVTG insgesamt 82.17 Stellen aufgrund von Beschlüssen des Bundes und dem Grossen Rat sowie weiterer nicht beeinflussbarer Faktoren geschaffen worden. Das ist ein Viertel der neu geschaffenen Stellen. Hätten diese Stellen nicht geschaffen werden müssen, wäre die Kennzahl für 2024 bei 10.1 Soll-Stellen<sup>5</sup> pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner und somit seit 2013 zehn Jahre lang fast gleichbleibend. Würden nur die Ist-Stellen 2024 betrachtet, wäre diese Kennzahl bei 9.8<sup>6</sup> und somit seit zehn Jahren ebenfalls fast gleichbleibend. Das Stellenwachstum wäre, wie vom Regierungsrat beabsichtigt, im Einklang der Bevölkerungsentwicklung.

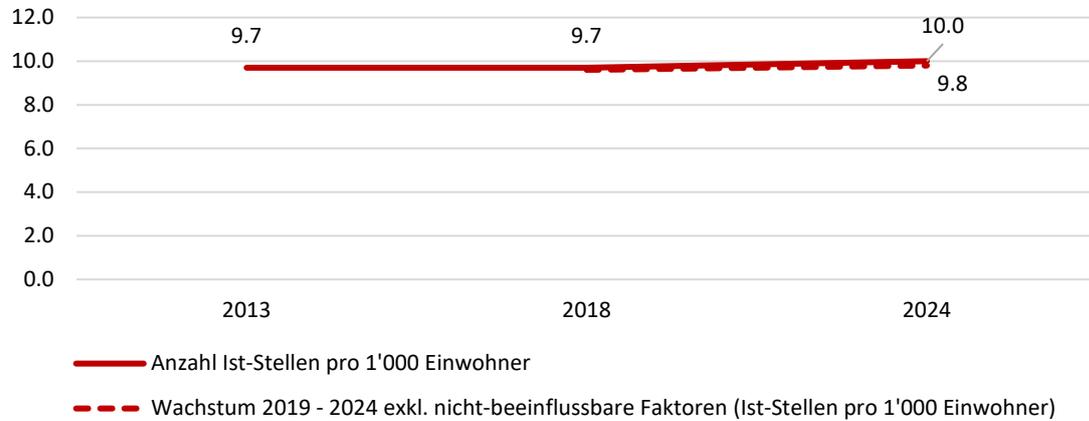
### Entwicklung der Soll-Stellen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner



<sup>5</sup> Berechnung anhand geschätzter Bevölkerung von 296'107 per Ende Dezember 2024 und ausgewiesener Anzahl Soll-Stellen von 3'064.90 minus die im Text erwähnten 82.17 Stellen, ab der dritten Nachkommastelle abgerundet. Quelle der Schätzung Bevölkerungszahl: Kanton Thurgau, Finanzverwaltung, *Finanzplan Thurgau 2025 bis 2027*, [https://finanzverwaltung.tg.ch/public/upload/assets/149340/Finanzplan\\_2025\\_-\\_2027\\_Kanton\\_Thurgau\\_web.pdf?fp=1](https://finanzverwaltung.tg.ch/public/upload/assets/149340/Finanzplan_2025_-_2027_Kanton_Thurgau_web.pdf?fp=1), S. 2; Schätzung per Ende Dezember 2024.

<sup>6</sup> Berechnung anhand geschätzter Bevölkerung von 296'107 per Ende Dezember 2024 und der ausgewiesenen Anzahl Ist-Stellen von 2'973.41 minus die im Text erwähnten 82.17 Stellen, ab der dritten Nachkommastelle abgerundet. Quelle der Schätzung Bevölkerungszahl: Kanton Thurgau, *Finanzverwaltung*, *Finanzplan Thurgau 2025 bis 2027*, [https://finanzverwaltung.tg.ch/public/upload/assets/149340/Finanzplan\\_2025\\_-\\_2027\\_Kanton\\_Thurgau\\_web.pdf?fp=1](https://finanzverwaltung.tg.ch/public/upload/assets/149340/Finanzplan_2025_-_2027_Kanton_Thurgau_web.pdf?fp=1), S. 2; Schätzung per Ende Dezember 2024.

## Entwicklung der Ist-Stellen pro 1'000 Einwohnerinnen und Einwohner



Die im Zeitraum 2019 bis 2024 neu geschaffenen Stellen aufgrund der oben erwähnten, vom Regierungsrat nicht beeinflussbaren Faktoren sind folgende<sup>7</sup>:

Dep./SK	Anzahl Stellen	Beschlüsse
SK	Bund: 0.40 GR: 0.90 <b>Total: 1.30</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Aufsichtsstelle Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip: Bund (0.40); Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung und des Datenschutzgesetzes (DSG; SR 235.1) gemäss der EU-Richtlinie 2016/680.</li> <li>– Aufsichtsstelle Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip: Grosser Rat (0.60); Umsetzung Gesetz über das Öffentlichkeitsprinzip (ÖffG; RB 170.6) und Datenschutzverordnung (TG DSV; RB 170.71)</li> <li>– Kanzleidienste / Parlamentsdienste: Grosser Rat (0.30); Betrieb und Entwicklung der gesamten IT-Infrastruktur des Grossen Rates durch die Schaffung der Stelle des Digitalisierungsverantwortlichen GR</li> </ul>

<sup>7</sup> Details vgl. Kapitel 2

Dep./SK	Anzahl Stellen	Beschlüsse
DIV	Bund: 10.82 <b>Total: 10.82</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Amt für Wirtschaft und Arbeit: Bund (1.00); Senkung Schwellenwert bei der Stellenmeldepflicht (Art. 21a Ausländer- und Integrationsgesetz AIG; SR 142.20 und Art. 53a Arbeitsvermittlungsverordnung AVV; SR 823.111)</li> <li>– Amt für Wirtschaft und Arbeit: Bund (0.5); Kontrolltätigkeiten Lohngleichwertigkeitsprüfung „ausländische Betriebe“ in der Arbeitsmarktaufsicht AMA</li> <li>– Amt für Wirtschaft und Arbeit: Bund (1.00); Vollzug Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG; SR 822.11) und des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20)</li> <li>– Amt für Wirtschaft und Arbeit: Bund (0.5); Steigende Qualitätsansprüche in den Kontrollaufgaben im Bereich „Flankierende Massnahmen“.</li> <li>– Amt für Wirtschaft und Arbeit: Bund (1.12); diverse kleinere Verschiebungen der Verantwortlichkeiten des Personals von den vom Bund finanzierten zu den in der kantonalen Verantwortung stehenden Aufgaben.</li> <li>– Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg: Bund (0.50); zusätzliche Aufträge des BWL bei der Überwachung von Quarantäneorganismen)</li> <li>– Veterinäramt: Bund (6.20); Umsetzung Tierschutzgesetzgebung (Tierschutzgesetz (TschG; SR 455) und Tierschutzverordnung (TSchV; SR 455.1)</li> </ul>
DEK	Bund: 0.85 GR: 1.00 <b>Total: 1.85</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Amt für Volksschule: Grosser Rat (1.00); Schulische Sprachförderung (GRG 20/GE 10/192)</li> <li>– Amt für Berufsbildung und Berufsberatung: Bund (0.85); Weiterentwicklung der IV-Gesetzgebung; Case Management Berufsbildung (CMBB)</li> </ul>
DJS	Bund: 15.80 GR: 13.40 <b>Total: 29.20</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– GS DJS: Grosser Rat (0.50); Botschaft Änderung kantonale Geldspielgesetzgebung (16/GE 23/423)</li> <li>– Amt für Justizvollzug: Bund (0.80); Vollzugsform des Electronic Monitorings, gestützt auf neuen Art. 79b des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0)</li> <li>– Migrationsamt: Bund (13.00); revidiertes Asylgesetz (AsylG; SR 142.31); Neustruktur Asyl Thurgau</li> <li>– Kantonspolizei: Grosser Rat, zusätzliche Zivilstellen aufgrund der am 6. Mai 2020 beschlossenen Erhöhung des Korpsbestands auf 475 Polizistinnen (16/BS 39/414) (12.90);</li> <li>– Kantonspolizei: Bund (1.00); Erneuerungsprojekt des Sicherheitsfunknetzes Polycom</li> <li>– Kantonspolizei: Bund/EU (1.00); Waffenrecht</li> </ul>

Dep./SK	Anzahl Stellen	Beschlüsse
DBU	Bund: 11.00 GR: 9.50 <b>Total: 20.50</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Generalsekretariat: Grosser Rat (0.70); Interpellation „Geschäfts- und Dienstleistungsprozesse im Departement für Bau und Umwelt - Bereiche Bau“ (16/IN 47/409), Externer Schlussbericht rapido</li> <li>– Amt für Umwelt: Grosser Rat (1.00); Interpellation „Klimawandel stoppen statt verdrängen“ (16/IN 42/ 326); Einfache Anfrage „Klima-Notstand im Thurgau“ (16/EA 107/328); Klimastrategie Kanton Thurgau (20/BS 47/451)</li> <li>– Amt für Umwelt: Grosser Rat (2.10); Volksinitiative „Biodiversität Thurgau“ (16/VI 4/430);</li> <li>– Amt für Umwelt: Grosser Rat (1.00); Thur+: Das Hochwasserschutz- und Revitalisierungskonzept für das Thurtal (20/BS 38/298)</li> <li>– Amt für Umwelt: Bund (1.00); Bundesgesetz über den Wasserbau (SR 721.00)</li> <li>– Amt für Umwelt: Bund (1.00); Aktionsplan Pflanzenschutzmittel 2017, GSchG und zugehörige Verordnung</li> <li>– Amt für Umwelt: Bund (1.00); Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL, SR 910.15)</li> <li>– Amt für Umwelt: Bund (1.00); Verordnung über Belastungen des Bodens (VBBö; SR 814.12)</li> <li>– Amt für Umwelt: Bund (0.30); Art. 83a Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG; SR 814.20), BGE 145 II 140</li> <li>– Amt für Umwelt: Bund (0.30); Art. 83a Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG; SR 814.20); Vollzug Bewilligung Erdwärmesondenbohrungen</li> <li>– Amt für Raumentwicklung: Grosser Rat (3.00); Volksinitiative „Biodiversität Thurgau“ (16/VI 4/430)</li> <li>– Amt für Raumentwicklung: Grosser Rat (0.80); Interpellation „Geschäfts- und Dienstleistungsprozesse im Departement für Bau und Umwelt - Bereiche Bau“, Externer Schlussbericht rapido (16/IN 47/409)</li> <li>– Amt für Raumentwicklung: Bund (0.80); Programmvereinbarung mit Bund 2020–2024</li> <li>– Amt für Raumentwicklung: Bund (0.90); Auftrag des Bundesrats aus KRP-Genehmigung (Kleinsiedlungen) sowie GSchG (Gewässerraumlinienpläne)</li> <li>– Amt für Raumentwicklung: Bund (1.00); Biodiversitätsstrategie Bund</li> <li>– Amt für Raumentwicklung: Bund (0.40); Sachplan Fruchtfolgeflächen nach Artikel 13 RPG (SR 700)</li> <li>– Forstamt: Grosser Rat (0.4); Umsetzung der Biodiversitätsstrategie für die Massnahmen im Wald</li> <li>– Amt für Denkmalpflege: Bund (0.40): versch. Entscheidungen des Bundesgerichts zu rechtsgenügenden Berücksichtigung des Bundesinventars schützenswerter Ortsbilder</li> <li>– Amt für Denkmalpflege: Bund (0.40); Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG; SR 520.1); Gesetz über die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen (RB 530.1) und zugehörige Verordnung (RB 530.11)</li> <li>– Tiefbauamt: Grosser Rat (0.5); erheblich erklärten Antrag gemäss §52 GOG (12/AN 2/125) „Thurgauer Langsamverkehr“</li> <li>– Tiefbauamt: Bund (2.50); Bundesgesetz über Velowege (Veloweggesetz; SR 705); Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG; SR 151.3)</li> </ul>

Dep./SK	Anzahl Stellen	Beschlüsse
DFS	Bund: 5.40 GR: 10.70 <b>Total: 16.10</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Finanzverwaltung: Grosser Rat (0.80); Konsequente Rückforderung der unentgeltlichen Prozessführung“ (08/PI6/373);</li> <li>– Finanzverwaltung: Grosser Rat (1.00); Botschaft zum Gesetz über den Finanzhaushalt (20/GE 16/327)</li> <li>– Steuerverwaltung: Grosser Rat (8.90); Zentralisierung der Quellensteuer; Motion „Wirtschaftsfreundliche, unbürokratische Abwicklung der Quellensteuer“ (20/MO 13/148)</li> <li>– Steuerverwaltung: Bund (4.00); OECD-Mindestbesteuerung von juristischen Personen, Quellensteuerreform (vgl. auch GRG Nr. 16/GE 12/126)</li> <li>– Sozialamt: Bund (1.40); Umsetzung über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (SR 831.26); Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen</li> </ul>
Gerichte	Bund: 1.90 GR: 0.50 <b>Total: 2.40</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Obergericht: Bund (1.90); Projekte Justitia 4.0 und das neue Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJA)</li> <li>– Zwangsmassnahmengericht: Grosser Rat (0.50); Revision der StPO (Entsiegelungsverfahren) und des neuen Polizeigesetzes</li> </ul>
Total:	Bund: 46.17 GR: 36.00 <b>Total: 82.17</b>	

## 2. Stellenentwicklung 2013 bis 2024 nach Staatskanzlei und Departemente

### 2.1. Staatskanzlei (SK)

Hinweis: Seit der Einführung der Applikation Abacus zur Stellenbelegung und Budgetplanung im Personalbereich per 1. Januar 2024 werden in der Staatskanzlei drei Ämter unterschieden: Zentrale Dienste SK, Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale (BLDZ) sowie Finanzkontrolle (Fiko). Im Amt "Zentrale Dienste SK" wurden per 1. Januar 2024 sieben Dienststellen zusammengefasst, die vorher bezüglich Personalbestand einzeln wie "Ämter" ausgewiesen wurden: Parlamentsdienste, Regierungskanzlei, Dienststelle für Kommunikation, Rechtsdienst SK, Aufsichtsstelle Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip, Dienststelle für Aussenbeziehungen und Dienststelle für Statistik. In der nachfolgenden Übersicht ist deshalb ab 2024 der Personalbestand bei den "Zentralen Diensten SK" als Summe der genannten sieben Dienststellen zu verstehen.

#### 2.1.1. Soll-Stellen SK

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>2000 SK</b>	2000 Staatsschreiber	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	2010 Rechtsdienst SK	2.40	3.10	-	-2.40	-100.00%	-0.22	-9.09%
	2010 Zentrale Dienste SK (ab 1.1. 2024)	-	-	26.55	+26.55	+100.00%	+2.41	+100.00%
	2020 Aufsichtsstelle Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	0.60	0.60	-	-0.60	-100.00%	-0.05	-9.09%
	2110 Dienststelle für Kommunikation (ab 1.1.2023)	4.60	4.60	-	-4.60	-100.00%	-0.42	-9.09%
	2130 Kanzleidienste SK (Parlamentsdienste und Regierungskanzlei)	7.00	7.15	-	-7.00	-100.00%	-0.64	-9.09%
	2150 Dienststelle für Aussenbeziehungen	1.00	1.00	-	-1.00	-100.00%	-0.09	-9.09%
	2170 Dienststelle für Statistik	2.90	4.40	-	-2.90	-100.00%	-0.26	-9.09%
	2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale	14.95	14.95	12.95	-2.00	-13.38%	-0.18	-1.22%
	2610 Finanzkontrolle	-	-	10.00	+10.00	+100.00%	+0.91	+100.00%
<b>2000 SK Ergebnis</b>		<b>34.45</b>	<b>36.80</b>	<b>50.50</b>	<b>+16.05</b>	<b>+46.59%</b>	<b>+1.46</b>	<b>+4.24%</b>

#### 2.1.2. Ist-Stellen SK

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>2000 SK</b>	2000 Staatsschreiber	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	2010 Rechtsdienst SK	2.65	3.10	-	-2.65	-100.00%	-0.24	-9.09%
	2010 Zentrale Dienste SK (ab 1.1. 2024)	-	-	26.05	+26.05	+100.00%	+2.37	+100.00%
	2020 Aufsichtsstelle Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	0.50	0.60	-	-0.50	-100.00%	-0.05	-9.09%
	2110 Dienststelle für Kommunikation (ab 1.1.2023)	4.60	4.60	-	-4.60	-100.00%	-0.42	-9.09%
	2130 Kanzleidienste SK (Parlamentsdienste und Regierungskanzlei)	6.59	6.40	-	-6.59	-100.00%	-0.60	-9.09%
	2150 Dienststelle für Aussenbeziehungen	0.90	0.90	-	-0.90	-100.00%	-0.08	-9.09%
	2170 Dienststelle für Statistik	2.80	4.40	-	-2.80	-100.00%	-0.25	-9.09%
	2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale	14.96	14.10	13.35	-1.61	-10.76%	-0.15	-0.98%
	2610 Finanzkontrolle	-	-	8.70	+8.70	+100.00%	+0.79	+100.00%
<b>2000 SK Ergebnis</b>		<b>34.00</b>	<b>35.10</b>	<b>49.10</b>	<b>+15.10</b>	<b>+44.41%</b>	<b>+1.37</b>	<b>+4.04%</b>

### 2.1.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten SK 2013 bis 2018

In der Staatskanzlei (SK) erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- Im Rechtsdienst stieg das Stellenquantum um 0.70 Stellen auf 3.10 Stellen an. Die neue Stelle wurde für den neuen Bereich E-Voting geschaffen.
- In der Dienststelle für Statistik stieg das Stellenquantum um 1.50 Stellen auf 4.40 Stellen an. Die neuen Stellen wurden einerseits aufgrund der Verlagerung von Bundesaufgaben zu den Kantonen im Bereich der Statistikerfassung (1.00) und andererseits für die neuen Aufgaben im Bereich Open Government Data (0.50) zur Verfügung gestellt.

### 2.1.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten SK 2019 bis 2024

In der Staatskanzlei erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

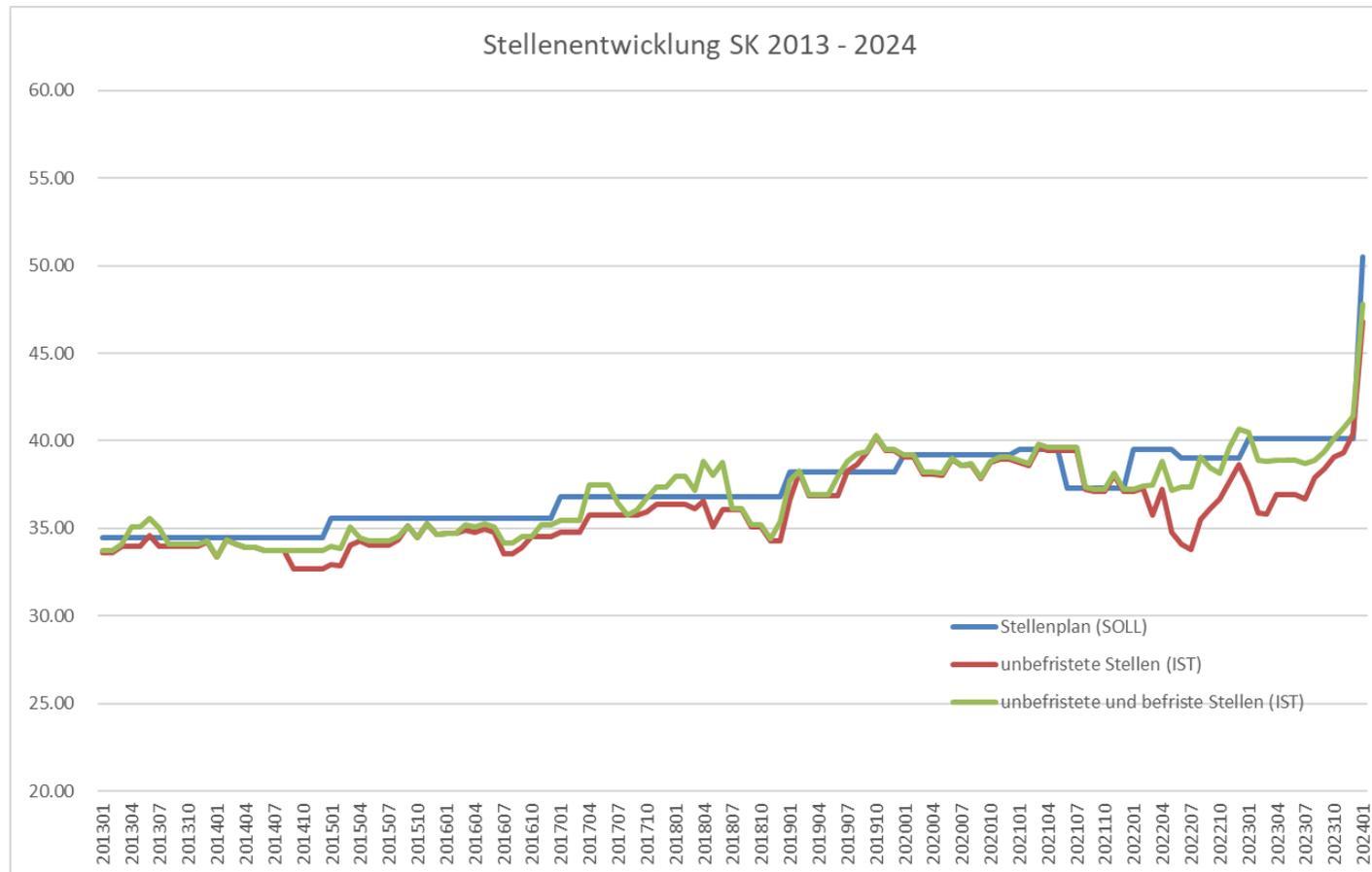
- **In der Aufsichtsstelle Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip stieg das Stellenquantum um 1.00** auf 1.60 Stellen an. Die Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung und des Datenschutzgesetzes (gemäss der EU-Richtlinie 2016/680) erforderte eine erhebliche Ausweitung der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten (0.40). Zusätzlich wurde eine neue Stelle für eine Fachperson für Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip (0.60) geschaffen, um den Herausforderungen des Inkrafttretens des Öffentlichkeitsgesetzes gerecht zu werden (**Verantwortung Grosser Rat: 0.60; Verantwortung Bund: 0.40**).
- **Im Informationsdienst (seit 1. Januar 2023: Dienststelle für Kommunikation) verringerte sich das Stellenquantum um 0.50** auf 4.10 Stellen, da die 50 %-Stelle für die „E-Government-Koordination“ neu dem Kompetenzzentrum Digitale Verwaltung des Amts für Informatik (DIV) zugeordnet wurde (**Verschiebung Stellenquanten: -0.50**).
- **In den Kanzleidiensten / Parlamentsdienste erhöhte sich das Stellenquantum um 1.90** auf 5.10, was auf die Zunahme von Pflichtaufgaben zurückzuführen ist (1.30). Zusätzlich wurde eine Fachstelle Digitalisierung geschaffen, um die gesamte IT-Infrastruktur des Grossen Rates zu verwalten und die flexible Arbeitsweise der GR-Mitglieder zu fördern (0.30 IT GR) und den Digitalisierungsverantwortlichen zu stellen (0.30) (**Verantwortung Regierungsrat: 1.60; Verantwortung Grosser Rat: 0.30**).

- **In der Regierungskanzlei stieg das Stellenquantum um 0.20** auf 4.15 Stellen an, aufgrund des Anstiegs administrativer Aufwände durch den Anschluss der FIKO an die Staatskanzlei durch den Grossen Rat, wobei auch die Bewirtschaftung von Abacus mehr Zeit erfordert als ursprünglich geplant (**Verantwortung Regierungsrat: 0.20**).
- **In der Dienststelle für Statistik erhöhte sich das Stellenquantum um 3.10** auf 7.50, begründet durch die Übernahme der bisher extern durchgeführten Datenerhebungen durch die KVTG gemäss den Regierungsrichtlinien Thurgau 2016–2020 (1.00). Die steigende Menge und Komplexität von Open Government Data (OGD) seit 2017 sowie die zunehmenden Aufgaben der Dienststelle für Statistik rechtfertigten eine zusätzliche Erhöhung (1.30). Mit den Regierungsrichtlinien Thurgau 2016–2020 erhielt die Dienststelle für Statistik den Auftrag zur Modernisierung der Datenarchitektur für Statistikdaten, was eine weitere Erhöhung bedingte (0.80) (**Verantwortung Regierungsrat: 3.10**).
- **In der Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale (BLDZ) verringerte sich das Stellenquantum um 2.00** auf 12.95, aufgrund einer Verschiebung von Stellen (-2.20) ins Hochbauamt. 2024 erfolgte eine Erhöhung aufgrund von Mehrstunden, gestiegenem Mehrumsatz und erhöhter Anforderungen aus dem Bereich der Arbeitsgruppe Lehrmittel (0.20) (**Verschiebung Stellenquanten: -2.20; Verantwortung Regierungsrat: 0.20**).
- **Mit der Umteilung der Finanzkontrolle** per 1. Januar 2024 in die SK kamen in der SK neu 10 Stellen dazu. Diese wurden aus dem Departement für Finanzen und Soziales (DFS 7250) in die Staatskanzlei (SK 2610) verschoben (**Verschiebung Stellenquanten: 10.0**).

## 2.1.5. Befristete Ist-Stellen SK

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>2000 SK</b>	2010 Rechtsdienst SK	0.04	-	-	-0.04	-100.00%	-	-
	2010 Zentrale Dienste SK (ab 1.1. 2024)	-	-	-	-	-	-	-
	2110 Dienststelle für Kommunikation (ab 1.1.2023)	-	-	-	-	-	-	-
	2130 Kanzleidienste SK (Parlamentsdienste und Regierungskanzlei)	-	-	-	-	-	-	-
	2150 Dienststelle für Aussenbeziehungen	-	-	-	-	-	-	-
	2170 Dienststelle für Statistik	-	1.00	-	-	-	-	-
	2510 Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale	0.38	0.60	1.00	+0.63	+166.67%	+0.06	+15.15%
	2610 Finanzkontrolle	-	-	-	-	-	-	-
<b>2000 SK Ergebnis</b>		<b>0.41</b>	<b>1.60</b>	<b>1.00</b>	<b>+0.59</b>	<b>+142.42%</b>	<b>+0.05</b>	<b>+12.95%</b>

### 2.1.6. Zusammenfassung SK



Von den ausgewiesenen 13.7 zusätzlichen unbefristeten Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 0.4 Stellen beim Bund, für 0.9 Stellen beim Grossen Rat und für 5.1 Stellen beim Regierungsrat. Zudem sind unter dem Strich insgesamt 7.3 Stellen neu in die Staatskanzlei verschoben worden. Der steile Anstieg im 2024 repräsentiert die verschobenen Stellen der Finanzkontrolle.

## 2.2. Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV)

### 2.2.1. Soll-Stellen DIV

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>3000 DIV</b>	3000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	3010 Generalsekretariat DIV	17.15	18.40	9.00	-8.15	-47.52%	-0.74	-4.32%
	3110 Staatsarchiv	11.30	17.30	24.10	+12.80	+113.27%	+1.16	+10.30%
	3210 Amt für Informatik	57.70	75.25	92.75	+35.05	+60.75%	+3.19	+5.52%
	3310 Amt für Geoinformation	15.10	14.65	14.65	-0.45	-2.98%	-0.04	-0.27%
	3530 Amt für Wirtschaft und Arbeit*	18.17	18.28	27.70	+9.53	+52.46%	+0.87	+4.77%
	3610 Landwirtschaftsamt	15.05	18.25	18.55	+3.50	+23.26%	+0.32	+2.11%
	3630 GLIB	1.25	1.25	1.00	-0.25	-20.00%	-0.02	-1.82%
	3640 Bildungs-und Beratungszentrum Arenenberg	58.23	69.03	96.35	+38.12	+65.46%	+3.47	+5.95%
	3810 Amt für Energie	-	-	9.80	+9.80	+100.00%	+0.89	+100.00%
	3930 Veterinäramt	10.50	10.50	25.05	+14.55	+138.57%	+1.32	+12.60%
<b>3000 DIV Ergebnis</b>		<b>205.45</b>	<b>243.91</b>	<b>319.95</b>	<b>+114.50</b>	<b>+55.73%</b>	<b>+10.41</b>	<b>+5.07%</b>

### 2.2.2. Ist-Stellen DIV

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>3000 DIV</b>	3000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	3010 Generalsekretariat DIV	16.22	16.80	9.15	-7.07	-43.59%	-0.64	-3.96%
	3110 Staatsarchiv	11.44	17.50	21.30	+9.86	+86.19%	+0.90	+7.84%
	3210 Amt für Informatik	58.12	70.95	84.75	+26.63	+45.82%	+2.42	+4.17%
	3310 Amt für Geoinformation	14.22	12.80	12.90	-1.32	-9.28%	-0.12	-0.84%
	3530 Amt für Wirtschaft und Arbeit*	15.79	18.05	19.94	+4.15	+26.31%	+0.38	+2.39%
	3610 Landwirtschaftsamt	14.65	17.15	18.10	+3.45	+23.55%	+0.31	+2.14%
	3630 GLIB	1.25	1.30	1.05	-0.20	-16.00%	-0.02	-1.45%
	3640 Bildungs-und Beratungszentrum Arenenberg	60.26	65.75	98.31	+38.05	+63.14%	+3.46	+5.74%
	3810 Amt für Energie	-	-	9.35	+9.35	+100.00%	+0.85	+100.00%
	3930 Veterinäramt	10.98	10.95	23.05	+12.07	+109.93%	+1.10	+9.99%
<b>3000 DIV Ergebnis</b>		<b>203.93</b>	<b>232.25</b>	<b>298.90</b>	<b>+94.97</b>	<b>+46.57%</b>	<b>+8.63</b>	<b>+4.23%</b>

\*die vom Bund refinanzierten Stelle im AWA sind nicht in dieser Übersicht enthalten, sondern separat in Kapitel 3 ausgewiesen.

### 2.2.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten DIV 2013 bis 2018

Im Departement für Inneres und Volkswirtschaft (DIV) erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- Für die vom Regierungsrat beschlossene Umsetzung des Konzepts Geothermie Thurgau wurde in der Abteilung Energie zusätzlich eine Stelle für einen Fachexperten Geothermie geschaffen (1.00), wodurch das Stellenquantum im Generalsekretariat DIV auf 18.40 anstieg. Auf die Rekrutierung eines „Fachexperten Geothermie“ wurde allerdings verzichtet, weil aufgrund der Erfahrungen in St. Gallen und Basel der Zeitpunkt für eine entsprechende Bearbeitung des Themas durch den Kanton Thurgau noch verfrüht erschien. Diese Stelle wurde weder budgetiert noch besetzt. Da der Kanton Schaffhausen jedoch zunehmend Leistungen für die Energieberatungsstelle nachfragt (Leistungsauftrag, vollständig refinanziert), wurde der Soll-Stellenplan so belassen.
- Das Stellenquantum im Staatsarchiv stieg um 6.00 auf 17.30 an. Für die Erschliessung und Erhaltung von audiovisuellem Kulturgut im Kanton Thurgau wurde eine neue Vollzeitstelle geschaffen und das bisherige Pensum im Bereich der Archivinformatik für elektronische Langzeitarchivierung erhöht (1.00). Für das Sondererschliessungsprojekt 2018–2026 wurden vier befristete Projektstellen zur Verfügung gestellt (4.00). Zudem wurde für das per 2015 beschlossene dreijährige Projekt „Archivdienst für Gemeinden“ eine neue Projektstelle begründet (1.00). Für das Sondererschliessungsprojekt wurden im Jahr 2018 2.50 Stellen tatsächlich eingesetzt, im Jahr 2019 3.90 Stellen. Die Projektstellen „Archivdienst für Gemeinden“ generieren entsprechende kostendeckende Einnahmen.
- Im Amt für Informatik stieg das Stellenquantum um 17.55 auf 75.25 Stellen an. Diese Erhöhung ist durch Umwandlungen von bisher temporär angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Bereichen der Datenbanksystempflege, TERRIS, Finanzen und Services (AFI Sekretariat, Beschaffungsstelle) sowie die Amtsbetreuung (IC-Techniker) begründet (6.00). Zudem wurde das Stellenquantum der ICT-System-Spezialisten (1.00) und der Application Manager (3.15) für Anwendungsbetreuungen infolge der fortschreitenden Digitalisierung bei den Ämtern sowie für die Betreuung des Bereichs Rechtspflege und der Steuerverwaltung erhöht. Es wurde zudem ein Logistiker (1.00), Rechenzentrum-Spezialisten (2.00), ein Telematiker (1.00) sowie ein Fachspezialist Markt (1.00) eingestellt. Zur Aufrechterhaltung des sicheren Betriebs sämtlicher Netzwerke und Netzwerkübergänge wurden für den Bereich der operativen Netzwerksecurity zusätzliche Stellenprozente für Security-Spezialisten (1.00) geschaffen. Überdies wurde das Quantum für den Service Desk und Vor-Ort-Support, besonders für die Abwicklung von Installationsaufträgen und zufolge zunehmender Supportanfragen seitens öffentlich-rechtlicher Körperschaften, um eine weitere Stelle für Fachspezialisten erhöht (1.00). Das AFI wurde per 1. Juni 2014 vom DFS ins DIV umgeteilt. Aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung, entsprechender Aufträge der Ämter der kantonalen

Verwaltung und einer Zunahme der Aufträge von öffentlich-rechtlichen Körperschaften wurde die Organisation angepasst. Es sind rund 10 Vollzeitstellen für die öffentlich-rechtlichen Körperschaften notwendig; auch diese generieren entsprechende kostendeckende Einnahmen.

- Das Stellenquantum des Amtes für Geoinformation reduzierte sich um 0.45 auf 14.65, weil sich der bisherige Stelleninhaber der Abteilungsleitung Katasterübersicht in eine tiefer eingestuft, vakanten Stelle umteilen liess und für die Abteilungsleitung weniger Stellenprozente beantragt wurden.
- Im Landwirtschaftsamt stieg das Stellenquantum um 3.20 auf 18.25 Stellen an. Neben kleineren Stellenpensenerhöhungen wurden 2.50 neue Stellen aufgrund der Bundesvorgaben geschaffen, wonach acht bis zehn Kontrolleure der Kontrollstelle für Ökomassnahmen und Labelproduktion als amtliche Fachassistenten ausgebildet werden müssen.
- Das Stellenquantum des Bildungs- und Beratungszentrums Arenenberg erhöhte sich um 10.80 auf 69.03. Die zusätzlichen Stellen wurden einerseits für den Bereich Seminare und Tagungen durch Umwandlung befristeter Arbeitsverhältnisse in unbefristete und Festanstellungen von Aushilfen sowie der Einsetzung der Leitung des Hausdienstes geschaffen (2.00). Andererseits musste wegen der grossen Nachfrage einzelner Module für den Bereich der modularen Weiterbildung eine weitere Stelle zur Verfügung gestellt werden (1.00). Darüber hinaus wurden für den Betrieb und die Pachtung von Agroscope in Tänikon zusätzliche Stellen für Landwirte, Werkführer und die Betriebsleitung und Beratung sowie eine befristete Stelle für das Projekt „Swiss Future Farm“ geschaffen (6.00). Schliesslich wurde infolge interner Reorganisation im Bereich Pflanzenbau des BBZ Arenenberg eine befristete Sekretariatsstelle in eine unbefristete Stelle umgewandelt (1.00). Die Stellen für den Bereich Agroscope und „Swiss Future Farm“ in Tänikon generieren kostendeckende Einnahmen.

#### 2.2.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten DIV 2019 bis 2024

Im Departement für Inneres und Volkswirtschaft erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- **Im Generalsekretariat DIV reduzierte sich das Stellenquantum um 9.40** auf 9.00. Dies aufgrund einer Verschiebung von Stellenquanten, die im Generalsekretariat nicht benötigt wurden, auf eine Stelle für einen juristischen Sachbearbeiter im Veterinäramt (0.20). Die Abteilung Energie (9.80), bisher Teil des Generalsekretariats des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft (DIV), wurde auf den 1. Januar 2023 zum Amt für Energie (RRB Nr. 440 vom 8. August 2022). Im Jahr 2024 kam es zu einer **Verstärkung (0.60) des Rechtsdienstes** aufgrund der stark zunehmender Geschäftslast, die durch eine

Verdoppelung (2021 zu 2022) der Neueingänge in der Verwaltungsrechtspflege zustande kam (**Verschiebung Stellenquanten: -10.00; Verantwortung Regierungsrat: 0.60**).

- **Im Staatsarchiv erhöhte sich das Stellenquantum um 6.80** auf 24.10. Dem Staatsarchiv wurden zwei neue Mitarbeiter (2.00) im Bereich der archivischen Erschliessung zugewiesen (auf acht Jahre befristet). Aufgrund des Wegfalls einer externen Anstellung wurde das Stellenquantum für die Abteilungsleitung Bestandvermittlung um 0.40 erhöht. Die zunehmende Digitalisierung der Verwaltung führt zu immer mehr Umstellungsprojekten (elektronische Aktenführung und Langzeitarchivierung) und somit zu einer höheren Arbeitslast, dies begründet die Schaffung einer zusätzlichen Stelle (1.00) in der Abteilung Bestandsbildung. Eine weitere Erhöhung des Stellenquantums (0.50) erfolgte aufgrund der Übertragung der Aufgaben des Digitalisierungsverantwortlichen DIV an das Staatsarchiv. Der Abteilung Bestandserhaltung wurden zusätzliche Stellenprozente (0.50) zugeordnet, begründet durch die Erschliessung von Altlasten des Staatsarchivs (Sondererschliessungsprojekt 2018–2026). Angesichts der positiven Auftragslage wurde im Archivdienst eine zusätzliche Stelle (1.00) geschaffen. Durch die Schaffung einer Stelle (1.00) für die Leitung der Abteilung Bestandserschliessung soll die Archivleitung entlastet werden. Zudem steht zu erwarten, dass das Staatsarchiv in Zusammenhang mit einem künftigen Gesetz über die Entschädigung von Betroffenen von Medikamententests zusätzliche Aufgaben zugeteilt erhält. Im Übrigen fanden diverse kleinere Pensenerhöhungen statt (0.40) (**Verantwortung Regierungsrat: 6.80**).
- **Im Amt für Informatik stieg das Stellenquantum um 17.50** auf 92.75. Die hohe Auslastung im Team Service Management begründet die Erhöhung des Pensums (0.20) des Service Managers. Aufgrund der vermehrten Projektaktivitäten im Zusammenhang mit den Ausbreitungsprojekten eDossier, ScanBox und Baugesuchs- und Ortsplanungsadministration (BOA) entsteht ein erhöhter Supportbedarf in diesen Bereichen, was die Schaffung einer neuen Stelle (0.60) begründet. Eine Verschiebung von Stellenquanten im Team IT-Arbeitsplatz führte zu einer zusätzlichen Erhöhung von Stellenquanten (0.20), somit konnte eine weitere 100 %-Stelle geschaffen werden. Ein neuer Mitarbeiter (1.00) wurde eingestellt, um die hohe tägliche Arbeitslast im Servicedesk zu bewältigen. Die Reduktion einer externen Stelle und die Neuschaffung einer zusätzlichen internen Stelle (1.00) führt zu einer Erhöhung der Qualität und Stabilität beim Servicedesk. Gemäss der Anforderung der ARGE TERRIS wurde der Produkt Supports aufgestockt (0.50). Um ein kontinuierliches Lifecycle-/Release-Management der Fachanwendungen zu gewährleisten, kam es zu einer weiteren Aufstockung (0.50). 2021 kam es zu einer Stellenquanten Erhöhung (3.00), gemäss dem RRB Nr. 481 vom 11. August 2020 bezüglich „Strategie Digitale Verwaltung Thurgau“. Des Weiteren wurde eine befristete Stelle in eine unbefristete umgewandelt und ein zusätzlicher Fabasoft Application Manager sowie ein Anwendungsmanager für die Betreuung des Projekts digitale Langzeitarchivierung eingestellt (2.00). Für die die Weiterentwicklung der Fabasoft Hauptdomäne wurde ein Wirtschaftsinformatiker (1.00) angestellt. Im Jahr 2022 wurde die Position „E-Government-Koordination“ (0.50) von der Staatskanzlei zum Kompetenzzentrum Digitale

Verwaltung (KDV) verlagert. Die Neubesetzung der Abteilungsleitung für IT-Anwendungen ermöglichte eine Neuausrichtung der Abteilung und führte zu einer Erhöhung des Stellenquantums (1.00). Im Jahr 2023 wurde eine Stellenerhöhung benötigt, um die Umsetzung der kantonalen Digitalisierungsstrategie zu unterstützen. Dabei sollen Projekte wie das Daten-Management und die Daten-Architektur (P-DV-017) sowie die Anpassung an den Trend von „Software as a Service“ („SaaS“) berücksichtigt werden. Die neue Ausrichtung erfordert einen Ausbau der IT-Infrastruktur und die Anpassung an moderne Technologien wie Cloud-Rechenzentren und elektronische Identitäten. Zusätzlich müssen neue Systeme wie Digitaler Kundenschalter und digitale Baugesuche betreut werden, was eine Aufstockung der Personalressourcen erforderte (5.00). Im Jahr 2024 wurde eine Stelle (1.00) für die professionelle juristische Vertretung der KVTG bei Vertragsverhandlungen und für die Ausarbeitung von IT-Verträgen geschaffen (**Verantwortung Regierungsrat: 17.50**).

- **Im Amt für Wirtschaft und Arbeit stieg das Stellenquantum um 9.42** auf 27.70. Eine Erhöhung der Personalressourcen (0.80) wurde aufgrund zusätzlicher Aufgaben und Projekte, insbesondere das Wirtschaftsleitbild TG, Innovationsförderungsreform, Digitalisierung AWA, Weiterentwicklung Technologieforum Thurgau sowie aufgrund der Unterstützung des Amtsleiters in verschiedenen nationalen und überregionalen Gremien und Arbeitsgruppen nötig. Zudem kam es im Bereich administrative Fachbearbeitung zu einer Erhöhung (1.00) aufgrund eines Antrags des überdepartementalen Projektsteuerungsausschusses („Überprüfung Zuständigkeiten und Organisation Vollzug Lärmvorschriften mit Schwerpunkt ortsfeste Anlagen“). Die Bearbeitung des Arbeitszonenmanagements führte zur Erhöhung des Personalbestandes (1.00), während die Aufgaben der Fachstellen für Tourismus neu der Wirtschaftsförderung zugeteilt wurden, was diverse neue Projekte ins Leben rief (0.20). Das Härtefallprogramm des Kantons Thurgau mit der Umsetzung der Verordnung über Härtefallmassnahmen für Unternehmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Härtefallverordnung; RRB Nr. 728 vom 15.12.2020) machte weitere Stellen nötig (2.00). Auf Ebene Bund verdreifachte sich mit der Senkung des Schwellenwerts bei der Stellenmeldepflicht ab 1. Januar 2020 die Zahl der meldepflichtigen Stellen, was zu einem Mehraufwand im Bereich Stellenmeldepflicht führte und eine Aufstockung des Personalbestands um eine Vollzeitstelle erforderte (1.00). Und um den erweiterten Kontrolltätigkeiten im Bereich Lohngleichwertigkeitsprüfungen Schwerpunkt „ausländische Betriebe“ im „Arbeitsmarktaufsicht AMA“ gerecht zu werden, wurden zusätzliche Personalressourcen benötigt (0.50). Gemäss der neuen Richtlinie des SECO über die Mindestzahl der Aufsichtspersonen bei den kantonalen Arbeitsinspektoren (KAI) müssen zudem dem Kanton Thurgau für den ordnungsgemässen Vollzug des ArG und UVG mindestens 4.30 VZÄ zur Verfügung stehen, was zu einer Erhöhung um eine Vollzeitstelle geführt hat (1.00). Mit den steigenden Qualitätsansprüchen des Bundes als Vertragspartner der Leistungsvereinbarung und der Sozialpartner als Vertreter der paritätischen Kommissionen wurden die Kontrollaufgaben im Bereich „flankierende Massnahmen“ stetig erhöht und beanspruchten daher vermehrte Personalressourcen (0.50). Im Übrigen fanden diverse kleinere unterjährige Verschiebungen der Verantwortlichkeiten des Personals von den vom Bund finanzierten zu den in der kantonalen Verantwortung stehenden Aufgaben, was bei der Berechnung der

Stellenquanten zu einer Veränderung des pauschalen Verhältnisses der internen zu den externen Stellenquanten (Bund) geführt hat (1.42). (**Verantwortung Bund: 4.12; Verantwortung Regierungsrat: 5.30**).

- **Im Landwirtschaftsamt erhöhte sich das Stellenquantum um 0.30** auf 18.55. Eine Projektstelle (befristet auf 5 Jahre) „Sachbearbeiter BTS/OLS“ wurde zur Unterstützung der Abteilung Strukturverbesserung und für zukünftige Projekte (im Bereich Bewässerung, landwirtschaftliche Planung, Güterzusammenlegung) geschaffen (0.80). Auf den 1. Januar 2022 wurden die Anstellungen (1.25) der amtlichen Fachassistenten aus dem Landwirtschaftsamt ins Veterinäramt verschoben. Im Jahr 2023 wurden Stellen (0.25) aus dem GLIB ins Landwirtschaftsamt verschoben, dies aufgrund einer Pensionierung. Im Jahr 2024 wurde die Anstellung zweier ÖLN-Kontrolleure in Festanstellungen umgewandelt, bedingt durch die gestiegenen Anforderungen aufgrund der zunehmenden Komplexität der zu kontrollierenden Programme. Dafür wurden vom Regierungsrat zusätzliche 0.5 Stellen bewilligt (**Verschiebung Stellenquanten: -1.00; Verantwortung Regierungsrat: 1.30**)
- **Im GLIB reduzierte sich das Stellenquantum um 0.25** auf 1.00. Im Jahr 2023 wurden Stellen (0.25) aus dem GLIB ins Landwirtschaftsamt verschoben, dies aufgrund einer Pensionierung (**Verschiebung Stellenquanten: -0.25**).
- **Im Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg erhöhte sich das Stellenquantum um 27.30** auf 96.35, aufgrund verschiedener Entwicklungen in den Bereichen Weingut, Hotel- und Gastrobetrieb sowie Neuorganisation. Für das Weingut wurden ausgebildete Mitarbeiter (1.20) für Degustationen und Weinseminare benötigt. Der Gastrobetrieb hat sich zu einem ganzjährigen Betrieb entwickelt, weshalb Ganzjahresstellen im Service erforderlich waren (3.50). Eine Stelle im Hotelbereich wurde erhöht (1.00), um die Öffnungszeiten von sieben Tagen pro Woche aufrechtzuerhalten. Des Weiteren wurden zwei Projektstellen (2.00) für den Versuchsbetrieb Tänikon geschaffen, und zusätzliche Personalkapazität (0.80) wird für ein Ressourcenprojekt („Aquasan“) im Bereich Landwirtschaft benötigt. Im Jahr 2021 wurde das Napoleonmuseum Arenberg (8.50) vom Kulturamt (DEK) zum Landwirtschaftsamt – BBZ Arenenberg (BBA) überführt. Zudem erfolgte eine Erhöhung des Stellenquantums (0.50) aufgrund einer erweiterten Überwachung von Quarantäneorganismen im Pflanzenschutzdienst. Im Jahr 2023 wurde eine neue Stelle (0.50) im Rahmen des Entwicklungs- und Innovationsprojekts „Bioberatung FiBL-Arenenberg“ (RRB Nr. 55 vom 25. Januar 2022) geschaffen. Gemäss der Strategie 2024 wurden befristete Positionen in verschiedenen Bereichen wie Küche (Koch, Hilfskoch), Hausdienst, Rezeption, Hotelleitung und saisonalen Angestellten in unbefristete umgewandelt, was zu einer Stellenquantenerhöhung von insgesamt 6.40 führte. Eine weitere Erhöhung des Stellenquantums (0.40) wurde durch zusätzliche Leistungen in der Parkpflege und der Weiterbildung/ÜK begründet. Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie wurde eine Beratungsstelle (1.00) für Biodiversität am Arenenberg geschaffen. Im Jahr 2024 wurde eine neue Stelle (1.00) für die Beratung zur Klimawirkung und den Umweltzielen in der Landwirtschaft geschaffen. Zudem kam es zu einer Erhöhung des Stellenquantums (0.50) aufgrund steigender Aufträge des BLW im Bereich der

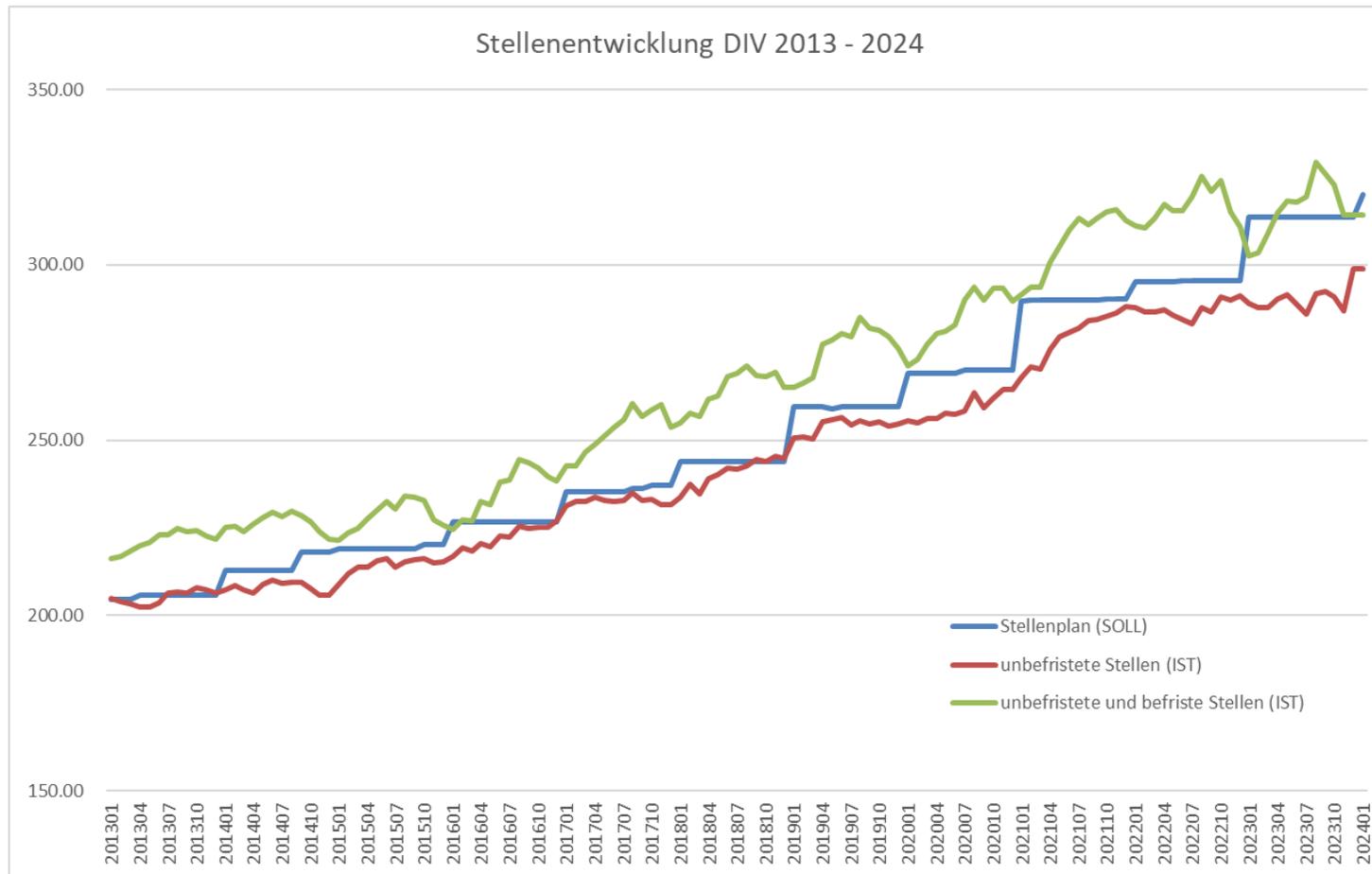
Überwachung von Quarantäneorganismen (**Verschiebung Stellenquanten: 8.50; Verantwortung Bund: 0.50; Verantwortung Regierungsrat: 18.30**)

- **Im Amt für Energie stieg das Stellenquantum um 9.80** auf 9.80. Die Abteilung Energie (9.80), bisher Teil des Generalsekretariats des Departementes für Inneres und Volkswirtschaft (DIV), wurde auf den 1. Januar 2023 zum Amt für Energie (RRB Nr. 440 vom 8. August 2022) (**Verschiebung Stellenquanten: 9.80**).
- **Im Veterinäramt erhöhte sich das Stellenquantum um 14.55** auf 25.05. Eine Verschiebung bestehender Stellenquanten (0.20) vom Generalsekretariat DIV zum Veterinäramt und eine zusätzliche Erhöhung (0.30), ermöglichte die Schaffung einer juristischen Sachbearbeiterstelle, begründet durch komplexere Rechtsverfahren im Tierschutzbereich. Zu einer weiteren Erhöhung (0.30) kam es infolge gestiegenen Arbeitsanfalls. Darüber hinaus wurde eine befristete Stelle in eine unbefristete umgewandelt (1.00), um dem abzeichnenden Mangel an Personalressourcen im Veterinäramt zu begegnen. Aufgrund der Umsetzung der Tierschutzgesetzgebung und der Neuorganisation des Veterinäramts wurden eine Tierschutzbeauftragte(r), ein Sekretär(in), ein jur. Sachbearbeiter(in), ein Tierarzt(ärztin) und ein Fleischinspektor(in) angestellt (4.20). Im Rahmen des Reorganisationskonzept PEGASUS wurde im Jahr 2021 die Abteilung Primärproduktionskontrollen geschaffen und neue Kontrollpersonen (Tierschutzbeauftragte / AFA) eingestellt (3.00). Auf den 1. Januar 2022 wurden die Anstellungen (1.25) der amtlichen Fachassistenten aus dem Landwirtschaftsamt ins Veterinäramt verschoben, dabei wurden zeitgleich temporäre Stellen in Festanstellungen umgewandelt (0.60). Ebenfalls kam es zu einer Aufstockung (2.00) in der Abteilung Tierschutz, damit die bundesgesetzlichen Vollzugsaufgaben im Bereich Tierschutz erfüllt werden konnten. Im Jahr 2023 kam es zu einer Stellenquantenerhöhung (1.50) in der Administration, um der chronischen Überlastung des Personals aufgrund des Amtswachstums entgegenzuwirken. Erhöhung des Stellenpensums (0.20) der Abteilungsleiterin aufgrund der hohen Arbeitsauslastung in der Abteilung Tierschutz (**Verschiebung Stellenquanten: 1.45; Verantwortung Bund: 6.20; Verantwortung Regierungsrat: 6.90**).

## 2.2.5. Befristete Ist-Stellen DIV

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>3000 DIV</b>	3010 Generalsekretariat DIV	0.73	0.20	-	-0.73	-100.00%	-0.07	-9.09%
	3110 Staatsarchiv	0.45	2.40	1.40	+0.95	+211.11%	+0.09	+19.19%
	3210 Amt für Informatik	6.80	2.15	2.80	-4.00	-58.82%	-0.36	-5.35%
	3310 Amt für Geoinformation	0.03	-	-	-0.03	-100.00%	-0.00	-9.09%
	3530 Amt für Wirtschaft und Arbeit	0.50	0.69	0.27	-0.23	-46.60%	-0.02	-4.24%
	3610 Landwirtschaftsamt	0.87	1.00	0.60	-0.27	-30.77%	-0.02	-2.80%
	3640 Bildungs- und Beratungszentrum Arenenberg	6.71	14.75	8.60	+1.89	+28.20%	+0.17	+2.56%
	3810 Amt für Energie	-	-	0.15	+0.15	+100.00%	+0.01	+100.00%
	3930 Veterinäramt	-	-	1.60	+1.60	+100.00%	+0.15	+100.00%
<b>3000 DIV Ergebnis</b>		<b>16.09</b>	<b>21.19</b>	<b>15.42</b>	<b>-0.67</b>	<b>-4.19%</b>	<b>-0.06</b>	<b>-0.38%</b>

## 2.2.6. Zusammenfassung DIV



Von den ausgewiesenen 76.02 unbefristeten zusätzlichen Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 10.82 Stellen beim Bund und für 56.70 Stellen beim Regierungsrat. Zudem sind unter dem Strich insgesamt 8.50 Stellen neu in das DIV verschoben worden.

## 2.3. Departement für Erziehung und Kultur (DEK)

### 2.3.1. Soll-Stellen DEK

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>4000 DEK</b>								
	4000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	4010 Generalsekretariat DEK	7.65	7.65	8.15	+0.50	+6.54%	+0.05	+0.59%
	4110 Amt für Volksschule	59.40	59.60	62.00	+2.60	+4.38%	+0.24	+0.40%
	4130 Amt für Mittel- und Hochschulen	8.10	8.10	8.00	-0.10	-1.23%	-0.01	-0.11%
	4210 Kantonsschule Frauenfeld	119.56	108.00	106.90	-12.66	-10.59%	-1.15	-0.96%
	4230 Kantonsschule Kreuzlingen	43.42	42.90	47.90	+4.48	+10.32%	+0.41	+0.94%
	4250 Kantonsschule Romanshorn	80.31	77.75	91.45	+11.14	+13.87%	+1.01	+1.26%
	4270 Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen	79.25	84.30	101.70	+22.45	+28.33%	+2.04	+2.58%
	4310 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	31.40	34.80	37.05	+5.65	+17.99%	+0.51	+1.64%
	4320 Dienste Berufsfachschulen	24.40	-	-	-24.40	-100.00%	-2.22	-9.09%
	4325 Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden	61.27	77.00	77.10	+15.83	+25.84%	+1.44	+2.35%
	4330 Gewerbliches Bildungszentrum Weinfelden	71.47	94.80	110.05	+38.58	+53.98%	+3.51	+4.91%
	4350 Bildungszentrum für Technik Frauenfeld	72.02	74.36	75.05	+3.03	+4.21%	+0.28	+0.38%
	4360 Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen	35.46	29.10	33.90	-1.56	-4.40%	-0.14	-0.40%
	4380 Bildungszentrum Arbon	26.00	24.65	31.35	+5.35	+20.58%	+0.49	+1.87%
	4390 Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales	37.67	46.80	59.20	+21.53	+57.15%	+1.96	+5.20%
	4410 Sportamt	5.00	5.00	5.00	-	-	-	-
	4510 Kantonsbibliothek	14.80	14.80	14.80	-	-	-	-
	4610 Kulturamt	2.60	2.90	3.30	+0.70	+26.92%	+0.06	+2.45%
	4614 Historisches Museum	6.80	7.00	7.50	+0.70	+10.29%	+0.06	+0.94%
	4618 Naturmuseum	6.20	6.10	6.40	+0.20	+3.23%	+0.02	+0.29%
	4621 Napoleonmuseum Arenenberg	7.50	7.50	-	-7.50	-100.00%	-0.68	-9.09%
	4628 Kunst- und Ittinger-Museum	7.95	7.95	9.15	+1.20	+15.09%	+0.11	+1.37%
	4710 Amt für Archäologie	13.40	13.40	13.80	+0.40	+2.99%	+0.04	+0.27%
<b>4000 DEK Ergebnis</b>		<b>822.63</b>	<b>835.46</b>	<b>910.75</b>	<b>+88.12</b>	<b>+10.71%</b>	<b>+8.01</b>	<b>+0.97%</b>

	2013	2018	2024
Total Lehrpersonen:	521.82	527.80	530.50
Total Verwaltungspersonal:	301.11	307.66	380.25

## 2.3.2. Ist-Stellen DEK

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>4000 DEK</b>	4000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	4010 Generalsekretariat DEK	7.66	7.75	8.05	+0.39	+5.09%	+0.04	+0.46%
	4110 Amt für Volksschule	57.01	59.35	60.30	+3.29	+5.77%	+0.30	+0.52%
	4130 Amt für Mittel- und Hochschulen	7.87	6.40	6.60	-1.27	-16.14%	-0.12	-1.47%
	4210 Kantonsschule Frauenfeld	118.01	109.94	104.79	-13.22	-11.20%	-1.20	-1.02%
	4230 Kantonsschule Kreuzlingen	38.66	40.94	44.69	+6.03	+15.60%	+0.55	+1.42%
	4250 Kantonsschule Romanshorn	81.47	76.17	89.70	+8.23	+10.10%	+0.75	+0.92%
	4270 Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen	80.50	83.44	98.75	+18.25	+22.67%	+1.66	+2.06%
	4310 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	30.75	34.25	36.95	+6.20	+20.16%	+0.56	+1.83%
	4320 Dienste Berufsfachschulen	24.65	-	-	-24.65	-100.00%	-2.24	-9.09%
	4325 Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden	66.14	68.60	74.70	+8.56	+12.94%	+0.78	+1.18%
	4330 Gewerbliches Bildungszentrum Weinfelden	61.17	82.98	98.76	+37.59	+61.45%	+3.42	+5.59%
	4350 Bildungszentrum für Technik Frauenfeld	64.30	68.74	70.05	+5.75	+8.94%	+0.52	+0.81%
	4360 Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen	32.75	25.89	29.76	-2.99	-9.13%	-0.27	-0.83%
	4380 Bildungszentrum Arbon	24.10	24.74	31.90	+7.80	+32.37%	+0.71	+2.94%
	4390 Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales	38.12	44.17	63.82	+25.70	+67.42%	+2.34	+6.13%
	4410 Sportamt	4.80	5.00	5.00	+0.20	+4.17%	+0.02	+0.38%
	4510 Kantonsbibliothek	12.55	14.85	14.80	+2.25	+17.93%	+0.20	+1.63%
	4610 Kulturamt	2.05	2.90	3.30	+1.25	+60.98%	+0.11	+5.54%
	4614 Historisches Museum	6.72	7.30	7.50	+0.78	+11.61%	+0.07	+1.06%
	4618 Naturmuseum	6.25	6.05	6.35	+0.10	+1.60%	+0.01	+0.15%
	4621 Napoleonmuseum Arenenberg	7.47	7.80	-	-7.47	-100.00%	-0.68	-9.09%
	4628 Kunst- und Ittinger-Museum	7.83	8.50	8.60	+0.77	+9.83%	+0.07	+0.89%
	4710 Amt für Archäologie	13.13	13.20	13.80	+0.67	+5.10%	+0.06	+0.46%
<b>4000 DEK Ergebnis</b>		<b>794.96</b>	<b>799.96</b>	<b>879.17</b>	<b>+84.21</b>	<b>+10.59%</b>	<b>+7.66</b>	<b>+0.96%</b>

	2013	2018	2024
Total Lehrpersonen:	506.41	500.15	522.04
Total Verwaltungspersonal:	288.54	299.81	357.13

### 2.3.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten DEK 2013 bis 2018

Im Departement für Erziehung und Kultur erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20 exkl. Lehrpersonen):

- Der Stellenbedarf der Kantonsschule Frauenfeld erhöhte sich von 36.60 auf 37.20 (+0.60). Es fand beim Hausdienst eine Korrektur des Stellenplans durch die Umwandlung von befristeten Hauswartstellvertreterstellen in eine Teilzeitstelle statt (0.60).
- In der Pädagogischen Maturitätsschule Kreuzlingen erhöhte sich das Stellenquantum von 19.10 auf 20.00 (+0.90). Die Stellenprozentage der Konviktleitung wurden aufgestockt (0.40), und es wurde eine neue Stelle für die Betreuung von Schülerinnen und Schülern und den Informatiksupport geschaffen (0.50).
- Der Stellenbedarf der Kantonsschule Kreuzlingen reduzierte sich von 9.70 auf 7.80 (-1.90).
- Das Stellenquantum im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung stieg um 3.40 auf 34.80, indem einerseits bei der Aufhebung der Dienste Berufsfachschulen einzelne Stellen verschoben wurden (3.80) und andererseits kleinere Reduktionen von Stellenquanten im Umfang von 0.40 zu verzeichnen waren.
- Bei den Diensten Berufsfachschulen reduzierte sich das Stellenquantum um 24.40 auf 0.00. Für die Dienstleistung BBZ Weinfelden wurde der Hausdienst aufgrund der Erweiterung der Unterrichtsräume ab Januar 2014 um zusätzliche Stellen (Hauswart, Mitarbeiterinnen Reinigungsdienst) erweitert (2.50). Im Verlaufe 2016/2017 wurden die Dienste Berufsfachschulen aufgehoben und die Stellen an das Amt für Berufsbildung und Berufsberatung sowie an das Gewerbliche Bildungszentrum Weinfelden verschoben.
- Im Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden stieg das Stellenquantum von 9.90 auf 13.00 (+3.10) an. Einerseits in der Schulverwaltung durch Überführung einer befristeten ICT-Unterrichtsassistenzstelle Schulinformatik und einer befristeten Stelle in der Sachbearbeitung Schulsekretariat GB BZW in unbefristete Planstellen (1.80). Andererseits wurde eine befristete Sachbearbeitungsstelle für die höhere Berufsbildung in eine Planstelle umgewandelt (1.00). Des Weiteren wurde eine Sachbearbeitungsstelle für das Prüfungssekretariat um (0.30) erhöht.
- Das Stellenquantum im Gewerblichen Bildungszentrum Weinfelden stieg von 7.10 auf 31.80 (+24.70) an. Einerseits in der Schulverwaltung durch Überführung einer befristeten ICT-Unterrichtsassistenzstelle Schulinformatik in eine unbefristete (1.00). Andererseits durch Zuteilung von Stellenprozenten bei Aufhebung der Dienste Berufsfachschulen (23.50).

- Im Bildungszentrum für Technik Frauenfeld erhöhte sich das Stellenquantum von 11.36 auf 12.36 (+1.00). In der Schulverwaltung wurde eine befristete Stelle als Fachspezialistin ICT in eine Feststelle überführt (1.00).
- Das Stellenquantum erhöhte sich im Bildungszentrum Arbon von 3.40 auf 4.15 (+ 0.75). Durch den Zusammenschluss der Berufsfachschulen Romanshorn und Arbon im Jahr 2007 wurden gewisse Stellen im Schuldienst (Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Hausdienst und Hauswart) als überbelegte Stellenquanten ausgewiesen, obwohl weder eine Änderung bei der Stellenbesetzung noch eine Budgetanpassung erfolgte. Das Stellenquantum zwei dieser Stellen sowie der umgewandelten befristeten Anstellungen wurde entsprechend korrigiert.
- Im Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales erhöhte sich das Stellenquantum von 5.50 auf 6.70 (+1.20). Einerseits wurde in der Schulverwaltung eine befristete ICT-Unterrichtsassistenzstelle Schulinformatik in eine unbefristete überführt (0.60). Andererseits wurde zur Bewältigung des administrativen Aufwands infolge steigender Schülerzahlen eine befristete Stelle in der Sachbearbeitung Grundbildung in eine Festanstellung umgewandelt (0.60).
- Das Stellenquantum im Kulturamt erhöhte sich um 0.30 auf 2.90, um die erhöhte Anzahl zu bearbeitende Gesuche, den erhöhtem Aufwand bei der Betreuung von anstehenden Projekten sowie die Sicherstellung der Arbeitsqualität und des Leistungsauftrags des Kulturamt bewerkstelligen zu können.

#### 2.3.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten DEK 2019 bis 2024

Im Departement für Erziehung und Kultur erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- **Im Generalsekretariat DEK erhöhte sich das Stellenquantum um 0.50** auf 8.15, aufgrund der Einstellung eines Digitalisierungsverantwortlichen (**Verantwortung Regierungsrat: 0.50**).
- **Im Amt für Volksschule stieg das Stellenquantum um 2.40** auf 62.00. Durch den Abschluss des Strukturüberprüfungsprozesses und durch das Auslaufen einer Projektstelle kam es zu einer Stellenquantenreduktion (-2.85). Gemäss RRB Nr. 127 (März 2020) „Angebote Begabungs- und Begabtenförderung im Kanton Thurgau: Überführung des Pilotbetriebs in den Regelbetrieb“ kam es zu der Stellenquantenerhöhung der Sacharbeiter (0.20) und der Fachexperten (0.60). Ausserdem wurde ein Logopäde(in) (0.40), ein Schulpsychologe(in) (0.75) und ein Fachexperte(in) Sonderpädagogik (0.50) gemäss „Antrag Ressourcen der Abteilung Schulpsychologie und Logopädie“ Chef Amt für Volksschule und „Zahlenmaterial zu Entwicklungen im Bereich Schulpsychologie und Logopädie 2014–2018 (2019)“ eingestellt. Aufgrund des Anstiegs der Schülerzahl erhöhte sich die Arbeitslast in der Schulpsychologie und der Logopädie. Daher wurde das Stellenquantum der

Logopäden(innen) (0.40) und der Schulpsychologen(innen) (0.40) entsprechend erhöht. Mit dem DEK-Entscheid (11. Februar 2022) aufgrund der vom Grossen Rat beschlossenen schulischen Sprachförderung (GRG 20/GE 10/192) wurde eine Koordinationsstelle (1.00) vorschulische Sprachförderung eingerichtet und im Amt für Volksschule, Abt. Finanzen, FB Sonderschulung und Dienstleistungen angesiedelt. Im Rahmen des Gesamtbildes IT Schulgemeinden wurde 2023 ein Fachexperte(in) (1.00) eingestellt (**Verantwortung Grosser Rat: 1.00; Verantwortung Regierungsrat: 1.40**).

- **Im Amt für Mittel- und Hochschulen reduzierte sich das Stellenquantum um 0.10** auf 8.00, aufgrund einer Stellenquantenverschiebung zur Kantonsschule Romanshorn (**Verschiebung Stellenquanten: -0.10**).
- **In der Kantonsschule Frauenfeld reduzierte sich das Stellenquantum um 1.10** auf 106.90 (**Verantwortung Regierungsrat: 1.10**).
- **In der Kantonsschule Kreuzlingen erhöhte sich das Stellenquantum um 5.00** auf 47.90. Damit sowohl strategische wie auch pädagogische Leitungsaufgaben erfüllt werden können, wurde 2022 eine zweite Prorektorenstelle (1.00) bewilligt. Ausserdem wurde im Jahr 2024 im Rahmen der Restrukturierung des Hausdienstes auf dem Campus Bildung Kreuzlingen ein Leiter(in) Hausdienst (1.00), ein Hauswart(in) Aushilfe (2.80) und ein Hauswart(in) (1.00) von der PHTG an die Kantonsschule Kreuzlingen überführt. Des Weiteren kam es zu Anpassungen bei den Lehrpersonen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: -0.60, 2020: +1.70, 2022: -0.60, 2023: -3.80, 2024: +2.50) (**Verantwortung Regierungsrat: 5.00**).
- **Bei der Kantonsschule Romanshorn stieg das Stellenquantum um 13.70** auf 91.45. Das Stellenquantum der Reinigungskräfte wurde erhöht (0.40), aufgrund von zwei neuen Beachvolleyballfeldern und der Erweiterung der Sporthalle. Um der überdurchschnittlichen Fluktuation im Hausdienst entgegenzuwirken, wurde ein weiterer Hauswart(in) (1.00) eingestellt. Die Erweiterung von vier Schulzimmern führte zur Einstellung eines Rayonverantwortlichen für die Reinigung (0.40). Des Weiteren kam es zu einer Stellenquantenverschiebung vom AMH zur KR (0.10). Ausserdem kam es zu Anpassungen bei den Lehrpersonen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: -0.30, 2020: +1.20, 2021: +1.80, 2022: -1.10, 2023: +3.60, 2024: +6.60). (**Verschiebung Stellenquanten: 0.10; Verantwortung Regierungsrat: 13.60**)
- **In der Pädagogischen Maturitätsschule Kreuzlingen erhöhte sich das Stellenquantum um 17.40** auf 101.70. Aufgrund der Zunahme der Anzahl Klassen wurde eine zusätzliche Assistenzstelle in den Naturwissenschaften bewilligt (1.00). Aus demselben Grund und auch im Hinblick auf die EDK-Ankerkennung der Lehrdiplome der PHTG wurde das Stellenquantum im Prorektorat erhöht (0.20). Die Restrukturierung des Hausdienstes am Campus Bildung Kreuzlingen hat zu den folgenden Stellenüberführungen von der PHTG an die Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen geführt: Mitarbeiter(innen) Mensa (1.00), Leiter(in) Hausdienst (1.00), Stv. Leiter(in) Hausdienst (1.00), Hauswart(in) (3.00), Hauswart(in) Aushilfe (3.30),

Gärtner(in) (2.00). Ausserdem kam es zu Anpassungen bei den Lehrstellen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: +0.50, 2020: +3.40, 2021: +1.70, 2022: +0.60, 2023: -1.10, 2024: -0.20) (**Verantwortung Regierungsrat: 17.40**).

- **Im Amt für Berufsbildung und Berufsberatung stieg das Stellenquantum um 2.25** auf 37.05. In der Abteilung Berufs- und Studienberatung wurden Projektstellen (0.5) für das Projekt viamia (Beratung von über 40-Jährigen) geschaffen, die durch den Bund finanziert werden. Zudem wurde die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton St. Gallen zur Beratung Jugendlichen aus dem Hinterthurgau aufgelöst, wodurch zusätzlich eine Stelle Berufs- und Studienberater(in) (0.6) nötig wurde. Weiter wurden aufgrund der neuen Invalidengesetzgebung die Stellen im Case Management Berufsbildung (CMBB) erhöht (0.85). Das Stellenquantum der Abteilung Betriebliche Bildung wurde um 0.3 Stellen erhöht, nachdem die Leistungsvereinbarung mit dem Thurgauer Gewerbeverband zur Durchführung einzelner Arbeiten beim Qualifikationsverfahren (QV) aufgelöst wurde. Seither werden sämtliche QV-Arbeiten einheitlich durch das Amt durchgeführt. (**Verantwortung Bund: 0.85; Verantwortung Regierungsrat: 1.40**)
- **Im Gewerblichen Bildungszentrum Weinfelden erhöhte sich das Stellenquantum um 15.25** auf 110.05. Die Abteilung „Informatik Berufsfachschulen“ (ICT BFS) wurde 2019 um einen Projektleiter (1.00) erweitert, ausserdem erfolgte im Jahr 2024 eine Erhöhung des Stellenquantums in der Administration (0.40). Der Pachtvertrag für die BBZ Mensa wurde ordentlich am 31. Januar 2021 gekündigt. Die Mensa soll nun in die kantonalen Strukturen integriert und wie an den Kantonsschulen selber geführt werden können. Diese Umstrukturierung hat zu folgenden Stellenerhöhungen geführt: Koch/Köchin (0.80), Hilfskoch/köchin (0.80), Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Mensa (3.20), Ressortleiter(in) (0.20), Mensaleiter(in) (1.00), Stv. Mensaleitung (0.80). Im Rahmen des Projektes Schulverwaltung 2020 (SV2020) wurde eine strategische Entscheidungsgrundlage für den Einsatz von künftigen Schul- und Verwaltungsapplikationen für die Berufsfach- und Mittelschulen erstellt. Die Umsetzung dieses Projektes bedingte eine Ressourcenerhöhung in der Abteilung „Informatik Berufsfachschulen“ (2.90). Infolge des kontinuierlichen Wachstums des Campus BBZ Weinfelden wurden die Öffnungszeiten der Mensa erweitert, was eine Stellenquantenerhöhung mit sich zog (2.60). Im Übrigen fanden diverse kleinere Verschiebungen (zwischen dem BfGS und dem GBW, 0.60) und Erhöhungen (1.75) der Stellenquanten statt. Ausserdem kam es zu Anpassungen bei den Lehrpersonen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: -0.20, 2020: -0.70, 2022: +0.20, 2023: -5.80, 2024: +5.70) (**Verschiebung Stellenquanten: 0.60; Verantwortung Regierungsrat: 14.65**)
- **Im Bildungszentrum für Technik Frauenfeld stieg das Stellenquantum um 0.69** auf 75.05, was auf den neu eingeführten Beruf ICT-Fachmann/-frau EFZ zurückzuführen ist. Die erste Klasse startete im August 2019 (**Verantwortung Regierungsrat: 0.69**).

- **Das Stellenquantum im Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen erhöhte sich um 4.80** auf insgesamt 33.90. Die steigenden Anforderungen an den First-Level-Support aufgrund von bring your own device (BYOD) und der dynamischen digitalen Entwicklung im Unterricht führten zur Einstellung eines Unterrichtsassistenten(in) für Schulinformatik (0.80). Zudem kam es zu einer Stellenquantenaufhebung bei der Leitung der Cafeteria (-0.50). Ausserdem kam es zu Anpassungen bei den Lehrpersonen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: -0.90, 2020: +0.60, 2021: -0.20, 2022: +2.50, 2023: +3.70, 2024: -1.20) (**Verantwortung Regierungsrat: 4.80**).
- **Im Bildungszentrum Arbon stieg das Stellenquantum um 6.70** auf 31.35. Aufgrund der „Neuregelung der Zuweisung der beruflichen Grundbildungen“ (August 2020) erhöhte sich das Stellenquantum der Sachbearbeiter(innen) (0.90). Ausserdem erhöhte sich das Stellenquantum der Reinigungskräfte (0.20) aufgrund gestiegener Auslastung in den Schulzimmern. Im Übrigen fanden diverse kleinere Stellenquantenerhöhungen statt (0.10). Ausserdem kam es zu Anpassungen bei den Lehrpersonen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: -0.30, 2020: +0.10, 2021: +1.50, 2023: +2.40, 2024: +1.80) (**Verantwortung Regierungsrat: 6.70**).
- **Im Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales erhöhte sich das Stellenquantum um 12.40** auf 59.20, begründet durch die deutliche Steigerung der Lernendenzahlen am Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales (BfGS) (0.40). Die Zunahme der Anzahl Lernenden führte zu einer Vergrösserung des Lehrkörpers und führte zu einem starken Anstieg der administrativen Arbeiten im Bereich der Finanzen und Personelles. Dies begründet die Stellenquantenerhöhung im Schulsekretariat (0.20). Die administrativen Arbeiten für Geriatrie- und Demenzkurse sowie Weiterbildungen im Bereich Palliative Care sollen künftig vollständig von einer Verwaltungsperson statt einer Lehrperson übernommen werden (0.30). Im Übrigen fanden diverse kleinere Verschiebungen (zwischen BfGS und BGW, -0.60) und Erhöhungen der Stellenquanten statt (0.30). Ausserdem kam es zu Anpassungen bei den Lehrpersonen, aufgrund der gemeldeten Lektionenzahlen (2019: +2.80, 2021: +0.20, 2022: -0.90, 2023: +7.30, 2024: +2.40) (**Verschiebung Stellenquanten: -0.60; Verantwortung Regierungsrat: 13**).
- **Das Stellenquantum im Kulturamt erhöhte sich um 0.40** auf 3.30, um den stark gestiegenen Administrationsaufwand aufgrund der steigenden Anzahl zu bearbeitende Gesuche (Zunahme 2013 bis 2024 rund 47%, Zunahme von 2019 bis 2024 rund 33%) an den Lotteriefonds zu bewältigen. Zudem wird die Bearbeitung der Gesuche teilweise deutlich aufwendiger, da es sich um grössere Vorhaben wie z.B. Infrastrukturprojekte handelt (**Verantwortung Regierungsrat: 0.40**).
- **Im Historischen Museum Thurgau erhöhte sich das Stellenquantum um 0.50** auf 7.50. Es kam zu einer Pensumserhöhung bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Hauswartung/Museumstechnik (0.15) sowie bei den Sachbearbeitern

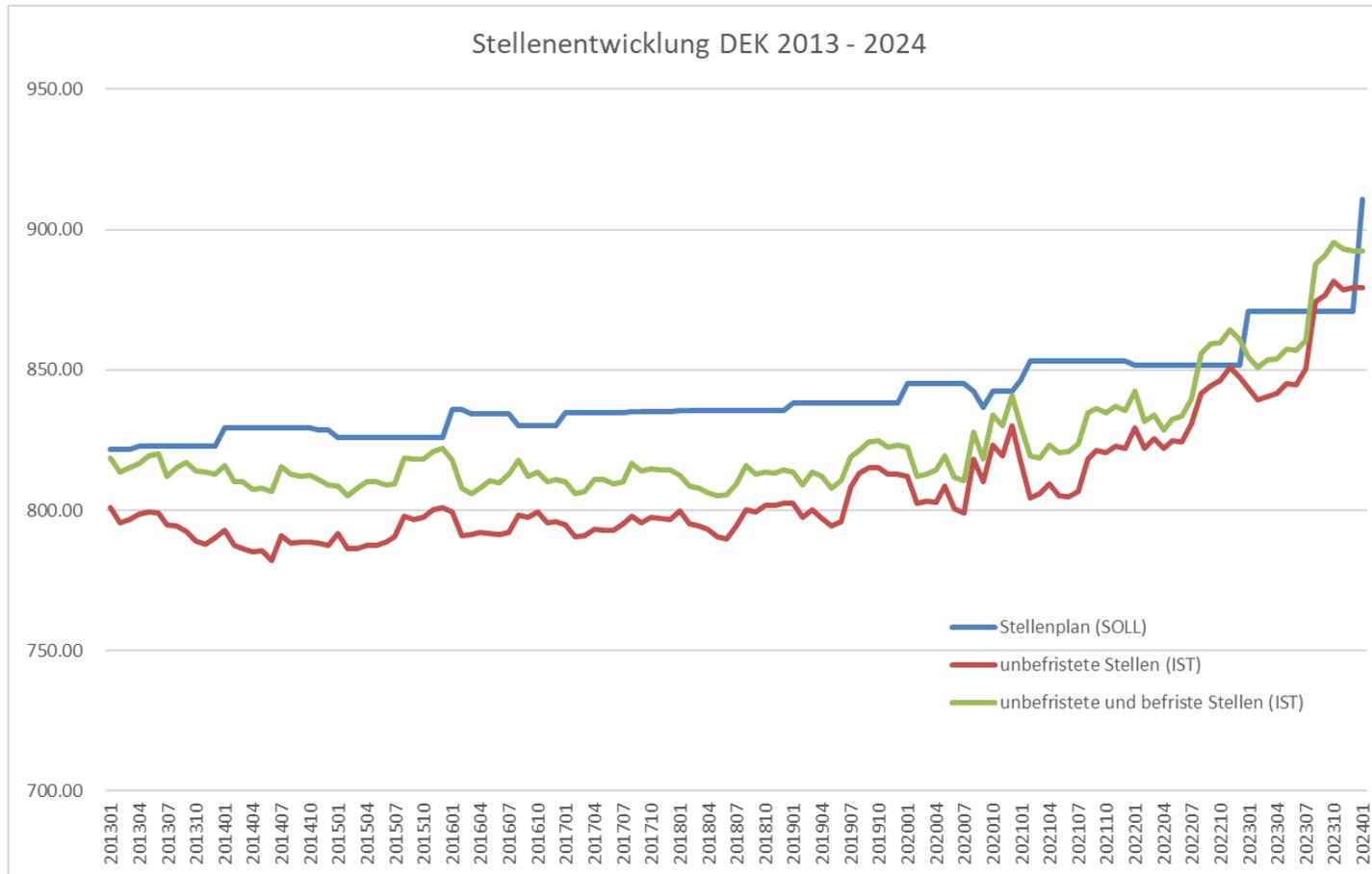
und Sachbearbeiterinnen (0.35), um dem durch die Digitalisierung entstandenen Mehraufwand entgegenzuwirken (**Verantwortung Regierungsrat: 0.50**).

- **Im Naturmuseum stieg das Stellenquantum um 0.30** auf 6.40. Diese Zunahme betraf die Bereiche Kulturvermittlung (0.20) und die Leitung der Museumsadministration und des Marketings (0.10) (**Verantwortung Regierungsrat: 0.30**).
- **Im Napoleonmuseum Arenenberg reduzierte sich das Stellenquantum um 7.50** auf 0.00. Im Jahr 2020 kam es zuerst zu einer Neueinstellung (1.00) im Bereich Besucherservice, bevor das Napoleonmuseum im Jahr 2021 vom Kulturamt ins Landwirtschaftsamt (BBZ Arenberg) verschoben wurde (-8.50) (**Verschiebung Stellenquanten: -8.50; Verantwortung Regierungsrat: 1.00**).
- **Im Kunst- und Ittinger-Museum erhöhte sich das Stellenquantum um 1.20** auf 9.15. Die Erhöhung fand in den Bereichen Registrar/Depotbetreuung (0.50) und Aufsicht/Kasse/Frontdesk (0.70) statt, um eine nachhaltige Beseitigung von Verlustrisiken und Professionalisierung der Sammlungsbetreuung zu gewährleisten (**Verantwortung Regierungsrat: 1.20**).
- **Das Stellenquantum im Amt für Archäologie stieg um 0.40** auf 13.80 an, aufgrund der wachsenden Anforderungen im Bereich Vermittlung und Museen (**Verantwortung Regierungsrat: 0.40**).

### 2.3.5. Befristete Ist-Stellen DEK

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>4000 DEK</b>	4010 Generalsekretariat DEK	0.08	-	-	-0.08	-100.00%	-0.01	-9.09%
	4110 Amt für Volksschule	1.02	0.80	2.60	+1.58	+155.74%	+0.14	+14.16%
	4130 Amt für Mittel- und Hochschulen	0.03	-	-	-0.03	-100.00%	-0.00	-9.09%
	4210 Kantonsschule Frauenfeld	1.58	0.90	-	-1.58	-100.00%	-0.14	-9.09%
	4230 Kantonsschule Kreuzlingen	-	1.00	0.70	+0.70	+100.00%	+0.06	+100.00%
	4250 Kantonsschule Romanshorn	1.13	0.45	2.30	+1.17	+102.94%	+0.11	+9.36%
	4270 Pädagogische Maturitätsschule Kreuzlingen	0.89	-	1.00	+0.11	+12.15%	+0.01	+1.10%
	4310 Amt für Berufsbildung und Berufsberatung	0.73	1.50	0.40	-0.33	-44.83%	-0.03	-4.08%
	4320 Dienste Berufsfachschulen	3.06	-	-	-3.06	-100.00%	-0.28	-9.09%
	4325 Bildungszentrum für Wirtschaft Weinfelden	2.70	0.20	1.00	-1.70	-63.02%	-0.15	-5.73%
	4330 Gewerbliches Bildungszentrum Weinfelden	0.11	1.20	2.20	+2.09	+1'930.77%	+0.19	+175.52%
	4350 Bildungszentrum für Technik Frauenfeld	0.57	-	-	-0.57	-100.00%	-0.05	-9.09%
	4360 Bildungszentrum für Bau und Mode Kreuzlingen	0.04	-	-	-0.04	-100.00%	-0.00	-9.09%
	4380 Bildungszentrum Arbon	0.14	0.20	0.30	+0.16	+120.86%	+0.01	+10.99%
	4390 Bildungszentrum für Gesundheit und Soziales	0.58	0.60	0.40	-0.18	-30.43%	-0.02	-2.77%
	4410 Sportamt	-	-	-	-	-	-	-
	4510 Kantonsbibliothek	1.81	2.70	-	-1.81	-100.00%	-0.16	-9.09%
	4610 Kulturamt	0.50	-	-	-0.50	-100.00%	-0.05	-9.09%
	4614 Historisches Museum	1.40	0.50	0.05	-1.35	-96.42%	-0.12	-8.77%
	4618 Naturmuseum	0.65	0.60	0.10	-0.55	-84.62%	-0.05	-7.69%
	4621 Napoleonmuseum Arenenberg	1.10	1.80	-	-1.10	-100.00%	-0.10	-9.09%
	4628 Kunst- und Ittinger-Museum	0.25	-	-	-0.25	-100.00%	-0.02	-9.09%
	4710 Amt für Archäologie	2.36	-	2.15	-0.21	-8.83%	-0.02	-0.80%
<b>4000 DEK Ergebnis</b>		<b>20.72</b>	<b>12.45</b>	<b>13.20</b>	<b>-7.52</b>	<b>-36.28%</b>	<b>-0.68</b>	<b>-3.30%</b>

### 2.3.6. Zusammenfassung DEK



Von den ausgewiesenen 77.39 zusätzlichen unbefristeten Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 0.85 Stellen beim Bund, für 1.00 Stelle beim Grossen Rat und für 84.04 Stellen beim Regierungsrat. Zudem sind unter dem Strich insgesamt 8.5 Stellen ins DIV verschoben worden. Der steile Anstieg der SOLL-Stellen im 2024 ist auf die Kantonsschulen, die pädagogische Maturitätsschule und die Bildungszentren zurückzuführen, wobei alleine 16.1 Stellen im Rahmen der Neustrukturierung des Hausdienstes von der PHTG übernommen wurden.

## 2.4. Departement für Justiz und Sicherheit (DJS)

### 2.4.1. Soll-Stellen DJS

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>5000 DJS</b>	5000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	5010 Generalsekretariat DJS	45.60	12.30	13.60	-32.00	-70.18%	-2.91	-6.38%
	5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen	21.45	21.45	24.45	+3.00	+13.99%	+0.27	+1.27%
	5130 Grundbuch- und Notariatsverwaltung	89.00	85.00	93.45	+4.45	+5.00%	+0.40	+0.45%
	5210 Amt für Betreibungs- und Konkurswesen	80.30	79.10	76.60	-3.70	-4.61%	-0.34	-0.42%
	5250 Staatsanwaltschaft	70.95	73.95	85.70	+14.75	+20.79%	+1.34	+1.89%
	5350 Amt für Justizvollzug	-	36.20	47.60	+47.60	+100.00%	+4.33	+100.00%
	5370 Massnahmenzentrum Kalchrain	67.62	71.27	68.10	+0.48	+0.71%	+0.04	+0.06%
	5410 Strassenverkehrsamt	66.65	68.50	69.50	+2.85	+4.28%	+0.26	+0.39%
	5420 Eichamt	2.00	2.00	2.00	-	-	-	-
	5430 Migrationsamt	26.30	44.30	63.40	+37.10	+141.06%	+3.37	+12.82%
	5450 Jagd- und Fischereiverwaltung	7.60	7.90	9.60	+2.00	+26.32%	+0.18	+2.39%
	5510 Kantonspolizei	442.47	450.20	475.30	+32.83	+7.42%	+2.98	+0.67%
	5640 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee	19.80	20.30	21.80	+2.00	+10.10%	+0.18	+0.92%
<b>5000 DJS Ergebnis</b>		<b>940.74</b>	<b>973.47</b>	<b>1'052.10</b>	<b>+111.36</b>	<b>+11.84%</b>	<b>+10.12</b>	<b>+1.08%</b>

### 2.4.2. Ist-Stellen DJS

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>5000 DJS</b>	5000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	5010 Generalsekretariat DJS	44.27	10.85	14.15	-30.12	-68.04%	-2.74	-6.19%
	5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen	19.11	19.10	21.50	+2.39	+12.51%	+0.22	+1.14%
	5130 Grundbuch- und Notariatsverwaltung	83.61	87.30	93.35	+9.74	+11.65%	+0.89	+1.06%
	5210 Amt für Betreibungs- und Konkurswesen	77.49	78.15	68.45	-9.04	-11.67%	-0.82	-1.06%
	5250 Staatsanwaltschaft	68.40	72.20	80.60	+12.20	+17.84%	+1.11	+1.62%
	5350 Amt für Justizvollzug	-	33.55	39.40	+39.40	+100.00%	+3.58	+100.00%
	5370 Massnahmenzentrum Kalchrain	66.56	68.90	60.66	-5.90	-8.86%	-0.54	-0.81%
	5410 Strassenverkehrsamt	66.70	66.70	70.50	+3.80	+5.70%	+0.35	+0.52%
	5420 Eichamt	2.00	2.00	2.00	-	-	-	-
	5430 Migrationsamt	25.96	42.45	62.45	+36.49	+140.56%	+3.32	+12.78%
	5450 Jagd- und Fischereiverwaltung	7.18	7.60	8.60	+1.42	+19.78%	+0.13	+1.80%
	5510 Kantonspolizei	411.20	449.10	515.35	+104.15	+25.33%	+9.47	+2.30%
	5640 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee	18.59	19.80	21.70	+3.11	+16.73%	+0.28	+1.52%
<b>5000 DJS Ergebnis</b>		<b>892.07</b>	<b>958.70</b>	<b>1'059.71</b>	<b>+167.64</b>	<b>+18.79%</b>	<b>+15.24</b>	<b>+1.71%</b>

### 2.4.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten DJS 2013 bis 2018

Im Departement für Justiz und Sicherheit erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- Im Generalsekretariat DJS fand eine Reduktion des Stellenquantums um 33.30 auf 12.30 statt. Dies begründet sich mit der Verschiebung der Stellen ins Amt für Justizvollzug als eigenständiges Amt.
- Aufgrund von Restrukturierungen in der Grundbuch- und Notariatsverwaltung wurde der Stellenbestand um 4.00 auf 85.00 reduziert.
- Im Amt für Betreibungs- und Konkurswesen reduzierte sich das Stellenquantum um 1.20 auf 79.10. Die Reduktion setzt sich aus verschiedenen kleinen Stellenpensenreduktionen zusammen.
- Das Stellenquantum bei der Staatsanwaltschaft stieg um 3.00 auf 73.95 durch Begründung dreier neuer Vollzeitstellen für ausserordentliche Staatsanwälte für die Staatsanwaltschaft Bischofszell, Frauenfeld und Kreuzlingen infolge Inkrafttreten der Bestimmungen betreffend Landesverweisungen per 1. Oktober 2016 sowie der im Nachgang zur Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung per 1. Januar 2011 aufgetretenen Mehrbelastungen bei der Fallbearbeitung (z.B. Ausbau Teilnahme- und Anwesenheitsrechte, zunehmende Formalisierung).
- Im Amt für Justizvollzug (AJV) fand eine Begründung von 36.20 Stellenquanten statt, die zum Hauptteil (30.40 Stellen) aus dem GS DJS transferiert wurden. Darüber hinaus wurde wegen der steigenden Auslastung im Strafvollzugskonkordat und zur Durchführung der notwendigen Kontrollaufgaben das bestehende Stellenquantum der Aufseher im Kantonalgefängnis Frauenfeld und im Regionalen Untersuchungsgefängnis Kreuzlingen erhöht und befristete Aufseherstellen in unbefristete umgewandelt (5.00). Mit der Umsetzung des Electronic Monitoring (EM) wurde zur Durchführung der verschiedenen Anwendungsfelder des EM eine Vollzugsstelle geschaffen (0.80).
- Im Massnahmenzentrum Kalchrain erhöhte sich das Stellenquantum um 3.65 auf 71.27. Einerseits musste das Pensum der Sozialpädagogen in der Abteilung Erziehungs- und Wohnbereich erhöht werden, um die Mindestanforderungen des Bundesamtes für Justiz erfüllen zu können (3.50). Andererseits wurde in der Betriebswerkstatt aus Organisationsstrukturgründen eine Stelle für einen Arbeitsagogen geschaffen (1.00). Zudem wurden einzelne Stellenquanten ins Amt für Justizvollzug verschoben.
- Im Strassenverkehrsamt fand eine Erhöhung des Stellenquantums um 1.85 auf 68.50 statt, indem zusätzliche Stellenprozentante für Verkehrsexperten Kundendienst Prüfungen A und F zur Verfügung gestellt wurden (1.85).

- Das Stellenquantum im Migrationsamt erhöhte sich um 18.00 auf 44.30 Stellen. Per 1. Januar 2014 wurde die kantonale Ausweisstelle vom Generalsekretariat DJS neu dem Migrationsamt als Abteilung angegliedert. Für die Bewältigung des Antrags- und Erfassungsvolumens seit Einführung des biometrischen Passes im Jahr 2010 wurden bei der kantonalen Ausweisstelle mit je einem Erfassungszentrum in Frauenfeld und in Weinfelden befristete Aushilfsstellen in Festanstellungen umgewandelt sowie eine Springerstelle geschaffen (8.50). Zudem wurde die Funktion Assistenz Amtsleiter auf eine Vollzeitstelle erhöht (1.00) und das Pensum für den Bereich Einreise, Aufenthalt, Dienste angepasst (1.00). Darüber hinaus wurde infolge Überbuchung eine neue Stellennummer und Richtposition für die Amtsleiter-Assistenz zu einem Vollzeitpensum geschaffen (1.00). Zur Bearbeitung von Gesuchen um Erteilung und Mutation von Ausländerbewilligungen wurden im Team 1 und 2 der Abteilung Einreise und Aufenthalt zusätzliche Stellenquanten für die Sachbearbeitung begründet (2.00). Ausserdem wurden für die Fachstelle Integration Projektstellen für die Projekte „Erstinformativgespräche“ und „Job Coaching“ im Umfang von 3.70 Stellen genehmigt.
- In der Jagd- und Fischereiverwaltung stieg das Stellenquantum um 0.30 auf 7.90, indem das bestehende Pensum der wissenschaftlichen Sachbearbeitung für den Bereich Fischerei (Fischgängigkeit Kraftwerke) entsprechend erhöht wurde.
- Bei der Kantonspolizei erhöhte sich das Stellenquantum um 7.73 auf 450.20. Für die taktischen Stabsdienste wurde einerseits der Ende 2010 zugestimmte Stellenantrag umgesetzt und andererseits eine zusätzliche Stelle in der kantonalen Notrufzentrale geschaffen (2.50). Zudem wurde die Kriminalpolizei infolge der zunehmenden IT-Kriminalität durch einen zusätzlichen IT-Forensic Spezialisten ergänzt (1.00). Im Übrigen fanden diverse Versetzungen von Polizeifunktionären sowie kleinere Pensenerhöhungen statt.
- Im Amt für Bevölkerungsschutz und Armee führten verschiedene kleinere Pensenerhöhungen zu einem Anstieg von insgesamt 0.50 Stellen.

#### 2.4.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten DJS 2019 bis 2024

Im Departement für Justiz und Sicherheit erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- **Im Generalsekretariat DJS erhöhte sich das Stellenquantum um 1.30** auf 13.60, unter anderem aufgrund einer Verschiebung (0.30) von Stellenquanten aus dem Sozialamt ins Generalsekretariat DJS und gleichzeitiger Stellenquantenerhöhung (0.50), da die Kapazitäten im Sozialamt nicht mehr ausreichten. Am 1. Oktober 2019 wurde zudem die Botschaft zur Änderung der kantonalen Geldspielgesetzgebung des RR an den GR überwiesen (RRB Nr. 790 vom 1. Oktober 2019) und für die Umsetzung dieser neuen Aufgabe im GS DJS wurden zusätzliche personelle Ressourcen notwendig (0.50). Mit dem

Budget 2022 wurde dem GS DJS eine Stelle „Digitalisierungsverantwortung für das DJS“ bewilligt (0.50), die später aus dem GS DJS zur Grundbuch- und Notariatsverwaltung verschoben wurde (-0.50). (**Verschiebung Stellenquanten: -0.20; Verantwortung Grosser Rat: 0.50; Verantwortung Regierungsrat: 1.00**).

- **Im Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen stieg das Stellenquantum um 3.0** auf 24.45, bedingt durch den deutlichen Anstieg der Geschäftsfälle und erhöhten formellen Anforderungen. Die befristeten Anstellungen von je einer Sachbearbeiterin/Telefonistin bei den Zivilstandsämtern und einer weiteren juristischen Sachbearbeiterin wurden in eine Festanstellung umgewandelt (3.00) (**Verantwortung Regierungsrat: 3.00**).
- **In der Grundbuch- und Notariatsverwaltung erhöhte sich das Stellenquantum um 8.45** auf 93.45. Begründet durch die Umwandlung verschiedener befristeter Anstellungen in Festanstellungen in den folgenden Bereichen: Leitung der Abteilung, Grundbuchämter und den Notariaten (2.50). Ebenfalls musste aufgrund des revidierten Erbrechts viel Zeit in Aus- und Weiterbildung investiert werden. Die Stelle „Digitalisierungsverantwortung für das DJS“ wurde aus dem Generalsekretariat zur Grundbuch- und Notariatsverwaltung verschoben (0.50). Seit dem Jahr 2020 ist die Geschäftslast markant gestiegen, bedingt durch die Wirtschaftslage, die grosse Bautätigkeit, die hohe Nachfrage nach Beratungen im Ehegüter- und Erbrechtsbereich, die grössere Anzahl Erbfälle und vieles mehr. Deshalb wurden die Grundbuchämter und Notariate Frauenfeld, Arbon und Weinfelden mit je einer Urkundsperson (Grundbuchverwalter(in) und Notar(in)) erweitert (1.50). In den Bezirken Frauenfeld, Arbon, Kreuzlingen und Münchwilen wurde ebenfalls je ein(e) Sacharbeiter(in) angestellt (2.50). Ausserdem wurde die Amtsleitung durch eine(n) Grundbuch- und Notariatsinspektor(in) erweitert (1.00). Im Übrigen wurden im Jahr 2023 Stellenquanten vom Amt für Betreibungs- und Konkurswesen zur Grundbuch- und Notariatsverwaltung verschoben (0.45) (**Verschiebung Stellenquanten: 0.95; Verantwortung Regierungsrat: 7.50**).
- **Im Amt für Betreibungs- und Konkurswesen reduzierte sich das Stellenquantum um 2.50** auf 76.60. Im Jahr 2020 hat sich das Amt für Betreibungs- und Konkurswesen entschieden, künftig die fünf Lernenden in die Zentrale Verwaltung/Personalamt zu integrieren (-0.20). Im Jahr 2023 wurden 0.45 Stellenquanten vom Amt für Betreibungs- und Konkurswesen zur Grundbuch- und Notariatsverwaltung verschoben (-0.45). Im selben Jahr kam es zu einer zusätzlichen Stellenquantenerhöhung (0.95). Und im Jahr 2024 wurden vakante Stellen (-2.80) vom Amt für Betreibungs- und Konkurswesen zum Amt für Justizvollzug transferiert (**Verschiebung Stellenquanten -3.45; Verantwortung Regierungsrat: 0.95**).
- **In der Staatsanwaltschaft stieg das Stellenquantum um 11.75** auf 85.70, begründet durch den jährlichen Anstieg der Wohnbevölkerung um rund 1 Prozent und steigender krankheitsbedingter Abwesenheiten. Das Bevölkerungswachstum und die am 6. Mai 2020 beschlossene Erhöhung des Bestandes der Kantonspolizei (16/BS 39/414) führen zu einer Zunahme von Strafverfahren und einer Mehrbelastung der Staatsanwaltschaft. Deshalb wurden in Kreuzlingen (2.00) und Frauenfeld

(1.00) die Stellenquanten bei den Staatsanwälten(innen) erhöht. Auch die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstraffälle und organisierte Kriminalität ist seit mehreren Jahren mit steigenden Fallzahlen konfrontiert, deshalb wurden die Stellenquanten bei den Fachspezialisten(innen) erhöht (1.00). Die Administration der Generalstaatsanwaltschaft benötigte aufgrund des zunehmenden Arbeitsanfalls eine Erhöhung in der Sachbearbeitung (0.35). Die Staatsanwaltschaft für Wirtschaftsstraffälle und organisierte Kriminalität benötigte eine Erhöhung (1.00) des Stellenquantums, um mit den steigenden Fallzahlen und anspruchsvolleren Aufgaben umgehen zu können. Die Entwicklung der Medienlandschaft erfordert eine verstärkte Medienarbeit seitens der Staatsanwaltschaft, weshalb ein Fachexperte(in) (1.00) eingestellt wurde. Das Stellenquantum der Fachspezialisten/innen für Wirtschaftsstraffälle und organisierte Kriminalität wurde erhöht (0.50), begründet durch eine zusätzliche Stelle für Staatsanwälte/innen, was zu einer erhöhten Arbeitslast führte. Aus demselben Grund kam es ebenfalls zu einer Aufstockung in der Administration der Staatsanwaltschaft Frauenfeld (1.00) und der Jugendanwaltschaft (0.80). Das Bevölkerungswachstum, die Internationalisierung der Kriminalität, erhöhte Mobilität und die 24-Stunden-Gesellschaft, vermehrte Grossveranstaltungen, Cyberkriminalität, Neuordnung im Asylbereich, Radikalisierung/Terrorgefahr, verstärkte Medienpräsenz, Ausbau des materiellen Strafrechts und zusätzlicher administrativer Aufwand durch die Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung sind Gründe für die zunehmende Belastung und die Stellenquantenerhöhungen (3.10) in der Staatsanwaltschaft (**Verantwortung Regierungsrat: 11.75**).

- **Im Amt für Justizvollzug erhöhte sich das Stellenquantum um 11.20** auf 47.60. Die Komplexität der Fallgeschäfte im Straf- und Massnahmenvollzug hat in den letzten Jahren zugenommen und es sind neue Aufgaben durch Gesetzesrevisionen dazugekommen, insbesondere das Electronic Monitoring aufgrund des neuen Art. 79b des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB; SR 311.0). Dies bedingt die Stellenquantenerhöhung (0.80) der juristischen Sacharbeiter(innen). Basierend auf der Organisationsanalyse vom 2. Oktober 2017 wurde im Gesundheitsdienst des Kantonalgefängnisses des Thurgaus festgestellt, dass personelle Lücken bestehen und die Anzahl kranker und psychisch auffälliger Inhaftierter zugenommen hat. Daher war eine Erhöhung des Gesundheitsdienstes (0.80) erforderlich. Im Jahr 2024 wurden vakante Stellen (2.80) vom Amt für Betreibungs- und Konkurswesen zum Amt für Justizvollzug übertragen. Um dem Bewährungsdienst die Durchführung eigener Lernprogramme zu ermöglichen, wurde das Stellenquantum des Sozialarbeiterpersonals erhöht (0.80). Zusätzlich wurde das Stellenquantum des Personals der Abteilung Gefängnisse erhöht (3.00), um die angemessene Bewachung und Betreuung der Inhaftierten zu gewährleisten und die Abhängigkeit von Deltamitarbeiterinnen und -mitarbeitern zu reduzieren. Ausserdem kam es zwischen dem Massnahmenzentrum Kalchrain und dem Amt für Justizvollzug zu diversen Stellenverschiebungen (3.00) (**Verschiebung Stellenquanten 5.80; Verantwortung Bund: 0.80; Verantwortung Regierungsrat: 4.60**).

- **Im Massnahmenzentrum Kalchrain reduzierte sich das Stellenquantum um 3.00** auf 68.10, aufgrund diverser Stellenverschiebungen zwischen dem Massnahmenzentrum Kalchrain und dem Amt für Justizvollzug (**Verschiebung Stellenquanten -3.00**).
- Aufgrund der jährlichen Zunahme des Fahrzeugbestandes um 1-2 % wurde das **Stellenquantum im Strassenverkehrsamt um 1.00** auf 69.50 **erhöht (Verantwortung Regierungsrat: 1.00)**
- **Im Migrationsamt erhöhte sich das Stellenquantum um 19.10** auf 63.40. Im Rahmen des neuen Asylgesetzes wurde der Kanton Thurgau Teil der Asylregion Ostschweiz (revidiertes Asylgesetz (AsylG; SR 142.31) und die Zuständigkeit für den Wegweisungsvollzug aus den Bundesasylzentren der Region ging auf das Migrationsamt über. Deshalb wurde je ein Ressort- und Teamleiter(in) (2.00) eingestellt und zwei neue Sachbearbeiterteams gegründet (8.00). Das revidierte Ausländer- und Integrationsgesetz (1. Januar 2019, AIG; SR 142.20) führte zu zunehmend komplexeren Verfahren, was die Anstellung einer juristischen Unterstützung (1.00) begründete. Des Weiteren wurde eine bestehende Projektstelle Job Coach aufgrund der Einführung der dreimal höheren einmaligen Erstintegrationspauschale (Mai 2019) in eine Festanstellung umgewandelt (1.00). Ebenfalls kam es zu einer Verschiebung der Rückkehrberatung/-hilfe vom Sozialamt zum Migrationsamt (0.10). In der Fachstelle Integration kam es zu einer Stellenquantenanpassung an die tatsächliche Belegung (0.30). Zusätzlich kam es zu der Schaffung einer Stabsstelle (1.00) zur Stabilisierung und Professionalisierung der Bereiche Controlling, Projekte und Schulungen. Die Fachstelle Integration benötigt für die zunehmend umfangreichere und komplexere Erarbeitung von Strategien, Eingaben und Controlling gegenüber dem Bund für die Integrationsagenda Schweiz und das kantonale Integrationsprogramm die bisher befristeten Ressourcen weiterhin, dies begründet die Umwandlung in eine Festanstellung (1.00). Im Januar 2021 wurde das Migrationsamt vom Regierungsrat neu auch für die IAS-Integration von anerkannten Flüchtlingen zuständig erklärt (RRB Nr. 28 vom 12. Januar 2021). Aufgrund dessen wurden IAS-Coaches (6.00) und Teamleiter(innen) (2.00) eingestellt. Die IAS-Integration ist vom Bund finanziert. Ausserdem führte das Auslaufen von Stellen zu einer Stellenquantenreduktion (-3.30) (**Verschiebung Stellenquanten: 0.10; Verantwortung Bund: 13.00; Verantwortung Regierungsrat: 6.00**)
- **In der Jagd- und Fischereiverwaltung stieg das Stellenquantum um 1.70** auf 9.60. Aufgrund der weiterhin sehr hohen Arbeitslast wurde die befristete Stelle „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ in eine Feststelle (0.30) umgewandelt. Im Rahmen der kantonalen Biodiversitätsstrategie (2023) wurde eine neue Stelle (1.00) zur Entlastung der Amtsleitung im Projektmanagement geschaffen. Zudem wurden verschiedene kleine Stellenquantenanpassungen vorgenommen (0.40) (**Verantwortung Regierungsrat: 1.70**).

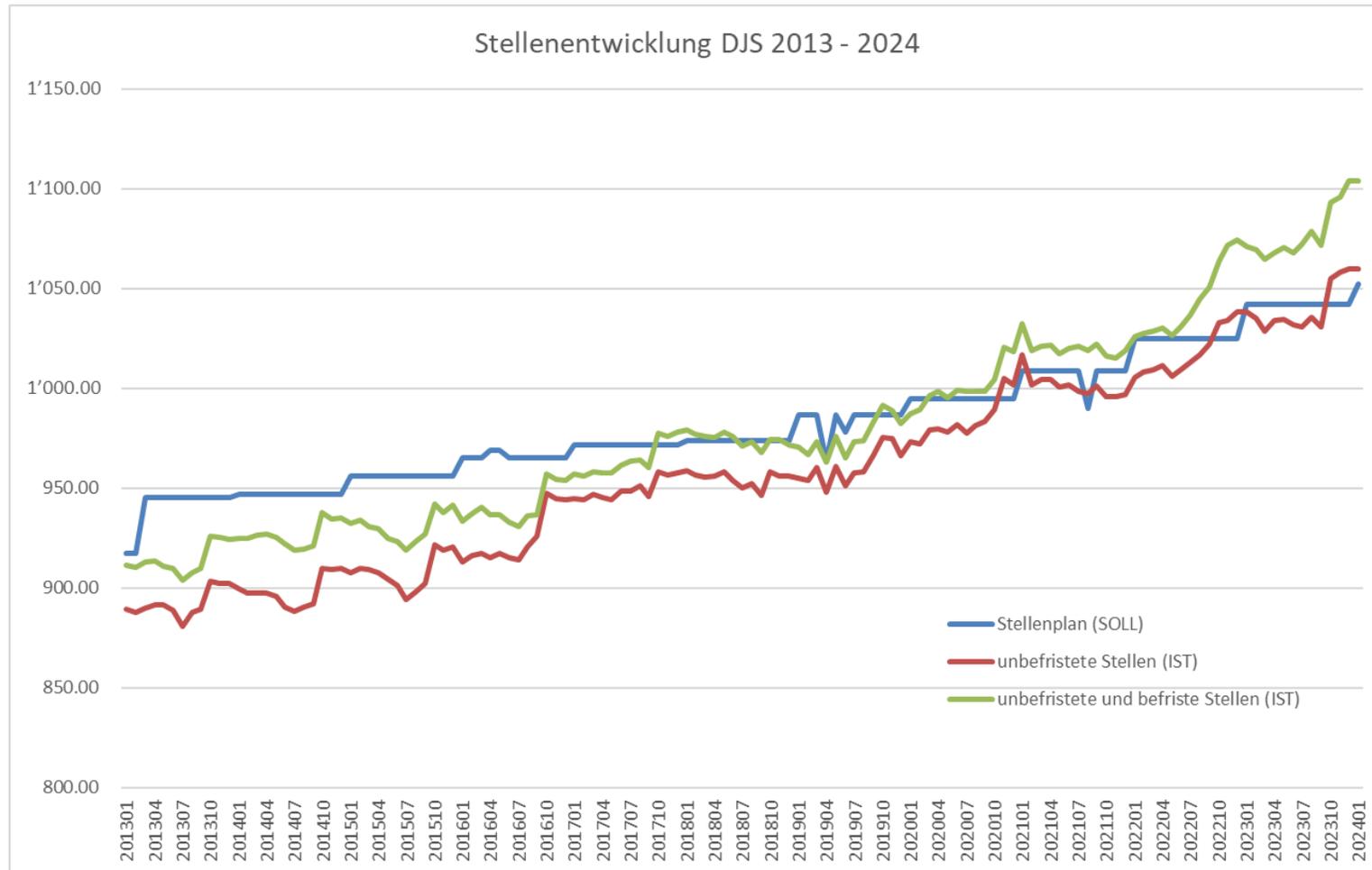
- **In der Kantonspolizei erhöhte sich das Stellenquantum um 25.10** auf 475.30. Der Bereich Technik benötigte eine Aufstockung (1.00), da die Belastung durch die Betreuung von Systemen und Geräten zunimmt, insbesondere mit dem anstehenden Erneuerungsprojekt des Sicherheitsfunknetzes Polycom, das durch den Bund vorangetrieben wird. Die Fachstelle Gefahrenabwehr und Bedrohungsmanagement der Kapo TG schaffte eine ZA-Stelle Fachspezialist(in) (1.00), um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden, insbesondere mit Blick auf den Ausbau des kantonalen Bedrohungsmanagements. Die Fachstelle häusliche Gewalt schaffte eine Stelle (0.40) für das Projekt Gefährderansprache. Ausserdem wurde eine weitere Juristenstelle (ZA) zur Bewältigung der zunehmenden juristischen Fragestellungen im Departement bewilligt (0.50). Im Jahr 2020 wurden insgesamt vier neue Fachspezialisten (4.00) in den Bereichen Finanzen, HR, IT und Schifffahrtsskontrolle angestellt, bedingt durch zunehmende Anforderungen. Im Jahr 2021 wurden zusätzliche Ressourcen für die Bereiche Planung und Einsatz (1.00), Ausrüstung und Betrieb (1.00) sowie Datenauswertung und -analyse (1.00) bewilligt. Begründet durch eine Umstrukturierung, dem gestiegenen Bedarf an Einsatzmitteln und der immer grösser werdenden Datenmengen im Bereich der Cyberdelikte. Zwei zusätzliche Stellen (2.00) in der Disposition und Transkription wurden im Jahr 2022 geschaffen, um einerseits die immer aufwändiger werdende Koordination von Einvernahmeterminen zu zentralisieren und andererseits um die durch die Strafprozessordnung vorgeschriebene Transkription von Videoeinvernahmen vorzunehmen, um so die Ermittlerinnen und Ermittler zu entlasten. Im Jahr 2023 benötigte die Waffenfachstelle der Kantonspolizei Thurgau zusätzliche Ressourcen (1.00) aufgrund der erhöhten administrativen Belastungen durch das EU-Waffenrecht, während der Rechtsdienst aufgrund des hohen Arbeitsvolumens eine Aufstockung (0.50) bei den Verwaltungsjuristen(innen) erhielt. Im Jahr 2024 wurde für das Grossprojekt Neubau/Sanierung des Polizeikommandos eine koordinierende Projektleitung eingestellt (1.00). In der HR Services Abteilung wurde eine befristete Stelle zu einer Festanstellung umgewandelt (1.00), damit die Kursverwaltung auch in Zukunft erledigt werden kann. Im Zeitraum von 2021 bis 2024 wurden insgesamt drei Fachspezialisten für die Ermittlung von Cyberdelikten (3.00), zwei Mitarbeiter für den polizeilichen Assistenzdienst (2.00) und vier IT-Fachspezialisten (4.00) eingestellt. Diese Neueinstellungen erfolgten, um die Cybercrime-Ermittlungseinheit zu unterstützen, den Bereich Gefangenentransporte zu verstärken und den gestiegenen Anforderungen im Bereich Digitalisierung, IT-Sicherheit und Infrastruktur gerecht zu werden. Zudem wurden verschiedene kleine Stellenquantenanpassungen vorgenommen (0.70). Ein Teil dieser zusätzlichen Zivilstellen ist aufgrund der am 6. Mai 2020 beschlossenen Erhöhung des Korpsbestands auf 475 Polizistinnen (16/BS 39/414) nötig (vgl. Budgetbotschaft 2022: 6 Stellen, Budgetbotschaft 2023: 3.5 Stellen, Budgetbotschaft 2024: 3.4 Stellen) (**Verantwortung Bund/EU: 2.00; Verantwortung Grosser Rat: 12.90; Verantwortung Regierungsrat: 10.20**).
- **Im Amt für Bevölkerungsschutz und Armee stieg das Stellenquantum um 1.50** auf 21.80. Die bisher befristete Stelle Materialwart Zivilschutz (0.50) wurde in eine Festanstellung umgewandelt. Ausserdem wurde aufgrund der zunehmenden

Komplexität der Projekte eine neue Stelle Fachspezialist(in) Bevölkerungsschutz (1.00) geschaffen (**Verantwortung Regierungsrat: 1.50**).

### 2.4.5. Befristete Ist-Stellen DJS

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>5000 DJS</b>	5010 Generalsekretariat DJS	1.14	-	-	-1.14	-100.00%	-0.10	-9.09%
	5110 Amt für Handelsregister und Zivilstandswesen	-	-	1.30	+1.30	+100.00%	+0.12	+100.00%
	5130 Grundbuch- und Notariatsverwaltung	2.33	5.10	6.90	+4.57	+196.14%	+0.42	+17.83%
	5210 Amt für Betreibungs- und Konkurswesen	1.69	-	4.40	+2.71	+160.10%	+0.25	+14.55%
	5250 Staatsanwaltschaft	6.38	4.00	7.20	+0.83	+12.94%	+0.08	+1.18%
	5350 Amt für Justizvollzug	-	3.80	1.00	+1.00	+100.00%	+0.09	+100.00%
	5370 Massnahmenzentrum Kalchrain	2.42	2.00	2.53	+0.11	+4.55%	+0.01	+0.41%
	5410 Strassenverkehrsamt	1.98	1.20	2.00	+0.03	+1.27%	+0.00	+0.12%
	5420 Eichamt	-	-	-	-	-	-	-
	5430 Migrationsamt	2.55	3.00	8.80	+6.25	+245.10%	+0.57	+22.28%
	5450 Jagd- und Fischereiverwaltung	-	-	-	-	-	-	-
	5510 Kantonspolizei	1.40	1.30	9.95	+8.55	+610.71%	+0.78	+55.52%
	5640 Amt für Bevölkerungsschutz und Armee	1.81	0.20	-	-1.81	-100.00%	-0.16	-9.09%
<b>5000 DJS Ergebnis</b>		<b>21.69</b>	<b>20.60</b>	<b>44.08</b>	<b>+22.39</b>	<b>+103.21%</b>	<b>+2.04</b>	<b>+9.38%</b>

## 2.4.6. Zusammenfassung DJS



Von den ausgewiesenen 78.60 unbefristeten zusätzlichen Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 15.80 Stellen beim Bund bzw. bei der EU, für 13.40 Stellen beim Grossen Rat und für 49.20 Stellen beim Regierungsrat. Zudem sind unter dem Strich insgesamt 0.20 Stellen verschoben worden.

## 2.5. Departement für Bau und Umwelt (DBU)

### 2.5.1. Soll-Stellen DBU

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>6000 DBU</b>	6000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	6010 Generalsekretariat DBU	12.10	14.10	26.20	+14.10	+116.53%	+1.28	+10.59%
	6110 Amt für Raumentwicklung	18.30	22.20	28.30	+10.00	+54.64%	+0.91	+4.97%
	6210 Hochbauamt	19.60	26.15	30.25	+10.65	+54.34%	+0.97	+4.94%
	6310 Tiefbauamt	21.60	25.40	31.90	+10.30	+47.69%	+0.94	+4.34%
	6320 Betrieb TBU	94.80	94.50	93.00	-1.80	-1.90%	-0.16	-0.17%
	6410 Amt für Denkmalpflege	10.00	12.10	16.30	+6.30	+63.00%	+0.57	+5.73%
	6510 Amt für Umwelt	51.30	51.60	66.30	+15.00	+29.24%	+1.36	+2.66%
	6610 Forstamt	20.60	19.60	22.00	+1.40	+6.80%	+0.13	+0.62%
<b>6000 DBU Ergebnis</b>		<b>249.30</b>	<b>266.65</b>	<b>315.25</b>	<b>+65.95</b>	<b>+26.45%</b>	<b>+6.00</b>	<b>+2.40%</b>

### 2.5.2. Ist-Stellen DBU

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>6000 DBU</b>	6000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	6010 Generalsekretariat DBU	12.67	14.00	26.20	+13.53	+106.79%	+1.23	+9.71%
	6110 Amt für Raumentwicklung	17.61	20.58	25.25	+7.64	+43.38%	+0.69	+3.94%
	6210 Hochbauamt	18.43	25.32	29.37	+10.94	+59.36%	+0.99	+5.40%
	6310 Tiefbauamt	20.32	23.70	30.20	+9.88	+48.62%	+0.90	+4.42%
	6320 Betrieb TBU	90.96	92.93	89.35	-1.61	-1.77%	-0.15	-0.16%
	6410 Amt für Denkmalpflege	9.97	11.05	14.45	+4.48	+44.93%	+0.41	+4.08%
	6510 Amt für Umwelt	50.68	51.60	63.30	+12.62	+24.90%	+1.15	+2.26%
	6610 Forstamt	17.67	18.95	18.57	+0.90	+5.09%	+0.08	+0.46%
<b>6000 DBU Ergebnis</b>		<b>239.31</b>	<b>259.13</b>	<b>297.69</b>	<b>+58.38</b>	<b>+24.40%</b>	<b>+5.31</b>	<b>+2.22%</b>

### **2.5.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten DBU 2013 bis 2018**

Im Departement für Bau und Umwelt erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- Im Generalsekretariat DBU stieg das Stellenquantum um 2.00 auf 14.10 durch Erhöhung des Pensums des Rechtsdienstes DBU, indem eine befristete Stelle in eine Feststelle umgewandelt und eine zusätzliche Stelle für die juristische Sachbearbeitung geschaffen wurde.
- Das Stellenquantum des Amtes für Raumentwicklung erhöhte sich um 3.90 auf 22.20. Durch neu zu beachtende Vorgaben aufgrund des revidierten Raumplanungsgesetzes (RPG) und die regelmässige Berichterstattung über den Stand der Richtplanung an das Bundesamt für Raumentwicklung sowie die gestiegenen Anforderungen im Zusammenhang mit den Agglomerationsprogrammen und der Prüfungen und Begleitung von regionalen Richtplänen wurden zusätzliche Stellenquanten für Raumplaner im Bereich der übergeordneten Planung geschaffen (1.70). Auch für die Ortsplanung wurde das Stellenquantum der Raumplaner erhöht, weil Anpassungen von Ortsplanungen aufgrund des revidierten Planungs- und Baugesetzes (PBG) und RPG vorgenommen und Gemeinden bei der planerischen Berücksichtigung neuer Grundlagen unterstützt werden mussten (0.40). Infolge verschiedener Projekte und von geänderten Bundeserlassen in der Agrarpolitik (Betreuung und Weiterentwicklung der Vernetzungsprojekte und Begleitung neu aufzubauende Landschaftsqualitätsprojekte) sowie zur Umsetzung der Programmvereinbarung im Bereich Natur und Landschaft, Revision des Bundesinventars der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) und des Aktionsplans Biodiversität des Bundes wurden zusätzliche Stellenprozentanteile für die Sachbearbeitung begründet (0.70). Bei den Zentralen Diensten wurde aufgrund der Zunahme komplexerer Baugesuche und Planungen sowie der geplanten Einführung der Baugesuchsverwaltung im Rahmen der Baugesuchs- und Ortsplanungsapplikation (BOA) das Quantum der Projektleiterstellen erhöht (1.00). Zudem wurden verschiedene kleine Stellenquantenanpassungen vorgenommen.
- Das Stellenquantum des Hochbauamtes stieg um 6.55 auf 26.15, die bis anhin bei der Finanzverwaltung angesiedelte Liegenschaftsverwaltung und deren Leistungen wurden komplett zum Hochbauamt verschoben (6.95). Neben kleineren Stellenquantenanpassungen wurden zudem 50 Stellenprozentanteile an das Amt für Denkmalpflege abgegeben.
- Im Tiefbauamt erhöhte sich das Stellenquantum um 3.80 auf 25.40. Einerseits wurde im Rahmen der am 1. Juli 2013 in Kraft getretenen Vorgaben für eine sichere Strasseninfrastruktur in Art. 6a des Strassenverkehrsgesetzes (SVG) eine nach Bundesvorgaben vorgesehene Stelle des Sicherheitsbeauftragten geschaffen, der für die Einführung und Koordination der Vollzugshilfen ISSI verantwortlich ist (1.00). Andererseits wurde für den Bereich Planung und Verkehr eine neue Stelle für Projektentwicklungen und -bearbeitungen in den Agglomerationsprogrammen begründet (1.00). Ausserdem wurden für die

Leitung im Projektmanagement Verkehr für die Planung und Koordination zur Werterhaltung des bestehenden Kantonsstrassennetzes zusätzliche Stellenquanten bewilligt, um eine Vollzeitstelle ausschreiben und besetzen zu können (0.50). Schliesslich wurde für die Umsetzung der Massnahmen des Langsamverkehrskonzepts Thurgau eine Vollzeitstelle geschaffen (1.00). Aus dem Betrieb TBU wurden 0.30 Stellen ins Tiefbauamt übertragen.

- Im Betrieb TBU reduzierte sich das Stellenquantum durch eine Verschiebung von 0.30 Stellen aus dem Betrieb TBU ins Tiefbauamt auf 94.50.
- Im Amt für Denkmalpflege stieg das Stellenquantum um 2.10 auf 12.10. Für die Bauberatung und Ortsbildpflege sowie für den Aufbau einer Fachstelle Kulturgüterschutz wurden zwei Stellen geschaffen (2.00; davon 0.6 Projektstellen befristet auf 3 Jahre), wobei davon 0.50 Stellen vom Hochbauamt übertragen wurden.
- Das Stellenquantum im Amt für Umwelt erhöhte sich um 0.30 auf 51.60. Im Betrachtungszeitraum lief eine befristete Projektstelle (Abfall und Boden) aus (-0.80). Für die Fachbereiche Altlasten sowie Wasserbau und Hydrometrie wurde eine Erhöhung der bestehenden Stellenquanten vorgenommen, teilweise durch Umwandlung einer befristeten in eine feste Stelle (1.10).
- Im Forstamt reduzierte sich das Stellenquantum als Umsetzung der LÜP-Massnahme 6.16 um -1.00 auf 19.60.

#### 2.5.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten DBU 2019 bis 2024

Im Departement für Bau und Umwelt erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- **Im Generalsekretariat DBU stieg das Stellenquantum um 12.10** auf 26.20. 2023 wurde als Folge von rapido, einem Projekt angestossen aus der Interpellation „Geschäfts- und Dienstleistungsprozesse im Departement für Bau und Umwelt - Bereiche Bau“ (GRG Nr. 16/IN 47/409), die bisher im Amt für Raumentwicklung angesiedelte Baugesuchszentrale mit 5.30 Stellen ins Generalsekretariat transferiert (5.30). Für die Koordination Entwicklungsschwerpunkt Wil West wurde 2019 eine auf vier Jahre befristete Projektstelle geschaffen (1.00; Projektstelle befristet bis 31.12.2022). 2020 wurden im Rechtsdienst zum Abbau des stetig steigenden Pendenzenbergs 150 Stellenprozent geschaffen (1.50). Gleichzeitig wurden im Sekretariat wegen der hohen Arbeitslast aus dem Rechtsdienst 60 Stellenprozent bewilligt (0.60). Im Jahr 2022 kam es im GS DBU wegen der stark steigenden Eingänge zu einer weiteren Aufstockung in der Abteilung Rechtsdienst (3.00) und im Sekretariatsteam (0.50). Wie in allen Departementen wurde im Rahmen der Strategie Digitale Verwaltung per 2022 eine 50 %-Stelle für eine(n) Digitalisierungsverantwortliche(n) im DBU geschaffen (0.50).. Gleichzeitig kam es zu einer Stellenquantenreduktion (-1.00) bedingt durch das Auslaufen einer Projektstelle. Ausserdem wurde gemäss Massnahme 3.6 im

externen Schlussbericht rapido die neue Rolle „Prozessmanager“ (0.70) geschaffen (**Verschiebung Stellenquanten: 5.30; Verantwortung Grosser Rat: 0.70; Verantwortung Regierungsrat: 6.10**).

- **Im Amt für Raumentwicklung erhöhte sich das Stellenquantum um 6.10** auf 28.30. Im Lauf der Jahre 2020–2022 wurden im Amt für Raumentwicklung in verschiedenen Abteilungen Stellenquantenerhöhungen vorgenommen. In der Abteilung Zentrale Dienste wurden neue Stellen (1.50, davon 0.50 befristete Projektstelle auf vier Jahre) zur Unterstützung in der Baugesuchszentrale und zur Weiterentwicklung der BOA eingeführt, sowie eine weitere Stelle (1.00) Koordinator(in) der Baugesuchszentrale geschaffen. Angesichts des deutlichen Anstiegs der Baugesuchseingänge wurde das Pensum der Fachexperten in der Abteilung Bauen ausserhalb Bauzonen (1.40) und in der Abteilung Ortsplanung erhöht (0.90), letzteres aufgrund des Auftrags des Bundesrats aus der KRP-Genehmigung (Kleinsiedlungen). In der Abteilung Natur und Landschaft kam es in den Jahren 2020 und 2021 zu einer Stellenquantenerhöhung (1.80, 0.8 davon befristete Projektstelle bis Ende 2024). Gründe waren Zusatzaufgaben infolge der Volksinitiative „Biodiversität Thurgau“, die Aufwertung (Sanierung) von Naturschutzgebieten von nationaler Bedeutung, die Weiterentwicklung des LEK Thurgau im Sinne der Bundesvorgaben sowie die Aktualisierung veralteter Grundlagen zur Unterstützung der Naturschutzarbeit von Gemeinden. Gemäss dem Entscheid des Lenkungsausschusses rapido (März 2023) wurde im Rahmen des Teilprojekts 2.5 die Mitarbeitenden und die Leitung der Baugesuchszentrale der Abteilung Zentrale Dienste im ARE ins Generalsekretariat DBU transferiert (-5.30). Für die Massnahmenumsetzung der Biodiversitätsstrategie Thurgau, wurden in der Abteilung Natur & Landschaft 2023 zwei Vollzeitmitarbeiter(innen) (2.00) und im Jahre 2024 noch ein(e) Vollzeitmitarbeiter(in) eingestellt (1.00). Im Zuge der Umsetzung von rapido wurde auftragsgemäss im ARE ein(e) Verwaltungsjurist(in) (0.80) eingestellt. Mit der Teilrevision des KPR 2020/2021 wurde eine neue Fruchtfolgeflächen-Kompensationsregelung eingeführt (Sachplan Fruchtfolgeflächen nach Artikel 13 RPG (SR 700)); für die künftige Systembetreuung wurde eine FFF-Kontrollstelle (0.40) aufgebaut. Für die fachkundige Begleitung der Gemeinden und Regionen im Bereich von Kantonalen Nutzungszonen und Entwicklungsschwerpunkten wurde als Verstärkung der Abteilung Ortsplanung ein zusätzlicher Raumplaner(in) (0.60) eingestellt (**Verschiebung Stellenquanten: -5.30; Verantwortung Bund: 3.10; Verantwortung Grosser Rat: 3.80; Verantwortung Regierungsrat: 4.5**).
- **Im Hochbauamt stieg das Stellenquantum um 4.10** auf 30.25, begründet durch die Übernahme der Hauswartung des kantonalen Laboratoriums durch das HBA (0.50). Im Jahr 2021 wurden die Stellenquanten der Telefonzentrale/Loge und die damit verbundenen Leistungen von der Staatskanzlei (Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale) ins DBU/HBA verschoben (2.20). Aufgrund einer markanten Erhöhung des Hochbaubudgets (ER und IR) kam es zu einer Erhöhung der Projektleitungsressourcen (1.40) (**Verschiebung Stellenquanten: 2.70; Verantwortung Regierungsrat: 1.40**).

- **Im Tiefbauamt erhöhte sich das Stellenquantum um 6.50** auf 31.90. Davon wurden im Zeitraum von 2015 – 2018 insgesamt 280 Stellenprozent vom Betrieb TBU zum Tiefbauamt verschoben (2.50). 2018 wurden für die Werterhaltungsplanung und die Umsetzung der Langsamverkehrsmassnahmen Stellenquanten geschaffen (1.50). Die Zunahme der Anforderungen in der Bearbeitung von Projekten führte dazu, dass das Tiefbauamt im Jahr 2021 das Stellenquantum der Projektleiter erhöhte (1.00). Aufgrund des Langsamverkehrskonzepts (Auftrag aus der erheblich erklärten Antrag gemäss §52 GOCR (12/AN 2/125) „Thurgauer Langsamverkehr“) wurde das Tiefbauamt beauftragt, ein multimodales Verkehrsmodell aufzubauen und zu betreiben, dazu wurde 2022 eine Projektleiterstelle (0.50) geschaffen. Im Jahr 2024 wurden Projektleiterstellen (2.00) für die Projektierung und Umsetzung von Langsamverkehrsvorhaben (Bundesgesetz über Velowege (Veloweggesetz; SR 705) bewilligt. Eine weitere Projektleiterstelle (0.50) wurde für die behindertengerechte Sanierung von Bushaltestellen ausgeschrieben (Behindertengleichstellungsgesetz [BehiG; SR 151.3]). **(Verschiebung Stellenquanten: 2.50; Verantwortung Bund: 2.50; Verantwortung Grosser Rat: 0.50; Verantwortung Regierungsrat: 1.00).**
- **Im Betrieb TBU reduzierte sich das Stellenquantum um 1.50** auf 93.00, aufgrund einer Stellenquantenverschiebung aus dem Betrieb TBU zum Tiefbauamt (-2.50). Ausserdem wurde ein Fachspezialist Signalisation/Markierung (1.00) eingestellt, um dem Koordinationsaufwand aufgrund der zunehmenden Anzahl von Umsetzungsprojekten gerecht zu werden **(Verschiebung Stellenquanten: -2.50; Verantwortung Regierungsrat: 1.00).**
- **Im Amt für Denkmalpflege stieg das Stellenquantum um 4.20** auf 16.30. Um den Amtsleiter zu entlasten und die Mängel des Controllings (Heatmap des IKS) sowie Mängel in der Kommunikation zu beheben, wurde eine Assistenz eingestellt (0.50). Rückmeldungen zeigten, dass eine frühzeitige Einbindung der Denkmalpflege zu Ortsbild- und Einzelobjektschutzfragen den Planungsaufwand deutlich reduzieren und Konflikte mit Eigentümerinnen und Eigentümern vermeiden können. Um dies umzusetzen wurden Fachexperten (0.80) eingestellt. Die befristete Stelle für die Beitragsgesuchsbearbeitung wurde in eine Festanstellung umgewandelt und erhöht (1.40), um eine zukunftssichernde Digitalisierung des Beitragswesens zu gewährleisten. Die Entscheidungen des Bundesgerichts erfordern, dass Gemeinden in ihre Nutzungsplanungen das Bundesinventar schützenswerter Ortsbilder der Schweiz rechtsgenügend berücksichtigen, was zu einem erhöhten Aufwand bei der Vorprüfung und Genehmigung von Revisionen führte (0.40). Der Stagnation bei der Erstellung und Aktualisierung von Notfallplänen gemäss Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG; SR 520.1) und des Gesetzes über die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen (RB 530.1) und zugehörige Verordnung (RB 530.11) wurde entgegengewirkt (0.40). Zudem kam es 2024 mit dem Ziel der Digitalisierung und Prozessoptimierung zu Stellenquantenerhöhungen beim Stab (0.20). Im Übrigen fanden diverse kleinere Pensenerhöhungen statt (0.50) **(Verantwortung Bund: 0.80, Verantwortung Regierungsrat: 3.40).**

- **Im Amt für Umwelt erhöhte sich das Stellenquantum um 14.70** auf 66.30. Die Zunahme von Antennengesuchen und die Hochwasserschutzprojekte bedingen die Einstellung von Fachspezialisten(innen) im Bereich der Luftreinhaltung/Nichtionisierende Strahlung (NIS) (1.30) und der Abteilung Wasserbau und Hydrometrie (1.00). Der Rechtsdienst im AfU wurde um eine zusätzliche Stelle (0.80) erhöht, aufgrund der Zunahme der Arbeitslast. Eine Fachexpertin für Klimawandel (1.00) wurde eingestellt, um einen Aktionsplan für einen besseren Klimaschutz auf kantonaler Ebene auszuarbeiten, wie in diversen Vorstössen verlangt worden ist (Interpellation „Klimawandel stoppen statt verdrängen“ (16/IN 42/ 326); Einfache Anfrage „Klima-Notstand im Thurgau“ 16/EA 107/328; Klimastrategie Kanton Thurgau (20/BS 47/451)). Für den Bereich landwirtschaftlicher Gewässerschutz wurde aufgrund der Verordnung über die Koordination der Kontrollen auf Landwirtschaftsbetrieben (VKKL, SR 910.15) zur Durchführung von Grundkontrollen eine neue Stelle geschaffen (1.00). Gemäss RRB Nr. 152 (Februar 2019) und aufgrund des Aktionsplans Pflanzenschutzmittel 2017 (GSchG und zugehörige Verordnungen) wurde ein Fachspezialist(in) (1.00; Projektstelle befristet bis 31.12.2024) für das Projekt „AquaSan“ Eintragswege und Reduktion von Pflanzenschutzmitteln in Spezialkulturen (Obst, Beeren und Gemüse) und Ackerbaukulturen in Gewässer eingestellt. Ebenfalls wurde ein Fachexperte (0.50) im Rahmen des Projektauftrages „Überprüfung der hydrogeologischen Grundlagen und rechtlichen Konformität der Grundwasserschutzzonen im Kanton Thurgau“ (Projektstelle befristet bis 31.12.2024) eingestellt. Dies basierend auf dem Bericht „Grundwasserschutz in der Schweiz“ des Bundes und des Bundesgesetzes über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz ChemG; SR 813.1) sowie des GSchG und zugehörige Verordnung. Bis 2030 sind alle Wasserkraftanlagen im Kanton Thurgau ökologisch zu sanieren (Art. 83a GSchG und BGE 145 II 140), zur Umsetzung wurde ein Fachexperte(in) (0.30) Projekt Sanierung und Konzessionierung Wasserkraft (Projektstelle befristet bis 31.12.2026) eingestellt. Gemäss dem Massnahmenplan Ammoniak wurde mit RRB Nr. 739 (Dezember 2020) eine bis 31.12.2026 befristete Projektstelle (0.40) bewilligt. Um die Hochwassersicherheit der Flüsse im Thurgau gemäss Bundesgesetz über den Wasserbau (GSchG; SR 721.00) sowie eine angemessene Instandhaltung zu gewährleisten, wurde im Amt für Umwelt ein Fachexperte(in) angestellt (1.00). Im Zeitraum zwischen 2013 und 2020 verdoppelte sich die Anzahl der zu bearbeitenden Bau-, Planungs- und anders gelagerter Gesuche mit Bodenrelevanz. Um dem entgegenzuwirken, wurde ein zusätzlicher Fachexperte(in) (1.00) im Bodenschutz eingestellt. Selbiges gilt für den Bereich Industrie und Gewerbe und die dadurch zurückgestellten Vollzugsaufgaben, was eine Stellenerhöhung (0.50) rechtfertigte. Im Bereich der Bewilligung von Erdwärmesondenbohrungen (EWS) hat die Anzahl der Gesuche über die Jahre markant zugenommen, was eine Stellenquantenerhöhung (0.30) begründet. Zu einer weiteren Stellenquantenerhöhung kam es im Bereich Gewässernutzung (0.40). Im Jahr 2024 kam es zu einer Stellenquantenerhöhung (0.80), begründet durch einen sprunghaften Anstieg der zu beurteilenden Gesuche um Einbauten ins Grundwasser. Im Auftrag des Departments für Bau- und Umwelt wurde ein Projektleiter(in)/Bauherrenvertretung (1.00) eingestellt, um das Konzept Thur+ zu realisieren (Thur+: Das Hochwasserschutz- und Revitalisierungskonzept für das Thurtal (20/BS 38/298). Aufgrund der

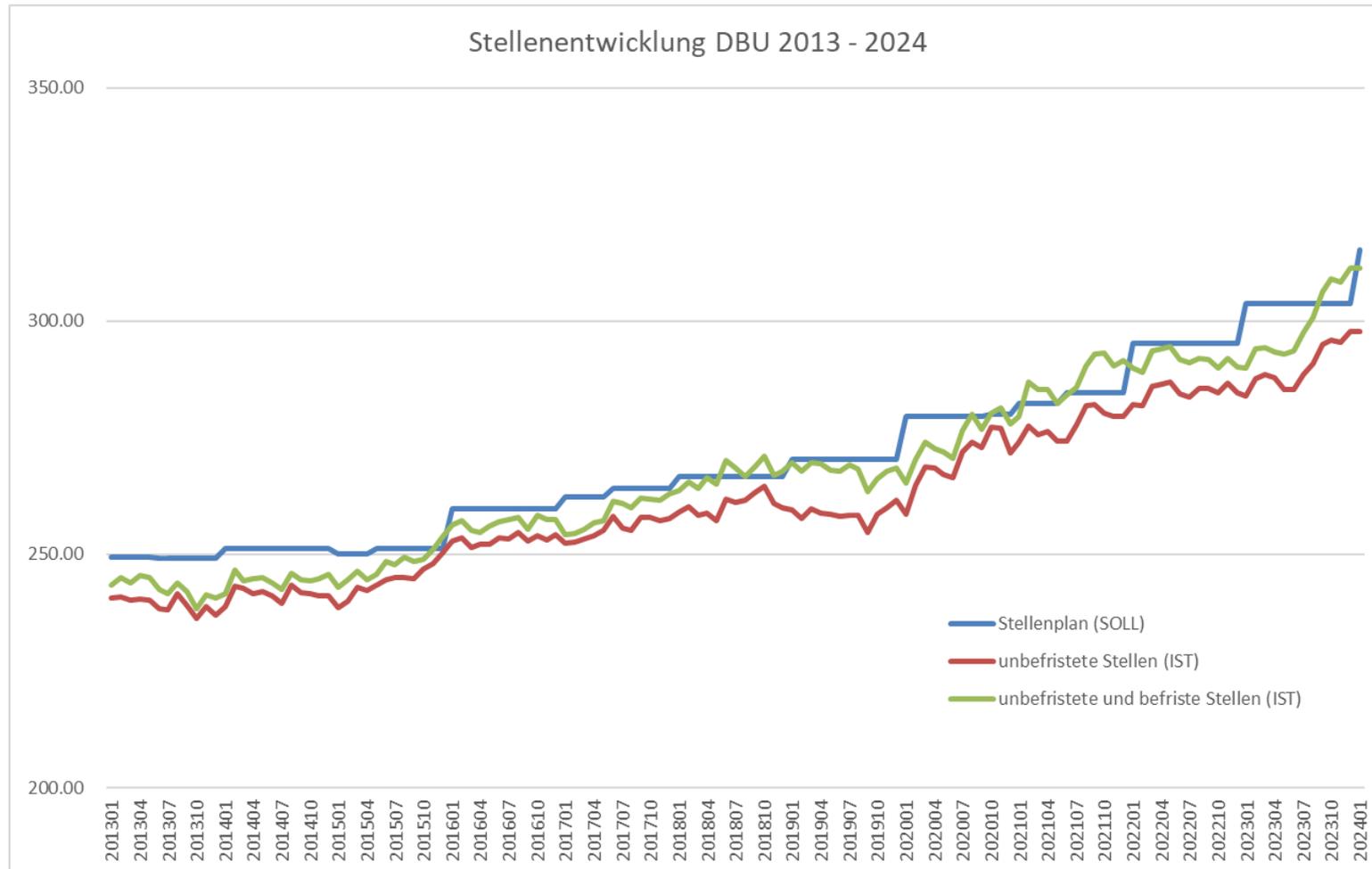
Biodiversitätsstrategie Ziel H „Mehr Kleingewässer und Feuchtgebiete sowie strukturreichere Gewässer“ wurden zwei weitere Projektleiter(innen) für die Längsgängigkeit von Fliessgewässern (0.90) und die Revitalisierung von Fliessgewässern (0.90) eingestellt. Aufgrund der Biodiversitätsstrategie Ziel K "Eindämmung invasiver Neobiota" wurde eine Fachexpertin (0.30) eingestellt. Im Übrigen fanden diverse kleinere Pensenerhöhungen statt (0.30) (**Verantwortung Bund: 4.6; Verantwortung Grosser Rat: 4.10; Verantwortung Regierungsrat: 6.0**).

- **Im Forstamt erhöhte sich das Stellenquantum um 2.40** auf 22.00 Aufgrund der zunehmenden Komplexität und rechtlichen Anforderungen in der Abteilung Walderhaltung wurde ein weiterer juristischer Mitarbeiter(in) (0.40) eingestellt. Durch eine Aufstockung und Umwandlung der Waldarbeiterstelle (1.60) auf vier volle Forstwartstellen konnte der Forstbetrieb Seerücken-Rhein in seiner aktuellen Position gestärkt und nachhaltig unterstützt werden. Im Zuge der Umsetzung der Biodiversitätsstrategie für die Massnahmen im Wald sind unter anderem Beitragsinstrumente zu revidieren/entwickeln und Projekte umzusetzen, dafür wurde ein zusätzlicher Förster(in) (0.40) eingestellt (**Verantwortung Grosser Rat: 0.40; Verantwortung Regierungsrat: 2.00**).

## 2.5.5. Befristete Ist-Stellen DBU

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>6000 DBU</b>	6010 Generalsekretariat DBU	0.43	0.10	0.10	-0.33	-76.47%	-0.03	-6.95%
	6110 Amt für Raumentwicklung	0.08	1.50	0.80	+0.72	+900.00%	+0.07	+81.82%
	6210 Hochbauamt	0.05	1.20	0.80	+0.75	+1'500.00%	+0.07	+136.36%
	6310 Tiefbauamt	0.60	-	-	-0.60	-100.00%	-0.05	-9.09%
	6320 Betrieb TBU	-	-	0.50	+0.50	+100.00%	+0.05	+100.00%
	6410 Amt für Denkmalpflege	0.42	0.80	5.40	+4.98	+1'196.00%	+0.45	+108.73%
	6510 Amt für Umwelt	1.91	0.50	3.90	+1.99	+104.01%	+0.18	+9.46%
	6610 Forstamt	-	0.50	2.10	+2.10	+100.00%	+0.19	+100.00%
<b>6000 DBU Ergebnis</b>		<b>3.48</b>	<b>4.60</b>	<b>13.60</b>	<b>+10.12</b>	<b>+290.90%</b>	<b>+0.92</b>	<b>+26.45%</b>

## 2.5.6. Zusammenfassung DBU



Von den ausgewiesenen 48.60 unbefristeten zusätzlichen Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 11.0 Stellen beim Bund, für 9.50 Stellen beim Grossen Rat und für 25.40 Stellen beim Regierungsrat. Zudem sind unter dem Strich insgesamt 2.70 Stellen und die damit verbundenen Leistungen in das DBU verschoben worden.

## 2.6. Departement für Finanzen und Soziales (DFS)

### 2.6.1. Soll-Stellen DFS

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>7000 DFS</b>	7000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	7010 Generalsekretariat DFS	4.95	4.90	7.10	+2.15	+43.43%	+0.20	+3.95%
	7110 Personalamt	14.50	16.50	18.60	+4.10	+28.28%	+0.37	+2.57%
	7250 Finanzkontrolle	10.95	9.95	-	-10.95	-100.00%	-1.00	-9.09%
	7310 Finanzverwaltung	21.55	15.60	17.10	-4.45	-20.65%	-0.40	-1.88%
	7410 Steuerverwaltung	108.90	118.90	133.80	+24.90	+22.87%	+2.26	+2.08%
	7510 Sozialamt	7.70	10.30	13.40	+5.70	+74.03%	+0.52	+6.73%
	7530 Amt für Gesundheit	14.70	28.10	34.55	+19.85	+135.03%	+1.80	+12.28%
	7580 Kantonales Laboratorium	28.20	28.20	29.40	+1.20	+4.26%	+0.11	+0.39%
<b>7000 DFS Ergebnis</b>		<b>212.45</b>	<b>233.45</b>	<b>254.95</b>	<b>+42.50</b>	<b>+20.00%</b>	<b>+3.86</b>	<b>+1.82%</b>

Hinweis: die vom Bund refinanzierten Stelle im SVZ sind nicht in dieser Übersicht enthalten, sondern separat in Kapitel 3 ausgewiesen.

### 2.6.2. Ist-Stellen DFS

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>7000 DFS</b>	7000 Regierungsrat	1.00	1.00	1.00	-	-	-	-
	7010 Generalsekretariat DFS	4.85	4.90	7.10	+2.25	+46.39%	+0.20	+4.22%
	7110 Personalamt	14.55	16.85	18.30	+3.75	+25.77%	+0.34	+2.34%
	7250 Finanzkontrolle	10.85	9.70	9.00	-1.85	-17.05%	-0.17	-1.55%
	7310 Finanzverwaltung	20.72	14.80	15.20	-5.52	-26.64%	-0.50	-2.42%
	7410 Steuerverwaltung	103.78	113.03	126.65	+22.87	+22.04%	+2.08	+2.00%
	7510 Sozialamt	8.20	10.20	13.00	+4.80	+58.54%	+0.44	+5.32%
	7530 Amt für Gesundheit	14.08	25.60	33.23	+19.15	+136.01%	+1.74	+12.36%
	7580 Kantonales Laboratorium	26.10	26.12	16.60	-9.50	-36.40%	-0.86	-3.31%
<b>7000 DFS Ergebnis</b>		<b>204.13</b>	<b>222.20</b>	<b>240.08</b>	<b>+35.95</b>	<b>+17.61%</b>	<b>+3.27</b>	<b>+1.60%</b>

Hinweis: die vom Bund refinanzierten Stelle im SVZ sind nicht in dieser Übersicht enthalten, sondern separat in Kapitel 3 ausgewiesen.

### 2.6.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten DFS 2013 bis 2018

Im Departement für Finanzen und Soziales erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- Im Personalamt stieg das Stellenquantum um 2.00 auf 16.50. Einerseits durch Überführen einer Stelle im Lehrlings- und Praktikantenwesen ausserhalb des Stellenplans in eine Planstelle (0.50). Andererseits durch Umwandlung einer besetzten Projektstelle im Service Center in eine Planstelle für einen Fachspezialisten Business Intelligence (1.00).
- Die Finanzkontrolle reduzierte ihr Stellenquantum auf eigenen Antrag hin um -1.00 auf 9.95.
- Das Stellenquantum der Finanzverwaltung reduzierte sich um 5.95 auf 15.60. Im Bereich Finanz- und Rechnungswesen wurden mit der Einführung „konsequente Rückforderung der unentgeltlichen Prozessführung“ zusätzlich Stellen benötigt (2.00). Der Bereich der Liegenschaftsverwaltung wurde zum Hochbauamt verschoben (-6.95). Daneben wurden verschiedene kleine Stellenquantenerhöhungen vorgenommen.
- Das Stellenquantum in der Steuerverwaltung erhöhte sich um 10.00 auf 118.90. Infolge Übernahme zusätzlicher Aufgaben des Ressorts Personen- und Objektregister (PEROB) wurden zwei neue Sachbearbeiterstellen begründet (1.50). Zudem wurde das Stellenquantum der Veranlagungsexperten in der Abteilung juristische Personen und in der Abteilung natürliche Personen erhöht (6.00). Daneben sind verschiedene kleine Stellenquantenkorrekturen zu verzeichnen.
- Im Sozialamt des Kantons Thurgau erhöhte sich das Stellenquantum um 2.60 auf 10.30. Im Rahmen der Umsetzung des neuen Finanzausgleichs (Verschiebung der Verantwortung der Finanzierung der Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung zu den Kantonen) wurde eine befristete Stelle der Abteilung Heimwesen in eine feste Anstellung überführt (1.00). Zudem wurde für Kontroll- und Projektunterstützungsarbeiten das Stellenpensum in der Sachbearbeitung erhöht (0.30). Infolge Überführung eines externen Anstellungsverhältnisses in die ordentlichen Strukturen der öffentlichen Verwaltung wurde für einen Mitarbeiter der Peregrina-Stiftung eine neue Stelle in der Asylkoordination geschaffen (1.00).
- Das Stellenquantum stieg im Amt für Gesundheit um 13.40 auf 28.10 an. Einerseits wurde in der Abteilung Zentrale Dienste und Prozesse zur Bewältigung der Kernaufgaben (Kostengutsprachen, meldepflichtige Krankheiten, Sachbearbeitung für die Amtsleitung und den Kantonsarzt, Support der Ressorts) eine Temporärstelle in eine Dauerstelle umgewandelt (1.00). Andererseits wurde die Sanitätsnotrufzentrale 144 sowie die Koordination Rettungswesen auf den 1. Januar 2016 ins AfG integriert (11.00). Überdies wurde im Ressort Finanzen und Spitäler das bisherige Stellenpensum aufgestockt (0.50). Für den Bereich des medizinisch-pharmazeutischen Dienstes wurde das Stellenpensum der Kantonsapothekerin marginal erhöht (0.30) und mit der Integration des pharmazeutischen Dienstes im Amt für Gesundheit eine Teilzeitsachbearbeitungsstelle eingeführt (0.50).

#### 2.6.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten DFS 2019 bis 2024

Im Departement für Finanzen und Soziales erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- **Im Generalsekretariat DFS erhöhte sich das Stellenquantum um 2.20** auf 7.10, begründet durch die Ansiedlung eines Departementcontrollers beim Generalsekretariat (zuvor bei der Finanzverwaltung (0.30)) bei gleichzeitiger Aufstockung infolge gestiegener Arbeitslast in Sachen Vorstösse aus dem Grossen Rat und anstehender Projekte (0.70). Zu einer weiteren Erhöhung kam es im Rechtsdienst aufgrund höherer Arbeitsbelastung infolge höherer Anzahl an Rekursen und gesetzgeberischer Arbeiten (0.20). 2022 wurden im GS DFS zwei neue Stellen eröffnet: Ein Digitalisierungsverantwortlicher (0.50), der für die digitale Transformation zuständig ist und ein stellvertretender Generalsekretär (0.50) wurde infolge der stetig steigenden Anzahl an Geschäften im GS DFS angestellt (**Verschiebung Stellenquanten: 0.30; Verantwortung Regierungsrat: 1.90**)
- **Das Stellenquantum im Personalamt erhöhte sich um 2.10** auf 18.60. Infolge des E-recruiting wurde die befristete Stelle Sachbearbeiter/in HR Services in eine unbefristete umgewandelt (0.70). 2024 wurde dem Personalamt eine zusätzliche Stelle Verwaltungsjurist/in, aufgrund zunehmend komplexeren Falles, zugeordnet (0.60). Im Übrigen kam es zu diversen kleineren Stellenquantenerhöhungen (0.80) (**Verantwortung Regierungsrat: 2.10**).
- **In der Finanzkontrolle reduzierte sich das Stellenquantum um -9.95** auf 0.00. Zuerst wurde die Finanzkontrolle auf 10.00 Stellen erhöht (0.05), danach wurde sie aus dem Department Finanzen und Soziales (DFS 7250) in das Department der Staatskanzlei (SK 2610) verschoben (-10.00) (**Verschiebung Stellenquanten: -10; Verantwortung Regierungsrat: 0.05**).
- **In der Finanzverwaltung erhöhte sich das Stellenquantum um 1.50** auf 17.10. Die Stelle des Departementscontrollers wurde von der FV ins GS DFS verschoben (-0.30). 2023 kam es zu einer Aufstockung, um trotz steigenden Fällen die Nachforderungen der unentgeltlichen Rechtspflege (NUP), gestützt auf der Umsetzung der Parlamentarischen Initiative von Hanspeter Gantenbein, Herman Lei und Urs Martin vom 17. August 2011 „Konsequente Rückforderung der unentgeltlichen Prozessführung“ (08/PI6/373), konsequent durchführen zu können (0.80). Mit der Einführung des totalrevidierten Finanzhaushaltsgesetzes (FHG) nehmen die Anforderungen bezüglich Rechnungslegung, Ausbildung der Finanzverantwortlichen, Geschäftsbericht und Budget deutlich zu (Botschaft zum Gesetz über den Finanzhaushalt (20/GE 16/327)); deshalb wurde der FV ein Fachexperte für Rechnungslegungsfragen zugeordnet (1.00) (**Verschiebung Stellenquanten: -0.30; Verantwortung Grosser Rat: 1.80**).

- **In der Steuerverwaltung erhöhte sich das Stellenquantum um 14.90** auf 133.80. Im Jahr 2022 wurden vier neue Veranlagungsexperten(innen) (4.00) eingestellt, und zwar aufgrund der wegen zwingenden Bundesrechts umzusetzenden Quellensteuerreform (zusätzlich 17'000 Veranlagungen fallen an, die bisher mit dem Quellensteuerbezug durch die Gemeinden abgewickelt wurden). Im Jahr 2023 wurden aufgrund des Auftrages des Grossen Rates zur Zentralisierung der Quellensteuer knapp neun neue Stellen geschaffen (erheblich erklärten Motion „Wirtschaftsfreundliche, unbürokratische Abwicklung der Quellensteuer“ (20/MO 13/148)). Knapp acht Stellen davon wurden im Ressort Quellensteuer zugewiesen, in den Bereichen Quellensteuerspezialist/in (3.90), Teamleiter (1.00) und Sachbearbeiter/in Quellensteuer (3.00). Eine Stelle davon wurde in der Abteilung Buchhaltung und Zahlungsverkehr zugewiesen (Fachspezialist Buchhaltung und Inkasso, 1.00). Auf Grund der weltweit neu einzuführenden OECD-Mindestbesteuerung von juristischen Personen wird ein neues in den OECD-Staaten und somit auch in der Schweiz gültiges Steuerrecht implementiert. Deshalb wurde der Abteilung juristische Personen eine neue Stelle Fachbearbeitung Finanz- und Rechnungswesen 3 (2.00) zugewiesen (**Verantwortung Bund: 4.00; Verantwortung Grosser Rat: 8.90; Verantwortung Regierungsrat: 2.00**).
- **Im Sozialamt erhöhte sich das Stellenquantum um 3.10** auf 13.40, aufgrund Erhöhung der Stellenquanten der Sekretariatsstelle (0.40) und einer Stelle im Bereich Asylkoordination (0.20). Zudem gab es eine Verschiebung der 30 Stellenprozente vom SOA zurück zu PHA (Pflegekinder- und Heimaufsicht, GS DJS) (-0.30). Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen führt zu einem Mehraufwand und begründet die zusätzliche Position eines Finanzspezialisten (0.60). Aufgrund zusätzlicher Aufgaben im Bereich IBB/Aufsicht (Umsetzung vom Bundesgesetz IFEG im Austausch mit den Kantonen der SODK Ost+ZH) wurde die Stelle Fachspezialist erhöht (0.80). Die befristete Stelle Fachspezialist/In KÜG wurde 2021 in eine Festanstellung umgewandelt (1.00). Eine zusätzliche Stelle für einen Spezialisten im Bereich IBB & Aufsicht (0.50) wurde geschaffen, da die externe Expertin, die zuvor diese Aufgaben übernommen hatte, aufgrund einer akuten Erkrankung nicht mehr zur Verfügung steht. Daneben sind verschiedene kleine Stellenquantenkorrekturen zu verzeichnen (-0.10) (**Verschiebung Stellenquanten: -0.30; Verantwortung Bund: 1.40; Verantwortung Regierungsrat: 2.00**).
- **Im Amt für Gesundheit stieg das Stellenquantum um 6.45** auf 34.55. Bis im September 2019 war der Amtsleiter des Amtes für Gesundheit auch der Kantonsarzt. Aufgrund seiner Pensionierung wurden die Funktionen getrennt und auf zwei Personen aufgeteilt, dies führte in den folgenden Jahren zu vermehrten Anpassungen und Erhöhungen (0.65). 2021 wurde im Rahmen des kantonalen Aktionsprogramms Gesundheitsförderung und Prävention eine Projektstelle eingerichtet (0.30) und eine Stellvertretung (0.50) für die Kantonsapothekerin TG/SH eingestellt. Für die Qualitätssicherung der Sanitätsnotrufzentrale SNZ und um den Betrieb gemäss den Richtlinien des Interverbands für Rettungswesen (IVR) sicherzustellen, ist

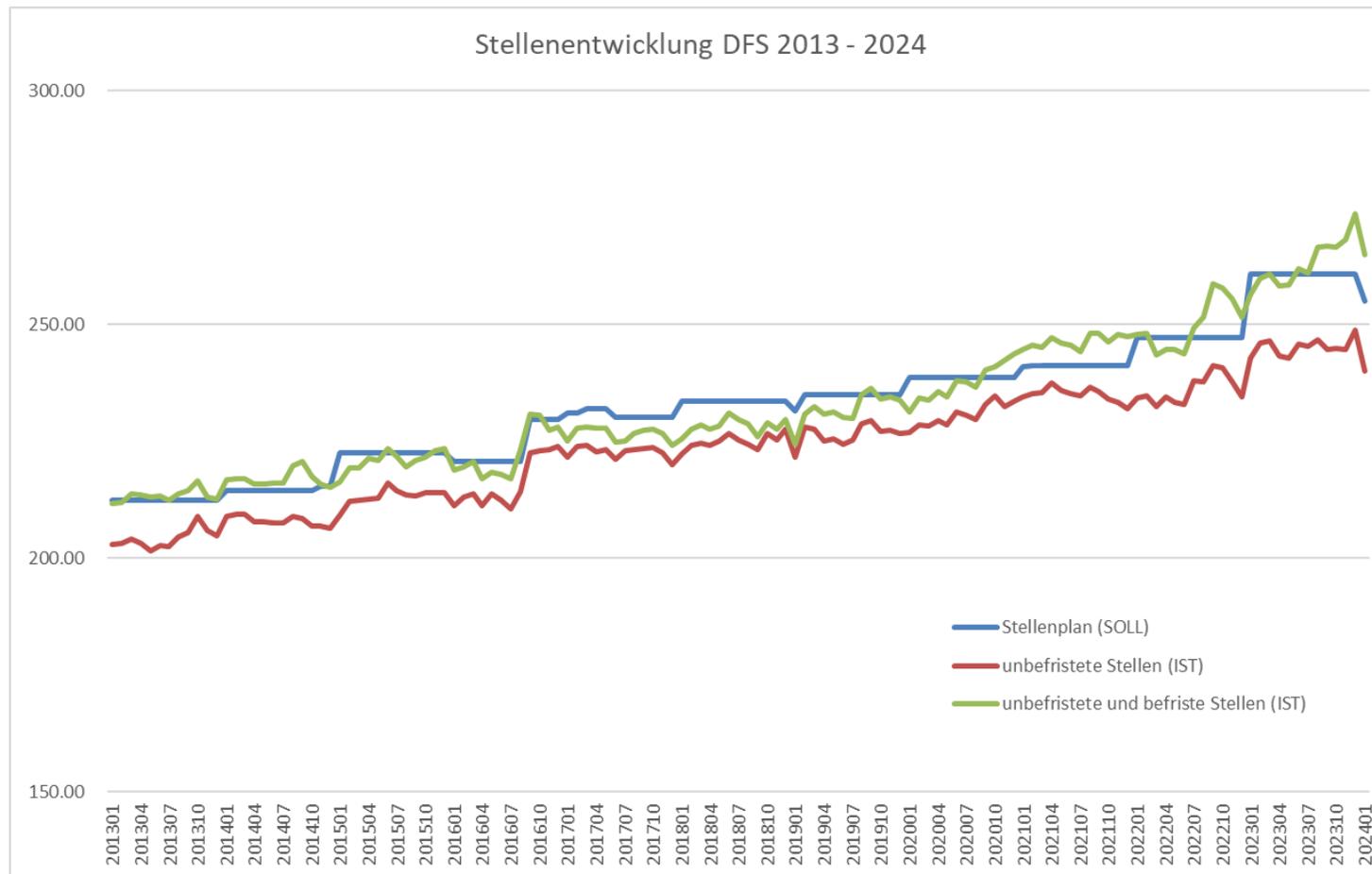
gemäss den neuen IVR-Richtlinien eine Doppelbesetzung erforderlich. Aufgrund fehlender Kapazitäten im Nachtschichtbetrieb werden 400 zusätzliche Stellenprocente benötigt, um eine durchgehende Doppelschicht sicherzustellen (4.00). Daneben sind verschiedene kleine Stellenquantenkorrekturen zu verzeichnen (1.00) **(Verantwortung Regierungsrat: 6.45)**.

- **Im kantonalen Laboratorium erhöhte sich das Stellenquantum um 1.20** auf 29.40, begründet durch den zunehmenden Arbeitsaufwand in der Abteilung Trinkwasser (0.60). Mit der Pensionierung des langjährigen Verantwortlichen für Labor-IT und gleichzeitig Lebensmittelrechtsfachmann kam es zu einer Umstrukturierung und damit zu einer zusätzlichen Stelle einer IT-Fachkraft (0.60) **(Verantwortung Regierungsrat: 1.20)**.

## 2.6.5. Befristete Ist-Stellen DFS

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
Dep	Amt / Betrieb							
<b>7000 DFS</b>	7010 Generalsekretariat DFS	-	-	-	+0.00	+100.00%	+0.00	+100.00%
	7110 Personalamt	1.02	0.70	1.20	+0.18	+18.03%	+0.02	+1.64%
	7250 Finanzkontrolle	-	-	-	-	-	-	-
	7310 Finanzverwaltung	0.30	0.10	1.50	+1.20	+407.04%	+0.11	+37.00%
	7410 Steuerverwaltung	5.64	0.30	15.30	+9.66	+171.20%	+0.88	+15.56%
	7510 Sozialamt	1.44	0.50	3.20	+1.76	+122.22%	+0.16	+11.11%
	7530 Amt für Gesundheit	0.67	1.80	3.20	+2.53	+380.00%	+0.23	+34.55%
	7580 Kantonales Laboratorium	0.13	-	0.50	+0.37	+275.00%	+0.03	+25.00%
<b>7000 DFS Ergebnis</b>		<b>9.19</b>	<b>3.40</b>	<b>24.90</b>	<b>+15.71</b>	<b>+170.82%</b>	<b>+1.43</b>	<b>+15.53%</b>

## 2.6.6. Zusammenfassung DFS



Von den ausgewiesenen 21.50 unbefristeten zusätzlichen Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 5.40 Stellen beim Bund, für 10.70 Stellen beim Grossen Rat und für 15.70 Stellen beim Regierungsrat. Zudem sind unter dem Strich insgesamt 10.30 Stellen in andere Departemente verschoben worden, darunter die 10.00 Stellen der Finanzkontrolle zur Staatskanzlei per 1. Januar 2024. Letzteres ist der Grund, weshalb für 2024 ein negatives Stellenwachstum beim DFS resultierte.

## 2.7. Gerichte

### 2.7.1. Soll-Stellen Gerichte

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>8100 AOG</b>	8110 Obergericht	16.15	15.80	22.60	+6.45	+39.94%	+0.59	+3.63%
	8140 Anwaltskommission	-	0.50	0.50	+0.50	+100.00%	+0.05	+100.00%
	8150 Rekurskommission Anwaltssachen	-	-	-	-	-	-	-
	8210 Bezirksgericht Arbon	11.70	11.70	12.70	+1.00	+8.55%	+0.09	+0.78%
	8240 Bezirksgericht Frauenfeld	13.45	13.45	14.35	+0.90	+6.69%	+0.08	+0.61%
	8250 Bezirksgericht Kreuzlingen	10.05	10.05	11.15	+1.10	+10.95%	+0.10	+1.00%
	8260 Bezirksgericht Müchwilen	9.35	9.35	9.95	+0.60	+6.42%	+0.05	+0.58%
	8280 Bezirksgericht Weinfelden	10.85	10.85	11.45	+0.60	+5.53%	+0.05	+0.50%
	8410 Zwangsmassnahmengericht	4.00	4.00	4.80	+0.80	+20.00%	+0.07	+1.82%
	8450 KESB Arbon	8.20	9.80	11.00	+2.80	+34.15%	+0.25	+3.10%
	8460 KESB Frauenfeld	10.00	11.30	13.30	+3.30	+33.00%	+0.30	+3.00%
	8470 KESB Kreuzlingen	6.60	8.30	9.30	+2.70	+40.91%	+0.25	+3.72%
	8480 KESB Müchwilen	6.60	7.80	8.90	+2.30	+34.85%	+0.21	+3.17%
	8490 KESB Weinfelden	8.20	10.50	11.50	+3.30	+40.24%	+0.30	+3.66%
	8510 Schlichtungsstelle Art. 11 Gleichstellungsgesetz	0.10	0.10	0.10	-	-	-	-
<b>8100 AOG Ergebnis</b>		<b>115.25</b>	<b>123.50</b>	<b>141.60</b>	<b>+26.35</b>	<b>+22.86%</b>	<b>+2.40</b>	<b>+2.08%</b>
<b>8600 AVG</b>	8610 Verwaltungsgericht	13.30	14.15	15.55	+2.25	+16.92%	+0.20	+1.54%
	8725 Rekurskommission Landwirtschaftssachen	-	-	-	-	-	-	-
	8730 Enteignungskommission	-	-	-	-	-	-	-
	8735 Rekurskommission Gebäudeversicherung	-	-	-	-	-	-	-
	8750 Steuerrekurskommission	2.75	2.85	2.85	+0.10	+3.64%	+0.01	+0.33%
	8760 Rekurskomm. Strassenverkehrssachen	1.00	1.20	1.20	+0.20	+20.00%	+0.02	+1.82%
	8770 Personalrekurskommission	0.20	0.20	0.20	-	-	-	-
<b>8600 AVG Ergebnis</b>		<b>17.25</b>	<b>18.40</b>	<b>19.80</b>	<b>+2.55</b>	<b>+14.78%</b>	<b>+0.23</b>	<b>+1.34%</b>

## 2.7.2. Ist-Stellen Gerichte

Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>8100 AOG</b>	8110 Obergericht	16.06	15.97	20.28	+4.22	+26.28%	+0.38	+2.39%
	8140 Anwaltskommission	-	0.45	0.45	+0.45	+100.00%	+0.04	+100.00%
	8150 Rekurskommission Anwaltssachen	0.21	0.17	0.21	-	-	-	-
	8210 Bezirksgericht Arbon	11.05	10.41	10.75	-0.30	-2.71%	-0.03	-0.25%
	8240 Bezirksgericht Frauenfeld	12.63	12.93	12.46	-0.17	-1.35%	-0.02	-0.12%
	8250 Bezirksgericht Kreuzlingen	9.94	10.64	10.54	+0.60	+6.04%	+0.05	+0.55%
	8260 Bezirksgericht Mönchwil	8.64	9.09	8.65	+0.01	+0.12%	+0.00	+0.01%
	8280 Bezirksgericht Weinfelden	11.18	10.57	10.85	-0.33	-2.95%	-0.03	-0.27%
	8410 Zwangsmassnahmengericht	3.65	3.80	4.05	+0.40	+10.96%	+0.04	+1.00%
	8450 KESB Arbon	8.03	9.40	11.10	+3.07	+38.23%	+0.28	+3.48%
	8460 KESB Frauenfeld	9.61	11.10	12.60	+2.99	+31.11%	+0.27	+2.83%
	8470 KESB Kreuzlingen	6.75	8.90	9.10	+2.35	+34.81%	+0.21	+3.16%
	8480 KESB Mönchwil	6.52	7.50	8.00	+1.48	+22.70%	+0.13	+2.06%
	8490 KESB Weinfelden	7.44	9.80	10.80	+3.36	+45.16%	+0.31	+4.11%
	8510 Schlichtungsstelle Art. 11 Gleichstellungsgesetz	0.12	0.11	0.11	-0.01	-8.33%	-0.00	-0.76%
<b>8100 AOG Ergebnis</b>		<b>111.83</b>	<b>120.84</b>	<b>129.95</b>	<b>+18.12</b>	<b>+16.20%</b>	<b>+1.65</b>	<b>+1.47%</b>
<b>8600 AVG</b>	8610 Verwaltungsgericht	12.50	13.82	14.01	+1.51	+12.08%	+0.14	+1.10%
	8725 Rekurskommission Landwirtschaftssachen	0.24	0.19	0.18	-0.06	-25.00%	-0.01	-2.27%
	8730 Enteignungskommission	0.36	0.36	0.35	-0.01	-2.78%	-0.00	-0.25%
	8735 Rekurskommission Gebäudeversicherung	0.14	0.11	0.11	-0.03	-21.43%	-0.00	-1.95%
	8750 Steuerrekurskommission	2.83	3.05	2.10	-0.73	-25.80%	-0.07	-2.35%
	8760 Rekurskomm. Strassenverkehrssachen	1.24	1.51	1.56	+0.32	+25.81%	+0.03	+2.35%
	8770 Personalrekurskommission	0.30	0.33	0.50	+0.20	+66.67%	+0.02	+6.06%
<b>8600 AVG Ergebnis</b>		<b>17.61</b>	<b>19.37</b>	<b>18.81</b>	<b>+1.20</b>	<b>+6.81%</b>	<b>+0.11</b>	<b>+0.62%</b>

### 2.7.3. Begründung für Änderung der Stellenquanten Gerichte 2013 bis 2018

Bei den Gerichten, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) sowie Rekurskommissionen erfolgten 2013 bis 2018 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- Im Obergericht reduzierte sich das Stellenquantum um 0.35 auf 15.80. Einerseits wurde das Pensum des leitenden Gerichtsschreibers erhöht, andererseits reduzierte ein Gerichtsschreiber sein Pensum, weil er ab 2015 eine zusätzliche Funktion als „Medienstellenleiter Justiz“ übernommen hat.
- Die Anwaltskommission wurde mit 0.50 Stellen dotiert.
- Bei der KESB Arbon stieg das Stellenquantum um 1.60 auf 9.80 an, indem zusätzliche Stellenprozentante für die Behördenmitglieder und das Fachsekretariat begründet wurden.
- Das Stellenquantum der KESB Frauenfeld veränderte sich um 1.30 auf 11.30 durch Erhöhung von Stellenprozenten im Fachsekretariat für die Bereiche Finanzen und juristische Sachbearbeitung.
- In der KESB Kreuzlingen erhöhte sich das Stellenquantum um 1.70 auf 8.30, indem zusätzliche Stellenprozentante für die Behördenmitglieder und das Fachsekretariat (Zentrale Dienste, Finanzen, juristische Sachbearbeitung) begründet wurden.
- Das Stellenquantum der KESB Münchwilen stieg um 1.20 auf 7.80 durch Erhöhung der Stellenprozentante bei den Behördenmitgliedern sowie im Fachsekretariat für die Bereiche Finanzen und juristische Sachbearbeitung.
- Bei der KESB Weinfelden fand durch Begründung zusätzlicher Stellenprozentante für die Behördenmitglieder und das Fachsekretariat eine Erhöhung des Stellenquantums um 2.30 auf 10.50 statt.
- Im Verwaltungsgericht veränderte sich das Stellenquantum um 0.85 auf 14.15 durch Begründung einer weiteren Stelle für Gerichtsschreiber und kleineren Stellenquantenreduktionen.

### 2.7.4. Begründung für Änderungen der Stellenquanten Gerichte 2019 bis 2024

Bei den Gerichten, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) sowie Rekurskommissionen erfolgten 2019 bis 2024 folgende relevante Stellenquantenveränderungen (> 0.20):

- **Im Obergericht erhöhte sich das Stellenquantum um 6.80** auf 22.60 Stellen. Im Jahr 2020 wurde eine 20 %-Stelle geschaffen, um die Gerichte in Bezug auf Fragen betreffend JURIS zu betreuen (0.20). Im Jahr 2021 und 2022 kam es zu

einer Erhöhung als Reaktion auf die gestiegene Arbeitsbelastung der Gerichtsschreiber aufgrund zunehmender Fallzahlen und komplexerer rechtlicher Vorgaben, insbesondere bei mündlichen Strafberufungen und der Einführung des „double instance“-Prinzips (2.70). Das Projekte Justitia 4.0 und das neue Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJA), sowie der Übertragung von personaladministrativen Aufgaben vom Personalamt zum Obergericht führte im Jahr 2023 zu einer Erhöhung von 1.90 im Obergericht. 2024 wurde das Pensum der Gerichtsschreiber(innen) erhöht, aufgrund der erhöhten Arbeitslast (komplexere Fälle, längere Verhandlungen etc.) (2.00) (**Verantwortung Bund: 1.90; Verantwortung Regierungsrat: 4.90**).

- **Das Stellenquantum stieg im Bezirksgericht Arbon um 1.00** auf 12.70. Dieser Anstieg erfolgte zum Ausgleich zwischen den Gerichten und aufgrund der Entwicklung der Geschäftslast (0.70). Darüber hinaus führten ein Anstieg in der Administration, vermehrte Arbeiten im Informatikbereich und komplexere Verfahren zu einer weiteren Erhöhung (0.30), wobei die Stellenprozentage der Gerichtsschreiberstellen im Verhältnis 1:1 zu den Richterstellen angepasst wurden (**Verantwortung Regierungsrat: 1.00**).
- **Das Stellenquantum im Bezirksgericht Frauenfeld erhöhte sich um 0.90** auf 14.35. Dieser Anstieg erfolgte zum Ausgleich zwischen den Gerichten und aufgrund der Entwicklung der Geschäftslast (0.35). Darüber hinaus führten ein Anstieg in der Administration, vermehrte Arbeiten im Informatikbereich und komplexere Verfahren zu einer weiteren Erhöhung (0.55), wobei die Stellenprozentage der Gerichtsschreiberstellen im Verhältnis 1:1 zu den Richterstellen angepasst wurden (**Verantwortung Regierungsrat: 0.90**).
- **Im Bezirksgericht Kreuzlingen erhöhte sich das Stellenquantum um 1.10** auf 11.15. Dieser Anstieg erfolgte zum Ausgleich zwischen den Gerichten und aufgrund der Entwicklung der Geschäftslast (0.65). Darüber hinaus führten ein Anstieg in der Administration, vermehrte Arbeiten im Informatikbereich und komplexere Verfahren zu einer weiteren Erhöhung (0.45), wobei die Stellenprozentage der Gerichtsschreiberstellen im Verhältnis 1:1 zu den Richterstellen angepasst wurden (**Verantwortung Regierungsrat: 1.10**).
- **Das Stellenquantum stieg im Bezirksgericht Münchwilen um 0.60** auf 9.95. Dieser Anstieg erfolgte zum Ausgleich zwischen den Gerichten und aufgrund der Entwicklung der Geschäftslast (0.20). Darüber hinaus führten ein Anstieg in der Administration, vermehrte Arbeiten im Informatikbereich und komplexere Verfahren zu einer weiteren Erhöhung (0.40), wobei die Stellenprozentage der Gerichtsschreiberstellen im Verhältnis 1:1 zu den Richterstellen angepasst wurden (**Verantwortung Regierungsrat: 0.60**).
- **Im Bezirksgericht Weinfelden erhöhte sich das Stellenquantum um 0.60** auf 11.45. Dieser Anstieg erfolgte zum Ausgleich zwischen den Gerichten und aufgrund der Entwicklung der Geschäftslast (0.15). Darüber hinaus führten ein Anstieg

in der Administration, vermehrte Arbeiten im Informatikbereich und komplexere Verfahren zu einer weiteren Erhöhung (0.45), wobei die Stellenprozente der Gerichtsschreiberstellen im Verhältnis 1:1 zu den Richterstellen angepasst wurden (**Verantwortung Regierungsrat: 0.60**).

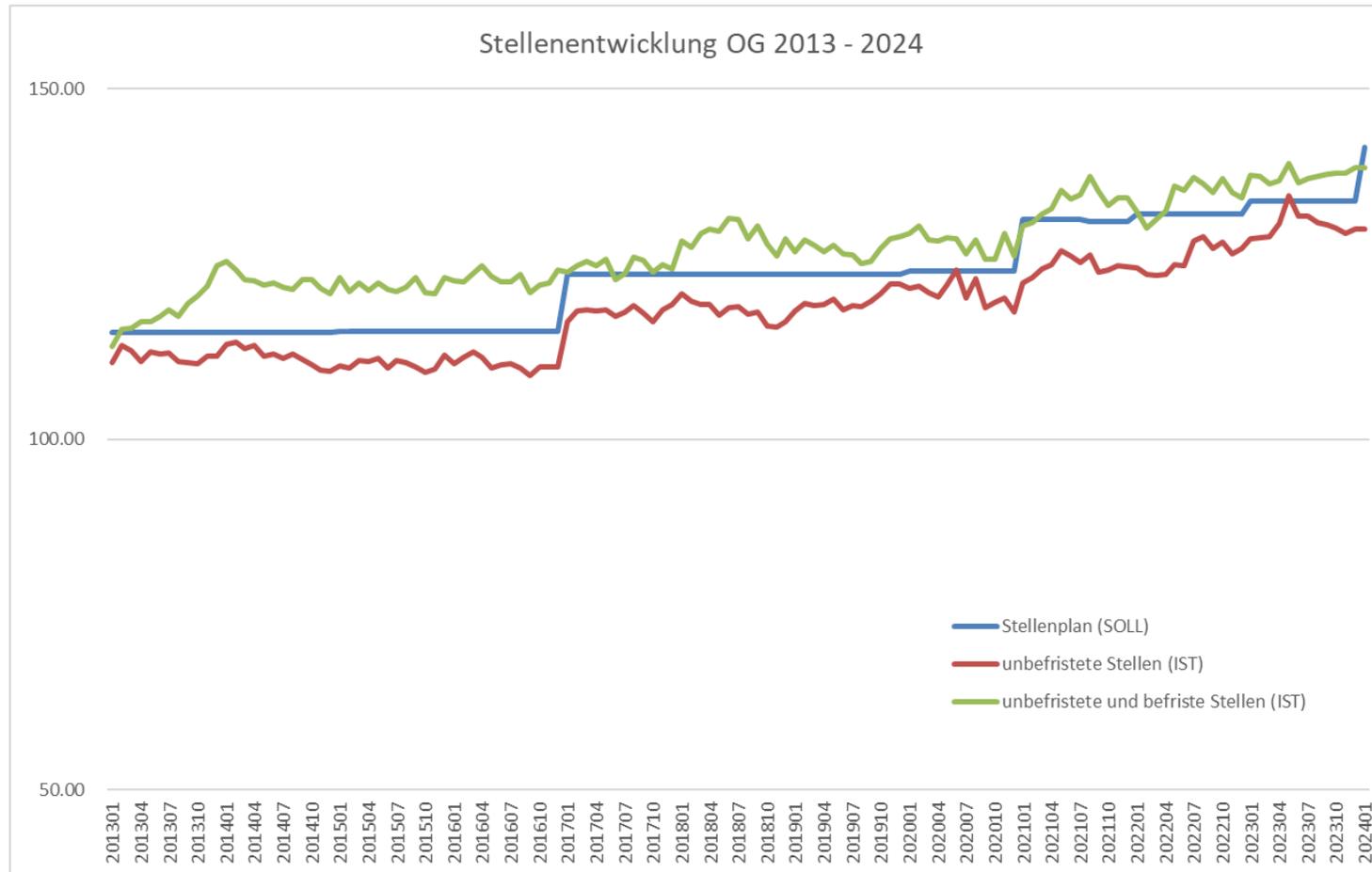
- **Das Stellenquantum stieg im Zwangsmassnahmengericht um 0.80** auf 4.80, damit wird die Gerichtsorganisation bei der Pikettorganisation 265/24 unterstützt (0.30). Die Revision der StPO (Entsiegelungsverfahren) und des neuen Polizeigesetzes führen zu einer Reorganisation des Zwangsmassnahmengerichts und somit zu einer Aufstockung um eine zusätzliche Richterstelle (0.50) (**Verantwortung Grosser Rat: 0.50; Verantwortung Regierungsrat: 0.30**).
- **Das Stellenquantum der KESB Arbon stieg um 1.20** auf 11.00 durch Erhöhung von Stellenprozenten für die Juristenstellen. Begründet durch die Zunahme von Verwaltungsarbeiten, Informatikbelangen (Klibnet), Verfahren aufgrund des Bevölkerungswachstums, sowie komplexerer Fälle. Zusätzlich gibt es eine hohe Personalfuktuation in den Berufsbeistandschaften und eine massive Zunahme von UMA-Beistandschaften sowie fürsorgerischen Unterbringungen in den letzten fünf Jahren (**Verantwortung Regierungsrat: 1.20**).
- **Das Stellenquantum der KESB Frauenfeld stieg um 2.00** auf 13.30 durch Erhöhung von Stellenprozenten für die Juristenstellen. Begründet durch die Zunahme von Verwaltungsarbeiten, Informatikbelangen (Klibnet), Verfahren aufgrund des Bevölkerungswachstums, sowie komplexerer Fälle. Zusätzlich gibt es eine hohe Personalfuktuation in den Berufsbeistandschaften und eine massive Zunahme von UMA-Beistandschaften sowie fürsorgerischen Unterbringungen in den letzten fünf Jahren (**Verantwortung Regierungsrat: 2.00**).
- **Das Stellenquantum im KESB Kreuzlingen erhöhte sich um 1.00** auf 9.30, aufgrund des erhöhten administrativen Aufwands durch die Einführung von KLIBnet (0.10) sowie der intensiven Bearbeitung schwerwiegender Angelegenheiten von Asylsuchenden im Asylzentrum ohne Verfahrensfunktion (0.20). Die restlichen Stellenprozente (0.70) sind für die Juristenstelle, aufgrund gestiegener Arbeitsbelastung und Verwaltungsanforderungen (**Verantwortung Regierungsrat: 1.00**).
- **Im KESB Münchwilen erhöhte sich das Stellenquantum um 1.10** auf 8.90 Stellen. Mit der Erhöhung (0.50) kann der Mehraufwand, der sich durch die Zunahme der Massnahmen und der Bevölkerung ergibt, abgedeckt werden. Die restlichen Stellenprozente (0.60) sind für die Juristenstelle, aufgrund gestiegener Arbeitsbelastung und Verwaltungsanforderungen (**Verantwortung Regierungsrat: 1.10**).
- **Das Stellenquantum im KESB Weinfelden erhöhte sich um 1.00** auf 11.5, begründet durch das Bevölkerungswachstum, die Zunahme der Fallkomplexität und die Einführung der Datenerfassung mit KLIBnet (**Verantwortung Regierungsrat: 1.00**).

- **Beim Verwaltungsgericht stieg das Stellenquantum um 1.40** auf 15.55 aufgrund des gestiegenen Fallaufwands und der personellen Engpässe, die zu längeren Verfahrensdauern und mehr pendenten Fällen führen. Diese Situation belastet sowohl private Bürger als auch politische Gemeinden und beeinträchtigt die zügige Bearbeitung von Vergabeverfahren (**Verantwortung Regierungsrat: 1.40**).

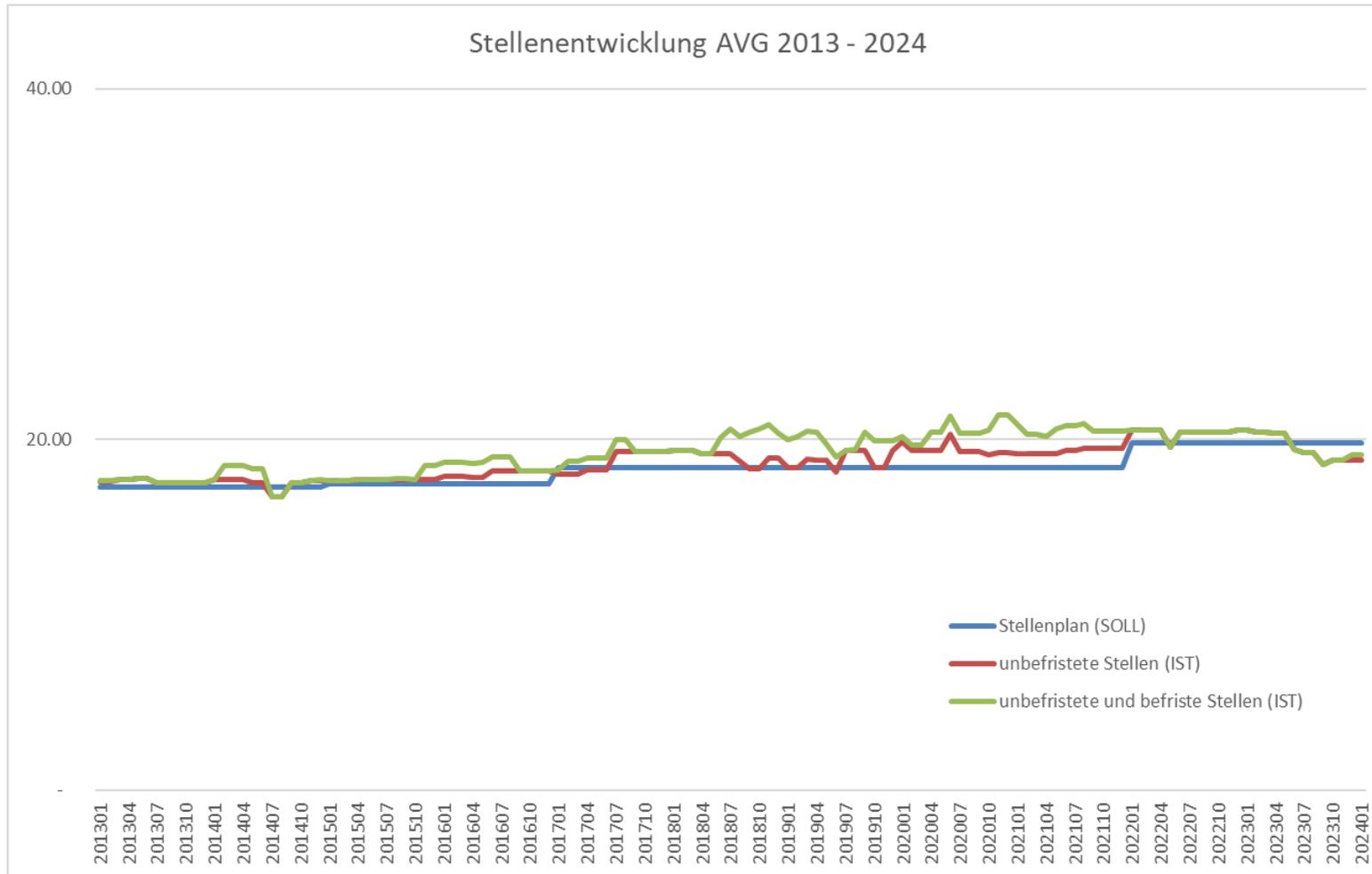
## 2.7.5. Befristete Ist-Stellen Gerichte

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
<b>8100 AOG</b>	8110 Obergericht	0.33	1.00	1.50	+1.17	+350.00%	+0.11	+31.82%
	8140 Anwaltskommission	-		0.05	+0.05	+100.00%	+0.00	+100.00%
	8150 Rekurskommission Anwaltssachen	-	0.01	0.05	+0.05	+100.00%	+0.00	+100.00%
	8210 Bezirksgericht Arbon	0.33	0.60	1.00	+0.67	+200.00%	+0.06	+18.18%
	8240 Bezirksgericht Frauenfeld	0.08	0.80	0.40	+0.32	+380.00%	+0.03	+34.55%
	8250 Bezirksgericht Kreuzlingen	0.55	2.00	-	-0.55	-100.00%	-0.05	-9.09%
	8260 Bezirksgericht Münchwilen	-	-	0.40	+0.40	+100.00%	+0.04	+100.00%
	8280 Bezirksgericht Weinfelden	0.80	2.10	0.80	-0.00	-0.00%	-0.00	-0.00%
	8410 Zwangsmassnahmengericht	-	-	-	+0.00	+100.00%	+0.00	+100.00%
	8450 KESB Arbon	0.38	-	0.25	-0.13	-34.78%	-0.01	-3.16%
	8460 KESB Frauenfeld	1.23	-	1.00	-0.23	-18.37%	-0.02	-1.67%
	8470 KESB Kreuzlingen	0.15	-	-	-0.15	-100.00%	-0.01	-9.09%
	8480 KESB Münchwilen	0.52	-	1.70	+1.18	+229.03%	+0.11	+20.82%
	8490 KESB Weinfelden	1.94	1.00	1.60	-0.34	-17.60%	-0.03	-1.60%
	8510 Schlichtungsstelle Art. 11 Gleichstellungsgesetz	0.08	-	-	-0.08	-100.00%	-0.01	-9.09%
<b>8100 AOG Ergebnis</b>		<b>6.40</b>	<b>7.51</b>	<b>8.75</b>	<b>+2.35</b>	<b>+36.72%</b>	<b>+0.21</b>	<b>+3.34%</b>
<b>8600 AVG</b>	8610 Verwaltungsgericht	-	-	-	-	-	-	-
	8725 Rekurskommission Landwirtschaftssachen	-	-	-	-	-	-	-
	8730 Enteignungskommission	-	-	-	-	-	-	-
	8735 Rekurskommission Gebäudeversicherung	-	-	-	-	-	-	-
	8750 Steuerrekurskommission	-	-	0.30	+0.30	+100.00%	+0.03	+100.00%
	8760 Rekurskomm. Strassenverkehrssachen	0.01	-	-	-0.01	-100.00%	-0.00	-9.09%
	8770 Personalrekurskommission	-	-	-	-	-	-	-
<b>8600 AVG Ergebnis</b>		<b>0.01</b>	<b>-</b>	<b>0.30</b>	<b>+0.29</b>	<b>+3'500.00%</b>	<b>+0.03</b>	<b>+318.18%</b>

## 2.7.6. Zusammenfassung Gerichte



Von den ausgewiesenen 19.50 unbefristeten zusätzlichen Stellen im Zeitraum 2019 bis 2024 liegt die Verantwortung für 1.90 Stellen beim Bund, 0.50 Stellen beim Grossen Rat und für 17.10 Stellen beim Regierungsrat. Es gab keine Verschiebungen von Stellenquanten.



### 3. Refinanzierte Stellen (AWA und SVZ)

Die im engeren Sinne refinanzierten, d.h. aufgrund einer gesetzlichen Grundlage zwingend erforderlichen Stellen in der KVTG, betreffen die von Bund vergüteten Stellen im Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) sowie im Sozialversicherungszentrum Thurgau (SVZ).

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
<b>Dep</b>	<b>Amt / Betrieb</b>							
3000 DIV	3530 Amt für Wirtschaft und Arbeit	150.90	150.00	163.60	+12.70	+8.42%	+1.15	+0.77%
7000 DFS	7610 Sozialversicherungszentrum Thurgau	168.15	177.15	211.20	+43.05	+25.60%	+3.91	+2.33%
<b>Gesamtergebnis</b>		<b>319.05</b>	<b>327.15</b>	<b>374.80</b>	<b>+55.75</b>	<b>+17.47%</b>	<b>+5.07</b>	<b>+1.59%</b>

#### 3.1.1. Begründung für Änderung der Stellenquanten 2013 bis 2018

Das SVZ erhöhte die Stellenquanten für die Fachspezialisten und Sachbearbeiter des Bereichs AHV Abteilung Leistungen aufgrund der Zunahme von Altersrenten, der Ergänzungsleistungen sowie des Bereichs EL-Krankheitskosten, insbesondere für die Pflegefinanzierung, um 9.00 Stellen. Im AWA ist keine relevante Stellenquantenveränderung festzustellen.

#### 3.1.2. Begründung für Änderung der Stellenquanten 2019 bis 2024

In den Jahren 2019 bis 2024 sind beim SVZ aufgrund neuer Bundesvorgaben sowie aufgrund verschiedener umfassender und weniger umfassender Revisionen einschlägiger Bundesgesetze Stellen im Umfang von 34.05 Stellenquanten entstanden. Aus den gleichen Gründen sind beim AWA 13.60 Stellenquanten hinzugekommen.

## 4. Übersicht Kantonale Verwaltung Thurgau

### 4.1. Soll-Stellen KVTG

Summe von Vollzeitstellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
Dep	Amt / Betrieb							
2000 SK		34.45	36.80	50.50	+16.05	+46.59%	+1.46	+4.24%
3000 DIV		205.45	243.91	319.95	+114.50	+55.73%	+10.41	+5.07%
4000 DEK		822.63	835.46	910.75	+88.12	+10.71%	+8.01	+0.97%
5000 DJS		940.74	973.47	1'052.10	+111.36	+11.84%	+10.12	+1.08%
6000 DBU		249.30	266.65	315.25	+65.95	+26.45%	+6.00	+2.40%
7000 DFS		212.45	233.45	254.95	+42.50	+20.00%	+3.86	+1.82%
8100 AOG		115.25	123.50	141.60	+26.35	+22.86%	+2.40	+2.08%
8600 AVG		17.25	18.40	19.80	+2.55	+14.78%	+0.23	+1.34%
<b>Gesamtergebnis</b>		<b>2'597.52</b>	<b>2'731.64</b>	<b>3'064.90</b>	<b>+467.38</b>	<b>+17.99%</b>	<b>+42.49</b>	<b>+1.64%</b>

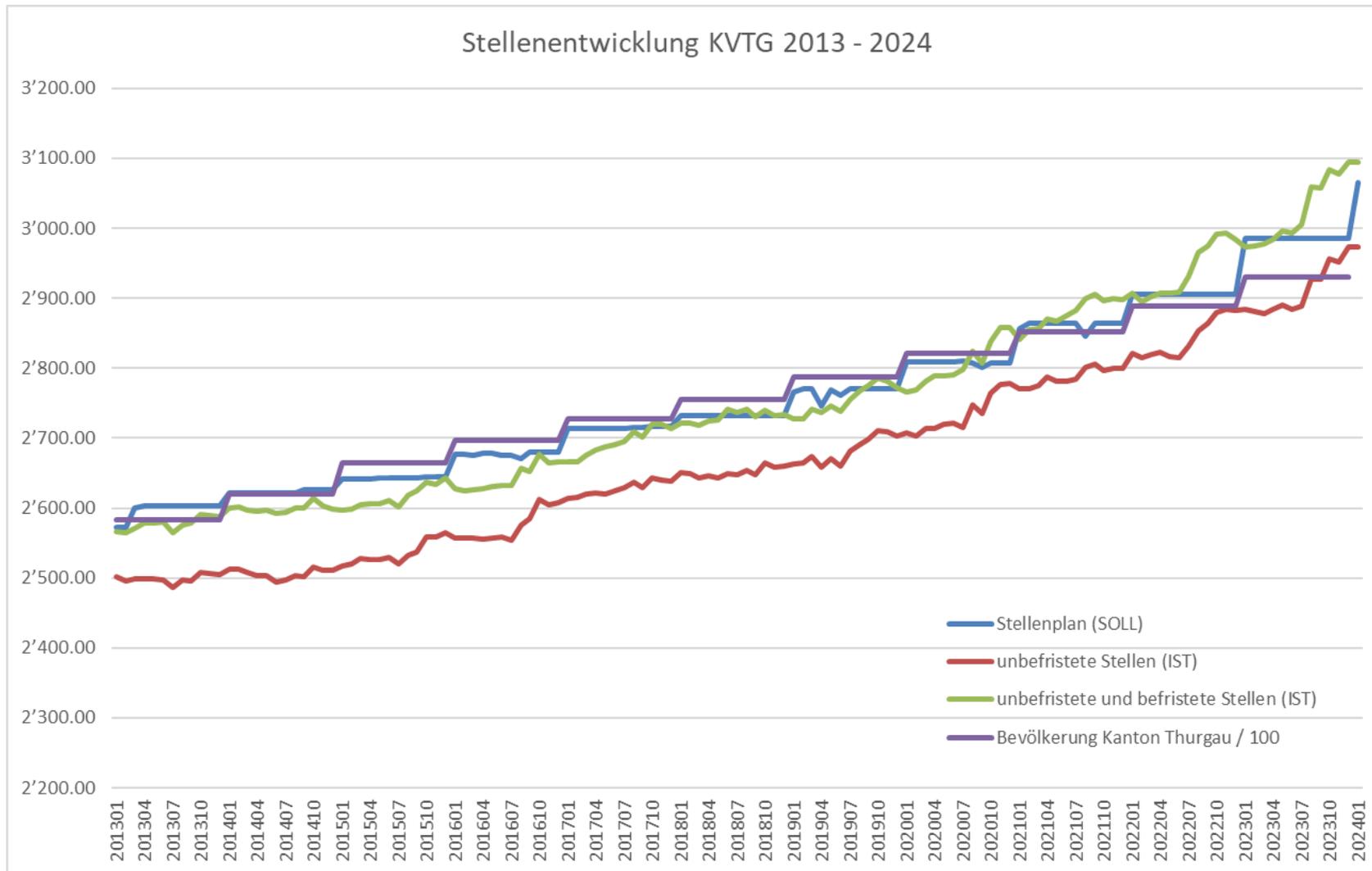
### 4.2. Ist-Stellen KVTG

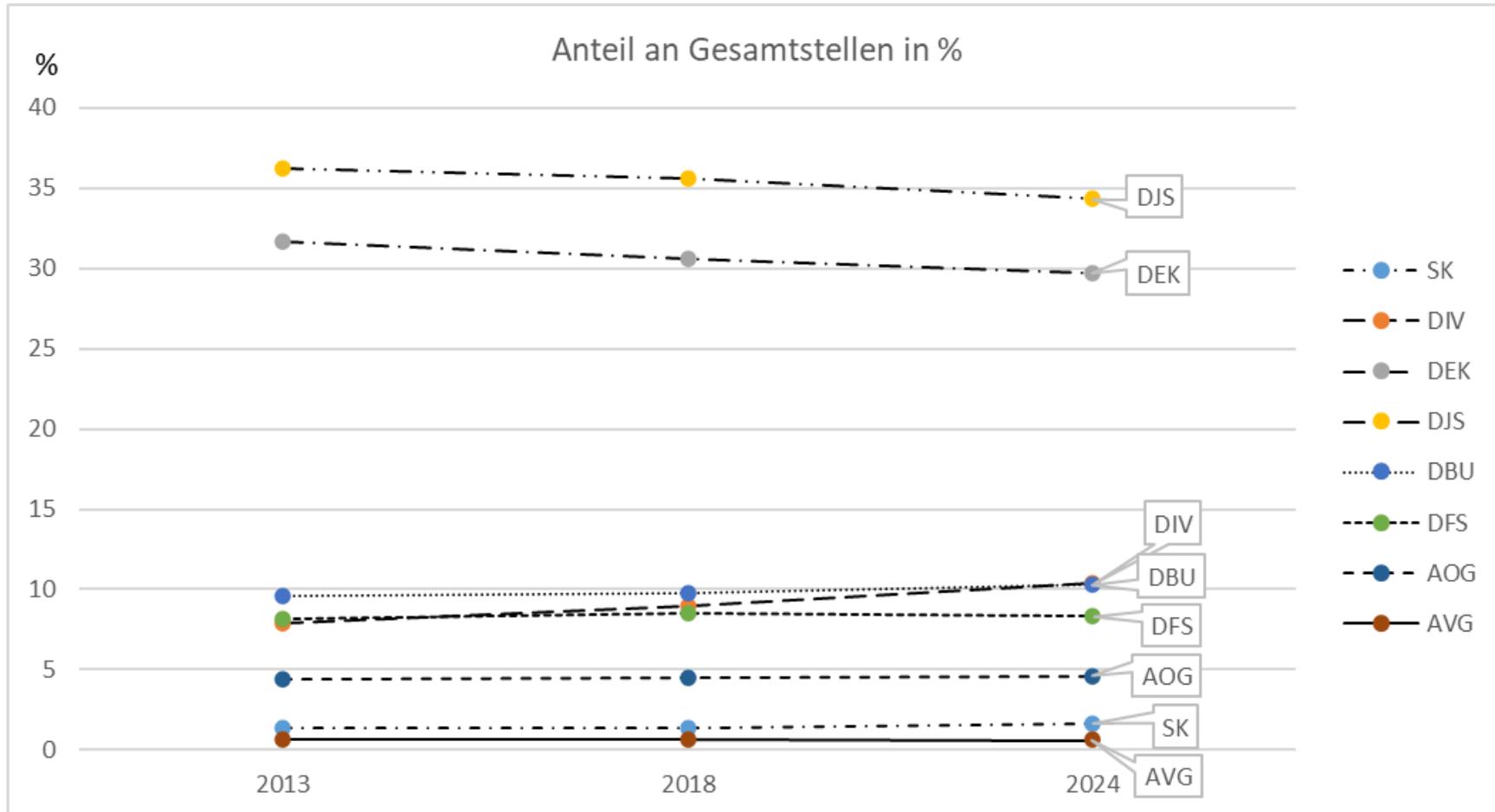
Summe von Ist-Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
Dep	Amt / Betrieb							
2000 SK		34.00	35.10	49.10	+15.10	+44.41%	+1.37	+4.04%
3000 DIV		203.93	232.25	298.90	+94.97	+46.57%	+8.63	+4.23%
4000 DEK		794.96	799.96	879.17	+84.21	+10.59%	+7.66	+0.96%
5000 DJS		892.07	958.70	1'059.71	+167.64	+18.79%	+15.24	+1.71%
6000 DBU		239.31	259.13	297.69	+58.38	+24.40%	+5.31	+2.22%
7000 DFS		204.13	222.20	240.08	+35.95	+17.61%	+3.27	+1.60%
8100 AOG		111.83	120.84	129.95	+18.12	+16.20%	+1.65	+1.47%
8600 AVG		17.61	19.37	18.81	+1.20	+6.81%	+0.11	+0.62%
<b>Gesamtergebnis</b>		<b>2'497.84</b>	<b>2'647.55</b>	<b>2'973.41</b>	<b>+475.57</b>	<b>+19.04%</b>	<b>+43.23</b>	<b>+1.73%</b>

### 4.3. Befristete Ist-Stellen KVTG

Summe von befristeten Stellen		Stellenbestand 2013 effektiv	Stellenbestand 2018 effektiv	Stellenbestand 2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv	Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 effektiv / Jahr	Ø Stellenentwicklung 2013-2024 prozentual / Jahr
Dep	Amt / Betrieb							
2000 SK		0.41	1.60	1.00	+0.59	+142.42%	+0.05	+12.95%
3000 DIV		16.09	21.19	15.42	-0.67	-4.19%	-0.06	-0.38%
4000 DEK		20.72	12.45	13.20	-7.52	-36.28%	-0.68	-3.30%
5000 DJS		21.69	20.60	44.08	+22.39	+103.21%	+2.04	+9.38%
6000 DBU		3.48	4.60	13.60	+10.12	+290.90%	+0.92	+26.45%
7000 DFS		9.19	3.40	24.90	+15.71	+170.82%	+1.43	+15.53%
8100 AOG		6.40	7.51	8.75	+2.35	+36.72%	+0.21	+3.34%
8600 AVG		0.01	-	0.30	+0.29	+3'500.00%	+0.03	+318.18%
<b>Gesamtergebnis</b>		<b>77.99</b>	<b>71.35</b>	<b>121.25</b>	<b>+43.25</b>	<b>+55.46%</b>	<b>+3.93</b>	<b>+5.04%</b>

#### 4.4. Zusammenfassung KVTG





## **5. Schlussbemerkungen**

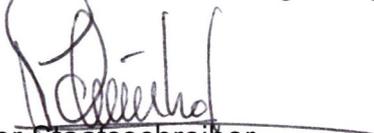
Um die Stellenentwicklung zu begrenzen, welche die in Kapitel 1 erwähnten zusätzlichen Aufgaben und gestiegenen Anforderungen an die Tätigkeiten der kantonalen Verwaltung mit sich bringen, erachtet es der Regierungsrat als entscheidend, dass die vorhandenen Ressourcen konsequent ausgeschöpft, Prozesse optimiert und Effizienzgewinne vor allem dank der Digitalisierung realisiert werden. Die Digitalisierung der Verwaltung muss einen Beitrag zu einem mittel- und langfristig verlangsamten Stellenwachstum leisten.

Es ist damit zu rechnen, dass die Aufgaben und Anforderungen an die Tätigkeiten der kantonalen Verwaltung – wie in den vergangenen Jahren – weiter zunehmen werden. Dies zeigt sich an den zurzeit im Grossen Rat geführten Diskussionen wie beispielsweise die Einführung einer Lenkungsabgabe (Kurtaxe/Übernachtungstaxe) im Rahmen eines Tourismusförderungsgesetzes (GR 20/MO 52/638), die Förderung der Freiwilligenarbeit (GR 20/AN 6/345) oder die mit 69:46 Stimmen bei 2 Enthaltungen nichterheblich erklärte Motion vom 21. Juni 2023 „Eigenbetreuung steuerlich sichtbar machen“ (GR 20/MO 47/524), die einen hohen administrativen Aufwand für die kantonale Verwaltung bedeutet hätte. Auch aufwendigere Rekursverfahren erfordern mehr Ressourcen. Die Aufstockung des Polizeikorps, die Betreuung von inhaftierten Personen und die stark steigenden Schülerzahlen beeinflussen das Personalkostenwachstum ebenfalls weiterhin.

Die Erwartungshaltung der Bevölkerung und insbesondere der Wirtschaft, dass der Staat seine Aufgaben nicht nur effizient, sondern auch in einem vertretbaren Zeitrahmen erbringt, stehen im Spannungsverhältnis mit einem schlanken Personalbestand. Wesentlich Abhilfe kann die forcierte Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung mit dem Fokus auf dem Bürgernutzen schaffen. Die neuen Systeme, die jederzeit allen Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft zur Verfügung stehen, müssen im Gegenzug gewartet und weiterentwickelt sowie der Datensicherheit das erforderliche Gewicht gegeben werden. Erfahrungsgemäss führen mehr Daten häufig zu neuen Forderungen nach mehr Auswertungen, Kennzahlen und Statistiken, was wiederum zu neuen Staatsaufgaben und zu einer höheren Anspruchshaltung gegenüber dem Staat führen kann.

Zusätzliche Aufgaben oder gestiegene Anforderungen haben keinen direkten Zusammenhang mit der Wohnbevölkerung. Eine Auslagerung dieser Tätigkeiten an externe Dienstleister verursacht in der Regel höhere Sachkosten als die dafür notwendigen internen Personalkosten. Wie bereits in der Antwort auf die Einfache Anfrage vom 15. Juni 2022 „Stellenentwicklung in der Thurgauer Verwaltung seit 2018“ (GR 20/EA 130/335) ausgeführt, geht der Regierungsrat deshalb davon aus, dass die beobachtete Stellenentwicklung anhält und auch in den nächsten Jahren zu einem Stellenwachstum führen kann. Dies muss jedoch nicht zwangsläufig mit höheren Gesamtkosten verbunden sein. Das Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget (FLAG) bietet durch den Globalkredit den Ämtern die Möglichkeit, die für den Kanton sinnvollste und kostengünstigste Variante zu wählen, was im Sinne der Steuerzahlerin und des Steuerzahlers ist.

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber

